



2024/3207

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/3207 DES RATES

vom 12. Dezember 2024

zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2009/1008/EU zur Ermächtigung der Republik Lettland, die Anwendung einer von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichenden Regelung zu verlängern

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 395 Absatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Entscheidung 2006/42/EG des Rates ⁽²⁾ wurde Lettland ermächtigt, eine von Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 77/388/EWG des Rates ⁽³⁾ abweichende Sondermaßnahmen anzuwenden und bis zum 31. Dezember 2009 bei Lieferungen von Holz oder damit zusammenhängenden Dienstleistungen den Empfänger als Schuldner der Mehrwertsteuer zu bestimmen. Mit dem Durchführungsbeschluss 2009/1008/EU des Rates ⁽⁴⁾ wurde Lettland ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2012 abweichend von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG bei Umsätzen mit Holz weiterhin den Empfänger von Holz oder damit zusammenhängenden Dienstleistungen als Schuldner der Mehrwertsteuer zu bestimmen (im Folgenden „Sondermaßnahme“). Die Sondermaßnahme wurde anschließend durch die Durchführungsbeschlüsse 2013/55/EU ⁽⁵⁾, (EU) 2015/2396 ⁽⁶⁾, (EU) 2018/2006 ⁽⁷⁾ und (EU) 2022/81 ⁽⁸⁾ des Rates verlängert und läuft am 31. Dezember 2024 aus.
- (2) Mit einem am 2. Mai 2024 bei der Kommission registrierten Schreiben beantragte Lettland die Ermächtigung, gemäß Artikel 395 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2006/112/EG, die Sondermaßnahme weiterhin anzuwenden (im Folgenden „Antrag“). Diesem Antrag war ein Bericht über die Anwendung der Sondermaßnahme beigelegt.
- (3) Gemäß Artikel 395 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2006/112/EG hat die Kommission den Antrag mit Schreiben vom 3. September 2024 25 Mitgliedstaaten und am 4. September 2024 Italien übermittelt. Mit Schreiben vom 5. September 2024 teilte die Kommission Lettland mit, dass sie über alle für die Beurteilung des Antrags erforderlichen Angaben verfügte.

⁽¹⁾ ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1.

⁽²⁾ Entscheidung 2006/42/EG des Rates vom 24. Januar 2006 zur Ermächtigung Lettlands, die Anwendung einer von Artikel 21 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichenden Regelung zu verlängern (ABl. L 25 vom 28.1.2006, S. 31).

⁽³⁾ Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern — Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage (ABl. L 145 vom 13.6.1977, S. 1).

⁽⁴⁾ Durchführungsbeschluss 2009/1008/EU des Rates vom 7. Dezember 2009 zur Ermächtigung der Republik Lettland, die Anwendung einer von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichenden Regelung zu verlängern (ABl. L 347 vom 24.12.2009, S. 30).

⁽⁵⁾ Durchführungsbeschluss 2013/55/EU des Rates vom 22. Januar 2013 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2009/1008/EU zur Ermächtigung der Republik Lettland, die Anwendung einer von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichenden Regelung zu verlängern (ABl. L 22 vom 25.1.2013, S. 16).

⁽⁶⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2396 des Rates vom 10. Dezember 2015 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2009/1008/EU zur Ermächtigung der Republik Lettland, eine von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung zu verlängern (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 142).

⁽⁷⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2006 des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2009/1008/EU zur Ermächtigung der Republik Lettland, die Anwendung einer von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichenden Regelung zu verlängern (ABl. L 322 vom 18.12.2018, S. 20).

⁽⁸⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2022/81 des Rates vom 18. Januar 2022 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2009/1008/EU zur Ermächtigung der Republik Lettland, die Anwendung einer von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichenden Regelung zu verlängern (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 49).

- (4) Nach Angaben Lettlands ist der Holzmarkt, einer seiner wichtigsten Wirtschaftszweige, besonders anfällig für Mehrwertsteuerbetrug, da er von vielen lokalen Kleinunternehmen und einzelnen Lieferanten beherrscht wird. Die Beschaffenheit des Marktes und der beteiligten Unternehmen hat zu einem für die lettischen Steuerbehörden schwer kontrollierbaren Mehrwertsteuerbetrug geführt. Zur Bekämpfung dieses Missbrauchs haben die lettischen Steuerbehörden die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft für die Zahlung der Mehrwertsteuer bei Umsätzen mit Holz eingeführt, was sich als sehr wirksam erwiesen und den Betrug in diesem Wirtschaftszweig erheblich eingedämmt hat.
- (5) Sondermaßnahmen werden im Allgemeinen befristet gewährt, damit beurteilt werden kann, ob diese Sondermaßnahmen angemessen sind und ihren Zweck erfüllen. Des Weiteren soll den Mitgliedstaaten auf diese Weise bis zum Ende der Sondermaßnahme Zeit eingeräumt werden, damit sie auf nationaler Ebene andere herkömmliche Maßnahmen zur Überwachung der Bewegung von Materialien, der Zahlung der Mehrwertsteuer und der Einhaltung der Vorschriften durch die Steuerpflichtigen ergreifen können, mit denen das ursprüngliche Problem beseitigt wird, wodurch eine Verlängerung der Sondermaßnahme überflüssig würde. Eine Sondermaßnahme, die die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft erlaubt, wird nur ausnahmsweise für besondere, betrugsanfällige Bereiche gewährt und als letztes Mittel eingesetzt.
- (6) Bis zum Auslaufen der Sondermaßnahme gemäß diesem Durchführungsbeschluss sollte Lettland daher andere herkömmliche Maßnahmen ergreifen, um den Mehrwertsteuerbetrug im Holzmarkt zu bekämpfen und zu verhindern, damit keine weitere Verlängerung der Sondermaßnahme notwendig sein wird.
- (7) Lettland sollte daher nur ermächtigt werden, die Sondermaßnahme bis zum 31. Dezember 2026 anzuwenden.
- (8) Die Sondermaßnahme wird keine nachteiligen Auswirkungen auf die Mehrwertsteuer-Eigenmittel der Union haben.
- (9) Der Durchführungsbeschluss 2009/1008/EU sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 2 des Durchführungsbeschlusses 2009/1008/EU erhält folgende Fassung:

„Artikel 2

Dieser Beschluss läuft am 31. Dezember 2026 aus.“

Artikel 2

Dieser Beschluss wird am Tag seiner Bekanntgabe wirksam.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Republik Lettland gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

PINTÉR S.



2024/3209

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/3209 DES RATES

vom 12. Dezember 2024

zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/789 zur Ermächtigung Ungarns, eine von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung einzuführen

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 395 Absatz 1 Unterabsatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG sieht vor, dass grundsätzlich der Steuerpflichtige, der Gegenstände steuerpflichtig liefert oder eine Dienstleistung steuerpflichtig erbringt, die Mehrwertsteuer schuldet.
- (2) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2018/789 des Rates⁽²⁾ ermächtigte Ungarn zur Einführung einer von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG abweichenden Maßnahme gegenüber dem Mehrwertsteuerschuldner bei bestimmten Lieferungen durch einen Steuerpflichtigen, gegen den ein Liquidationsverfahren oder ein anderes Verfahren eröffnet worden ist, mit dem seine Zahlungsunfähigkeit rechtsverbindlich festgestellt wird (im Folgenden „Sondermaßnahme“).
- (3) Mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1775 des Rates⁽³⁾ wurde die Sondermaßnahme bis zum 31. Dezember 2024 verlängert.
- (4) Mit einem am 10. Juni 2024 bei der Kommission registrierten Schreiben beantragte Ungarn gemäß Artikel 395 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2006/112/EG die Ermächtigung die Sondermaßnahme weiterhin anzuwenden (im Folgenden „Antrag“). Dem Antrag war ein Bericht über die Anwendung der Sondermaßnahme beigelegt.
- (5) Gemäß Artikel 395 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2006/112/EG hat die Kommission den anderen Mitgliedstaaten den Antrag mit Schreiben vom 7. August 2024 übermittelt. Mit Schreiben vom 9. August 2024 teilte die Kommission Ungarn mit, dass sie über alle für die Beurteilung des Antrags erforderlichen Angaben verfügt.
- (6) Ungarn führt aus, dass Steuerpflichtige, die sich in Liquidation oder in einem Insolvenzverfahren befinden, häufig die fällige Mehrwertsteuer nicht an die Steuerbehörden abführen. Gleichzeitig kann der Erwerber als Steuerpflichtiger mit Recht auf Vorsteuerabzug die angefallene Mehrwertsteuer nach wie vor abziehen, was sich negativ auf den öffentlichen Haushalt auswirkt. Ungarn hat außerdem Betrugsfälle registriert, bei denen in Liquidation befindliche Unternehmen aktiven Unternehmen fingierte Rechnungen ausstellen, wodurch sich die von letzteren zu entrichtenden Steuern erheblich verringern, ohne dass garantiert ist, dass der Aussteller der Rechnung die fällige Mehrwertsteuer entrichtet.
- (7) Artikel 199 Absatz 1 Buchstabe g der Richtlinie 2006/112/EG ermöglicht es den Mitgliedstaaten vorzusehen, dass die Mehrwertsteuer vom steuerpflichtigen Empfänger der Lieferung von Grundstücken, die vom Schuldner im Rahmen eines Zwangsversteigerungsverfahrens verkauft werden, geschuldet wird (im Folgenden „Umkehrung der Steuerschuldnerschaft“). Die Sondermaßnahme erlaubt Ungarn die Ausdehnung der Anwendung der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft auf andere Lieferungen von Steuerpflichtigen, die sich in einem Insolvenzverfahren befinden, nämlich die Lieferung von Investitionsgütern sowie die Lieferung anderer Gegenstände und die Erbringung von Dienstleistungen mit einem Normalwert von über 100 000 HUF.
- (8) Den von Ungarn vorgelegten Informationen zufolge hat die Anwendung der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft auf diese Art von Umsätzen die Steuererhebung effektiv vereinfacht und Steuerhinterziehung und -umgehung verhindert. Die Anwendung der Maßnahme habe Mehrwertsteuerausfälle für den öffentlichen Haushalt begrenzt und zusätzliche Einnahmen generiert.

⁽¹⁾ ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1.

⁽²⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2018/789 des Rates vom 25. Mai 2018 zur Ermächtigung Ungarns, eine von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung einzuführen (ABl. L 134 vom 31.5.2018, S. 10).

⁽³⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1775 des Rates vom 5. Oktober 2021 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/789 zur Ermächtigung Ungarns, eine von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung einzuführen (ABl. L 360 vom 11.10.2021, S. 110).

- (9) Die beantragte Verlängerung der Sondermaßnahme sollte zeitlich befristet werden, damit die nationale Steuerverwaltung andere herkömmliche Maßnahmen einführen kann, mit denen der Mehrwertsteuerbetrug angegangen und die Einnahmeverluste für den öffentlichen Haushalt verringert werden können. Die Einführung dieser herkömmlichen Maßnahmen wird eine weitere Verlängerung der Sondermaßnahme überflüssig machen. Eine von Artikel 193 der Richtlinie 2006/112/EG abweichende Regelung, die die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft erlaubt, wird nur ausnahmsweise für besondere, betrugsanfällige Bereiche gewährt und als letztes Mittel eingesetzt. Des Weiteren wird Artikel 199a der Richtlinie 2006/112/EG bis zum 31. Dezember 2026 in Kraft bleiben. Die Ermächtigung zur Anwendung der Sondermaßnahme sollte daher nur bis zum 31. Dezember 2026 verlängert werden.
- (10) Die Sondermaßnahme wird keine nachteiligen Auswirkungen auf die Mehrwertsteuer-Eigenmittel der Union haben.
- (11) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2018/789 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 2 Absatz 2 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/789 erhält folgende Fassung:

„Dieser Beschluss gilt bis zum 31. Dezember 2026.“

Artikel 2

Dieser Beschluss wird am Tag seiner Bekanntgabe wirksam.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an Ungarn gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

PINTÉR S.



2024/3212

23.12.2024

BESCHLUSS (EU) 2024/3212 DES RATES

vom 12. Dezember 2024

zur Festlegung des Datums für die Aufhebung der Personenkontrollen an den Landbinnengrenzen zu und zwischen der Republik Bulgarien und Rumänien

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf die Beitrittsakte von 2005, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 2,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 4 Absatz 2 der Akte von 2005 über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens gelten die nicht in Artikel 4 Absatz 1 dieser Akte genannten Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in diesen Mitgliedstaaten erst nach einem entsprechenden Beschluss des Rates, der nach einer nach den geltenden Schengen-Evaluierungsverfahren durchgeführten Prüfung der Frage, ob die erforderlichen Voraussetzungen für die Anwendung aller Teile des Schengen-Besitzstands in diesen Mitgliedstaaten gegeben sind, gefasst wird.
- (2) Der Rat hat mit seinem Beschluss (EU) 2024/210 ⁽²⁾ nach Prüfung der Frage, ob die erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind, die nicht in Artikel 4 Absatz 1 der Beitrittsakte von 2005 genannten Bestimmungen des Schengen-Besitzstands, die im Anhang dieses Beschlusses aufgeführt sind, für Bulgarien und Rumänien mit Wirkung vom 31. März 2024 in Kraft gesetzt und ab diesem Datum aus technischen und operativen Gründen als ersten Schritt Personenkontrollen an den Luft- und Seebinnengrenzen zu und zwischen Bulgarien und Rumänien aufgehoben.
- (3) Der Rat sollte ferner einen Beschluss gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Beitrittsakte von 2005 fassen, um ein Datum für die Aufhebung der Personenkontrollen an den Landbinnengrenzen zu und zwischen Bulgarien und Rumänien festzulegen.
- (4) Für Island und Norwegen stellt dieser Beschluss eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Übereinkommens zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands ⁽³⁾ dar, die zu dem in Artikel 1 Buchstaben B, C, D und F des Beschlusses 1999/437/EG des Rates ⁽⁴⁾ genannten Bereich gehören.
- (5) Für die Schweiz stellt dieser Beschluss eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands ⁽⁵⁾ dar, die zu dem in Artikel 1 Buchstaben B, C, D und F des Beschlusses 1999/437/EG des Rates in Verbindung mit Artikel 3 des Beschlusses 2008/146/EG des Rates ⁽⁶⁾ genannten Bereich gehören.

⁽¹⁾ ABl. C 380 E vom 11.12.2012, S. 160.

⁽²⁾ Beschluss (EU) 2024/210 des Rates vom 30. Dezember 2023 über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in der Republik Bulgarien und in Rumänien (ABl. L, 2024/210, 4.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/210/oj>).

⁽³⁾ ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 36.

⁽⁴⁾ Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

⁽⁵⁾ ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 52.

⁽⁶⁾ Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1).

- (6) Für Liechtenstein stellt dieser Beschluss eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Sinne des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands⁽⁷⁾ dar, die zu dem in Artikel 1 Buchstaben B, C, D, und F des Beschlusses 1999/437/EG des Rates in Verbindung mit Artikel 3 des Beschlusses 2011/350/EU des Rates⁽⁸⁾ genannten Bereich gehören —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Ab dem 1. Januar 2025 werden die Personenkontrollen an den Landbinnengrenzen zu und zwischen Bulgarien und Rumänien aufgehoben.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

PINTÉR S.

⁽⁷⁾ ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 21.

⁽⁸⁾ Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19).



2024/3218

23.12.2024

BESCHLUSS (EU) 2024/3218 DES RATES

vom 12. Dezember 2024

über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Ausschuss der Vertragsparteien des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Bezug auf Aspekte, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen betreffen zu vertreten ist

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 82 Absatz 2 und Artikel 84 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden „Übereinkommen“) wurde von der Union mit dem Beschluss (EU) 2023/1075 des Rates ⁽¹⁾ in Bezug auf die Organe und die öffentliche Verwaltung der Union und mit dem Beschluss (EU) 2023/1076 des Rates ⁽²⁾ in Bezug auf Aspekte, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung betreffen, geschlossen, insoweit diese in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen. Das Übereinkommen trat für die Union am 1. Oktober 2023 in Kraft.
- (2) Gemäß Artikel 66 Absatz 1 des Übereinkommens soll die Expertengruppe für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden „GREVIO“) die Durchführung des Übereinkommens durch die Vertragsparteien überwachen. Gemäß Artikel 68 Absatz 3 des Übereinkommens werden die Bewertungsverfahren im Anschluss an das erste Basisbewertungsverfahren von GREVIO hinsichtlich der von den Vertragsparteien vorgelegten Berichte über gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen zur Umsetzung dieses Übereinkommens in Runden unterteilt (im Folgenden „thematische Bewertungsrunden“). Nach Artikel 68 Absatz 11 des Übereinkommens beschließt GREVIO ihren Bericht und ihre Schlussfolgerungen bezüglich der von der betreffenden Vertragspartei getroffenen Maßnahmen. Gemäß Artikel 68 Absatz 12 des Übereinkommens kann der mit Artikel 67 des Übereinkommens eingesetzte Ausschuss der Vertragsparteien („Committee of the Parties“ — CoP) auf der Grundlage der Berichte und Schlussfolgerungen von GREVIO Empfehlungen an die betreffende Vertragspartei richten.
- (3) Die erste der thematischen Bewertungsrunden mit dem Titel „Vertrauensbildung durch Unterstützung, Schutz und Justiz“ wurde 2022 gestartet und läuft von 2023 bis 2031. Sie bezieht sich auf 19 konkrete Bestimmungen des Übereinkommens, nämlich die Artikel 7, 8, 11, 12, 14, 15, 16, 18, 20, 22, 25, 31, 48, 49, 50, 51, 52, 53 und 56, und betrifft die Umsetzung von Bestimmungen des Übereinkommens durch die Vertragsparteien, die sich auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen wie Angelegenheiten des Schutzes und der Unterstützung der Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beziehen.
- (4) Im September 2024 legte das Sekretariat des Ausschusses der Vertragsparteien den Vertragsparteien den Beschlussentwurf IC-CP(2024)10 über aufgrund der Berichte von GREVIO im Rahmen der ersten thematischen Bewertungsrunde anzunehmende Empfehlungen vor (im Folgenden „Beschlussentwurf“). In dem Beschlussentwurf werden ein Verfahren für die Annahme und Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen durch den Ausschuss der Vertragsparteien sowie eine Musterempfehlung festgelegt. Der Beschlussentwurf soll in der 17. Sitzung des Ausschusses der Vertragsparteien am 17. Dezember 2024 erörtert und nach Möglichkeit angenommen werden.
- (5) Es ist angezeigt, den Standpunkt festzulegen, der im Namen der Union im Ausschuss der Vertragsparteien zu vertreten ist, da in dem Beschlussentwurf das Verfahren für die Annahme und Überwachung der Umsetzung der an die Vertragsparteien gerichteten Empfehlungen zu Aspekten, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen betreffen, festgelegt wird, insoweit diese in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen. Solche Empfehlungen werden geeignet sein, den Inhalt des Unionsrechts maßgeblich zu beeinflussen, da sie sich künftig auf die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens auswirken können.

⁽¹⁾ Beschluss (EU) 2023/1075 des Rates vom 1. Juni 2023 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Bezug auf die Organe und die öffentliche Verwaltung der Union (ABl. L 143 I vom 2.6.2023, S. 1. ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2023/1075/oj>).

⁽²⁾ Beschluss (EU) 2023/1076 des Rates vom 1. Juni 2023 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Bezug auf Aspekte, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung betreffen (ABl. L 143 I vom 2.6.2023, S. 4. ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2023/1076/oj>).

- (6) Der Beschlussentwurf sieht vor, dass sich die Empfehlungen auf die besonders dringenden Bedenken beschränken, die von GREVIO in ihren Berichten geäußert wurden. Zu diesen Bedenken gehören Mängel, die GREVIO zufolge ein sofortiges Tätigwerden erfordern, was durch die Verwendung des Verbs „urges“ (fordert auf) kenntlich gemacht wird, sowie die Probleme, die nach Ansicht von GREVIO in naher Zukunft behoben werden sollten, was in dem Verb „strongly encourages“ (appelliert nachdrücklich) zum Ausdruck kommt; dabei können alle Kapitel des Übereinkommens betroffen sein.
- (7) Der Beschlussentwurf sieht vor, dass der Ausschuss der Vertragsparteien die Umsetzung der Empfehlungen überwacht, indem er die betreffende Vertragspartei auffordert, binnen drei Jahren nach Annahme der Empfehlung einen schriftlichen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vorzulegen. Gemäß dem Beschlussentwurf kann der Ausschuss der Vertragsparteien sich danach entscheiden, keine weiteren Aufsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um Überschneidungen mit künftigen thematischen Bewertungsrunden zu vermeiden.
- (8) Der Beschlussentwurf sieht vor, dass der betreffenden Vertragspartei in den Empfehlungen nahegelegt wird, die verbleibenden, weniger dringenden Vorschläge von GREVIO umzusetzen, sodass sämtlichen Schlussfolgerungen von GREVIO Genüge getan wird, und dieser Vertragspartei ein kontinuierlicher Dialog mit GREVIO empfohlen wird.
- (9) Die Union sollte dem Beschlussentwurf zustimmen, da das darin festgelegte Verfahren mit dem thematischen Basisbewertungsverfahren gemäß Artikel 68 des Übereinkommens, das bereits angewandt wird und eine wirksame Durchführung aller für die thematische Bewertung ausgewählten Bestimmungen gewährleistet, vereinbar ist und Überschneidungen bei den Überwachungsverfahren vermieden werden.
- (10) Die Union sollte deshalb im Ausschuss der Vertragsparteien den Standpunkt vertreten, dass die Annahme des Beschlussentwurfs einschließlich der vorgeschlagenen Musterempfehlung gemäß dessen Anlage I unterstützt wird.
- (11) Um in der Sitzung des Ausschusses der Vertragsparteien für die nötige Flexibilität zu sorgen, sollte vorgesehen werden, dass spezifische Änderungen am Beschlussentwurf ohne einen weiteren Beschluss des Rates im Namen der Union vereinbart werden können.
- (12) Nach den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und unbeschadet des Artikels 4 dieses Protokolls beteiligt sich Irland nicht an der Annahme dieses Beschlusses und ist weder durch diesen Beschluss gebunden noch zu seiner Anwendung verpflichtet.
- (13) Nach den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieses Beschlusses und ist weder durch diesen Beschluss gebunden noch zu seiner Anwendung verpflichtet —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der im Namen der Union in der 17. Sitzung des nach Artikel 67 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden „Übereinkommen“) eingesetzten Ausschusses der Vertragsparteien („Committee of the Parties“ — CoP) zu vertretende Standpunkt besteht darin, die Annahme des Beschlussentwurfs IC-CP(2024)10 über vom Ausschuss der Vertragsparteien anzunehmende Empfehlungen (im Folgenden „Beschlussentwurf“) einschließlich der vorgeschlagenen Musterempfehlung gemäß dessen Anlage I (im Folgenden „Anlage I“) zu unterstützen.

Artikel 2

Kann über die folgenden Buchstaben der Anlage I gemäß dem Textentwurf keine Einigung erzielt werden, so können die Vertreter der Union im Ausschuss der Vertragsparteien ohne einen weiteren Beschluss des Rates folgenden Änderungen zustimmen:

- Buchstabe B: Verlängerung der Frist von drei Jahren, innerhalb deren die betreffende Vertragspartei dem Ausschuss der Vertragsparteien einen schriftlichen Bericht über die zur Durchführung des Übereinkommens getroffenen Maßnahmen vorlegen muss;
- Buchstabe C: Streichung der Empfehlung, dass die betreffende Vertragspartei Maßnahmen ergreift, um die weiteren Schlussfolgerungen der ersten thematischen Evaluierungsberichte von GREVIO umzusetzen;
- Buchstabe D: Streichung der Aufforderung an die betreffende Vertragspartei, den Dialog über die Fortschritte mit GREVIO fortzusetzen.

Außerdem können die Vertreter der Union im Ausschuss der Vertragsparteien ohne einen weiteren Beschluss des Rates geringfügige Änderungen am Beschlussentwurf einschließlich der Anlage I vornehmen, die den in Artikel 1 dieses Beschlusses genannten Standpunkt nicht wesentlich verändern.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

PINTÉR S.



2024/3219

23.12.2024

BESCHLUSS (EU) 2024/3219 DES RATES

vom 12. Dezember 2024

über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Ausschuss der Vertragsparteien des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Bezug auf Aspekte, die die Organe und die öffentliche Verwaltung der Union betreffen zu vertreten ist

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 336 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden „Übereinkommen“) wurde von der Union mit dem Beschluss (EU) 2023/1075 des Rates ⁽¹⁾ in Bezug auf die Organe und die öffentliche Verwaltung der Union und mit dem Beschluss (EU) 2023/1076 des Rates ⁽²⁾ in Bezug auf Aspekte, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung betreffen, geschlossen, insoweit diese in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen. Das Übereinkommen trat für die Union am 1. Oktober 2023 in Kraft.
- (2) Gemäß Artikel 66 Absatz 1 des Übereinkommens soll die Expertengruppe für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden „GREVIO“) die Durchführung des Übereinkommens durch die Vertragsparteien überwachen. Gemäß Artikel 68 Absatz 3 des Übereinkommens werden die Bewertungsverfahren im Anschluss an das Basisbewertungsverfahren von GREVIO hinsichtlich der von den Vertragsparteien vorgelegten Berichte über gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen zur Umsetzung dieses Übereinkommens in Runden unterteilt (im Folgenden „thematische Bewertungsrunden“). Nach Artikel 68 Absatz 11 des Übereinkommens beschließt GREVIO ihren Bericht und ihre Schlussfolgerungen bezüglich der von der betreffenden Vertragspartei getroffenen Maßnahmen. Gemäß Artikel 68 Absatz 12 des Übereinkommens kann der mit Artikel 67 des Übereinkommens eingesetzte Ausschuss der Vertragsparteien („Committee of the Parties“ — CoP) auf der Grundlage der Berichte und Schlussfolgerungen von GREVIO Empfehlungen an die betreffende Vertragspartei richten.
- (3) Die erste der thematischen Bewertungsrunden mit dem Titel „Vertrauensbildung durch Unterstützung, Schutz und Justiz“ wurde 2022 gestartet und läuft von 2023 bis 2031. Sie bezieht sich auf 19 konkrete Bestimmungen des Übereinkommens, nämlich die Artikel 7, 8, 11, 12, 14, 15, 16, 18, 20, 22, 25, 31, 48, 49, 50, 51, 52, 53 und 56, und betrifft die Umsetzung von Bestimmungen des Übereinkommens durch die Vertragsparteien, die auch für die Union — in Bezug auf ihre eigenen Organe und öffentliche Verwaltung — gelten.
- (4) Im September 2024 legte das Sekretariat des Ausschusses der Vertragsparteien den Vertragsparteien den Beschlussentwurf IC-CP(2024)10 über aufgrund der Berichte von GREVIO im Rahmen der ersten thematischen Bewertungsrunde anzunehmende Empfehlungen vor (im Folgenden „Beschlussentwurf“). In dem Beschlussentwurf werden ein Verfahren für die Annahme und Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen durch den Ausschuss der Vertragsparteien sowie eine Musterempfehlung festgelegt. Der Beschlussentwurf soll in der 17. Sitzung des Ausschusses der Vertragsparteien am 17. Dezember 2024 erörtert und nach Möglichkeit angenommen werden.
- (5) Die Union verfügt über die ausschließliche Zuständigkeit, über die Annahme der im Übereinkommen festgelegten Verpflichtungen in Bezug auf ihre eigenen Organe und öffentliche Verwaltung zu entscheiden, sofern sie in den Anwendungsbereich des Artikels 336 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union fallen. In seinem Gutachten 1/19 ⁽³⁾ bestätigte der Gerichtshof der Europäischen Union, dass ein erheblicher Teil der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen im Zusammenhang mit der Ergreifung von vorbeugenden Maßnahmen und Schutzmaßnahmen im Wesentlichen auch für die Verwaltungsbediensteten der Union sowie für die Besucher der Räumlichkeiten und Gebäude ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen gelten würden.

⁽¹⁾ Beschluss (EU) 2023/1075 des Rates vom 1. Juni 2023 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Bezug auf die Organe und die öffentliche Verwaltung der Union (ABl. L 143 I vom 2.6.2023, S. 1. ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2023/1075/oj>).

⁽²⁾ Beschluss (EU) 2023/1076 des Rates vom 1. Juni 2023 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Bezug auf Aspekte, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung betreffen (ABl. L 143 I vom 2.6.2023, S. 4. ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2023/1076/oj>).

⁽³⁾ Gutachten des Gerichtshofs vom 6. Oktober 2021, Übereinkommen von Istanbul, 1/19, ECLI:EU:C:2021:832, Randnummer 305.

- (6) Es ist angezeigt, den Standpunkt festzulegen, der im Namen der Union im Ausschuss der Vertragsparteien zu vertreten ist, da in dem Beschlussentwurf das Verfahren für die Annahme und Überwachung der Umsetzung der an die Vertragsparteien gerichteten Empfehlungen zu Aspekten, die die Organe und die öffentliche Verwaltung der Union betreffen, festgelegt wird. Solche Empfehlungen werden geeignet sein, den Inhalt des Unionsrechts maßgeblich zu beeinflussen, da sie sich künftig auf die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens auswirken können.
- (7) Der Beschlussentwurf sieht vor, dass sich die Empfehlungen auf die besonders dringenden Bedenken beschränken, die von GREVIO in ihren Berichten geäußert wurden. Zu diesen Bedenken gehören Mängel, die GREVIO zufolge ein sofortiges Tätigwerden erfordern, was durch die Verwendung des Verbs „urges“ (fordert auf) kenntlich gemacht wird, sowie die Probleme, die nach Ansicht von GREVIO in naher Zukunft behoben werden sollten, was in dem Verb „strongly encourages“ (appelliert nachdrücklich) zum Ausdruck kommt; dabei können alle Kapitel des Übereinkommens betroffen sein.
- (8) Der Beschlussentwurf sieht vor, dass der Ausschuss der Vertragsparteien die Umsetzung der Empfehlungen überwacht, indem er die betreffende Vertragspartei auffordert, binnen drei Jahren nach Annahme der Empfehlung einen schriftlichen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vorzulegen. Gemäß dem Beschlussentwurf kann der Ausschuss der Vertragsparteien sich danach entscheiden, keine weiteren Aufsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um Überschneidungen mit künftigen thematischen Bewertungsrunden zu vermeiden.
- (9) Der Beschlussentwurf sieht vor, dass der betreffenden Vertragspartei in den Empfehlungen nahegelegt wird, die verbleibenden, weniger dringenden Vorschläge von GREVIO umzusetzen, sodass sämtlichen Schlussfolgerungen von GREVIO Genüge getan wird, und dieser Vertragspartei ein kontinuierlicher Dialog mit GREVIO empfohlen wird.
- (10) Die Union sollte dem Beschlussentwurf zustimmen, da das darin festgelegte Verfahren mit dem thematischen Basisbewertungsverfahren gemäß Artikel 68 des Übereinkommens, das bereits angewandt wird und eine wirksame Durchführung aller für die thematische Bewertung ausgewählten Bestimmungen gewährleistet, vereinbar ist und Überschneidungen bei den Überwachungsverfahren vermieden werden.
- (11) Die Union sollte deshalb im Ausschuss der Vertragsparteien den Standpunkt vertreten, dass die Annahme des Beschlussentwurfs einschließlich der vorgeschlagenen Musterempfehlung gemäß dessen Anlage I unterstützt wird.
- (12) Um in der Sitzung des Ausschusses der Vertragsparteien für die nötige Flexibilität zu sorgen, sollte vorgesehen werden, dass spezifische Änderungen am Beschlussentwurf ohne einen weiteren Beschluss des Rates im Namen der Union vereinbart werden können —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der im Namen der Union in der 17. Sitzung des nach Artikel 67 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden „Übereinkommen“) eingesetzten Ausschusses der Vertragsparteien („Committee of the Parties“ — CoP) zu vertretende Standpunkt besteht darin, die Annahme des Beschlussentwurfs IC-CP(2024)10 über vom Ausschuss der Vertragsparteien anzunehmenden Empfehlungen (im Folgenden „Beschlussentwurf“) einschließlich der vorgeschlagenen Musterempfehlung gemäß dessen Anlage I (im Folgenden „Anlage I“) zu unterstützen.

Artikel 2

Kann über die folgenden Buchstaben der Anlage I gemäß dem Textentwurf keine Einigung erzielt werden, so können die Vertreter der Union im Ausschuss der Vertragsparteien ohne einen weiteren Beschluss des Rates folgenden Änderungen zustimmen:

- Buchstabe B: Verlängerung der Frist von drei Jahren, innerhalb deren die betreffende Vertragspartei dem Ausschuss der Vertragsparteien einen schriftlichen Bericht über die zur Durchführung des Übereinkommens getroffenen Maßnahmen vorlegen muss;
- Buchstabe C: Streichung der Empfehlung, dass die betreffende Vertragspartei Maßnahmen ergreift, um die weiteren Schlussfolgerungen der ersten thematischen Evaluierungsberichte von GREVIO umzusetzen;
- Buchstabe D: Streichung der Aufforderung an die betreffende Vertragspartei, den Dialog über die Fortschritte mit GREVIO fortzusetzen.

Außerdem können die Vertreter der Union im Ausschuss der Vertragsparteien ohne einen weiteren Beschluss des Rates geringfügige Änderungen am Beschlussentwurf einschließlich der Anlage I vornehmen, die den in Artikel 1 dieses Beschlusses genannten Standpunkt nicht wesentlich verändern.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

PINTÉR S.



2024/3222

23.12.2024

BESCHLUSS (EU) 2024/3222 DES RATES

vom 12. Dezember 2024

über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in dem mit dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits eingesetzten Assoziationsrat zur Änderung des genannten Abkommens durch die Ersetzung des Protokolls Nr. 6 über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zu vertreten ist

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits⁽¹⁾ (im Folgenden „Abkommen“) wurde von der Union mit dem Beschluss 2005/690/EG des Rates⁽²⁾ geschlossen und trat am 1. September 2005 in Kraft.
- (2) Mit dem Protokoll Nr. 6 zum Abkommen (im Folgenden „Protokoll Nr. 6“) werden der Begriff „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ definiert und die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen festgelegt. Gemäß Artikel 39 des Protokolls Nr. 6 kann der mit Artikel 92 des Abkommens eingesetzte Assoziationsrat (im Folgenden „Assoziationsrat“) beschließen, die Bestimmungen des Protokolls Nr. 6 zu ändern.
- (3) Der Assoziationsrat soll in seiner nächsten Sitzung oder per Briefwechsel einen Beschluss zur Änderung Abkommens durch Ersetzung des Protokolls Nr. 6 annehmen.
- (4) Da der Beschluss des Assoziationsrates Rechtswirkung haben wird, ist es angezeigt, den im Namen der Union im Assoziationsrat zu vertretenden Standpunkt festzulegen.
- (5) Das Regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (im Folgenden „Übereinkommen“) wurde von der Union mit dem Beschluss 2013/94/EU des Rates⁽³⁾ geschlossen und trat für die Union am 1. Mai 2012 in Kraft. Es legt Bestimmungen über den Ursprung von Waren fest, die im Rahmen der jeweiligen zwischen den Vertragsparteien des Übereinkommens (im Folgenden „Vertragsparteien“) geschlossenen bilateralen Freihandelsabkommen behandelt werden; sie gelten unbeschadet der in diesen bilateralen Abkommen festgelegten Grundsätze.
- (6) Das Übereinkommen wurde mit dem Beschluss Nr. 1/2023 des Gemischten Ausschusses des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln⁽⁴⁾ geändert (im Folgenden „Änderung des Übereinkommens“).
- (7) Die Änderung des Übereinkommens tritt am 1. Januar 2025 für alle Vertragsparteien in Kraft.
- (8) Gemäß Artikel 6 des Übereinkommens hat jede Vertragspartei geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das Übereinkommen effektiv angewendet wird. Daher muss der Assoziationsrat einen Beschluss annehmen, mit dem Protokoll Nr. 6 durch ein neues Protokoll ersetzt wird, in dem eine dynamische Bezugnahme auf das Übereinkommen enthalten ist, damit stets auf die neueste geltende Fassung des Übereinkommens verwiesen wird. Ohne eine solche Bezugnahme wäre die wirksame Anwendung des geänderten Übereinkommens nicht gewährleistet, was das System der diagonalen Kumulierung nach dem Übereinkommen beeinträchtigen könnte.

⁽¹⁾ ABl. L 265 vom 10.10.2005, S. 2.

⁽²⁾ Beschluss 2005/690/EG des Rates vom 18. Juli 2005 über den Abschluss des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits (ABl. L 265 vom 10.10.2005, S. 1).

⁽³⁾ Beschluss 2013/94/EU des Rates vom 26. März 2012 über den Abschluss des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (ABl. L 54 vom 26.2.2013, S. 3).

⁽⁴⁾ Beschluss Nr. 1/2023 des Gemischten Ausschusses des Regionalen Übereinkommens über Pan Europa Mittelmeer Präferenzursprungsregeln vom 7. Dezember 2023 zur Änderung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln [2024/390] (ABl. L, 2024/390, 19.2.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/390/oj>).

- (9) Der von der Union im Assoziationsrat zu vertretende Standpunkt sollte daher auf dem beigefügten Entwurf eines Beschlusses beruhen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der im Namen der Union im mit dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits (im Folgenden „Abkommen“) eingesetzten Assoziationsrat auf seiner nächsten Tagung in Bezug auf die Änderung des Abkommens durch Ersetzung seines Protokolls Nr. 6 durch ein neues Protokoll, das einen dynamischen Verweis auf das Regionale Übereinkommen über paneuropäische Präferenzursprungsregeln enthält, zu vertretende Standpunkt beruht auf dem Entwurf des Beschlusses des Assoziationsrates, der dem vorliegenden Beschluss beigefügt ist.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft und seine Geltungsdauer endet am 31. Dezember 2025.

Geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

PINTÉR S.



2024/3224

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/3224 DER KOMMISSION

vom 29. November 2024

über die Anwendbarkeit des Artikels 34 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates auf die Vergabe von Aufträgen für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erbringung bestimmter Postdienste und anderer Dienste als Postdienste in der Slowakei

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 8407)

(Nur der slowakische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 35 Absatz 3,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für öffentliche Aufträge,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. SACHVERHALT

1.1. Der Antrag

- (1) Am 14. Juni 2024 reichte Slovenská pošta, a.s. (im Folgenden „Antragsteller“) bei der Kommission einen Antrag nach Artikel 35 Absatz 1 der Richtlinie 2014/25/EU (im Folgenden „Antrag“) ein. Der Antrag steht im Einklang mit den in Artikel 1 Absatz 1 und in Anhang I des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/1804 der Kommission ⁽²⁾ festgelegten formalen Anforderungen.
- (2) Der Antrag bezieht sich auf bestimmte Postdienste sowie bestimmte andere Dienste als Postdienste gemäß Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 2014/25/EU, die von dem Antragsteller im Hoheitsgebiet der Slowakei erbracht werden. Im Antrag werden folgende Dienste genannt:

Postdienste:

- a) Inländische Paketzustelldienste umfassen die Abfertigung, Sortierung, Beförderung und Zustellung von Paketen auf dem Inlandsmarkt.
- b) Internationale Standardpaketdienste umfassen die Abfertigung, Sortierung, Beförderung und Zustellung von Paketen und bieten keinen Mehrwert auf dem internationalen Markt.
- c) Internationale Expresspaketzustelldienste umfassen die Abfertigung, Sortierung, Beförderung und Zustellung von Paketen und bieten einen Mehrwert auf dem internationalen Markt.
- d) Kurierdienste betreffen Sendungen, die beim Absender abgeholt und direkt zum Empfänger befördert und zugestellt werden, ohne dass eine Sammlung, Sortierung oder ähnliche Bearbeitung der Sendungen erfolgt. Vom Eingang bis zur Zustellung steht die Sendung unter der Aufsicht derselben Person.

⁽¹⁾ ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243.

⁽²⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1804 der Kommission vom 10. Oktober 2016 über die Durchführungsmodalitäten für die Anwendung der Artikel 34 und 35 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 39).

Andere Dienste als Postdienste:

- e) Zustelldienste für nicht adressierte Postsendungen, die andere Dienste als Postdienste im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2014/25/EU betreffen. Sie ermöglichen die Massen- und Schnellzustellung von Drucksachen, d. h. von Anzeigen-, Marketing- oder Werbematerial, auf dem Inlandsmarkt ⁽³⁾.
- (3) Dem Antrag wurde keine mit Gründen und Belegen versehene Stellungnahme einer unabhängigen, in Bezug auf die betreffende Tätigkeit zuständigen nationalen Behörde beigefügt, in der die Bedingungen für eine mögliche Anwendbarkeit des Artikels 34 Absatz 1 der Richtlinie 2014/25/EU auf die betreffende Tätigkeit im Einklang mit den Absätzen 2 und 3 des genannten Artikels gründlich geprüft werden. Da im vorliegenden Fall ein freier Zugang zu den Märkten auf der Grundlage des Artikels 34 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2014/25/EU als gegeben angesehen wird, muss die Kommission gemäß Anhang IV Nummer 1 Buchstabe a dieser Richtlinie innerhalb von 105 Arbeitstagen einen Durchführungsbeschluss zu dem Antrag annehmen.
- (4) Auf Ersuchen der Kommission vom 2. und 8. Juli 2024, vom 20., 21., 22. und 28. August 2024 sowie vom 6., 9. und 10. September 2024 legte der Antragsteller am 3., 11. und 12. Juli, am 22., 23. und 27. August sowie am 1., 12., 12. und 16. September 2024 zusätzliche Informationen vor.

1.2. Der Antragsteller

- (5) Der Antragsteller ist ein Postdienstleister in der Slowakei und ein Auftraggeber im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 der Richtlinie 2014/25/EU. Der Antragsteller ist der einzige Auftraggeber in der Slowakei, der Postdienste und andere Dienste als Postdienste im Sinne des Artikels 13 Absatz 2 Buchstabe b und c der Richtlinie 2014/25/EU erbringt ⁽⁴⁾.

2. RECHTSRAHMEN

- (6) Die Richtlinie 2014/25/EU gilt für die Vergabe von Aufträgen über die Ausübung der in Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie genannten Tätigkeiten im Zusammenhang mit Postdiensten.
- (7) Die Richtlinie 2014/25/EU gilt für die Vergabe von Aufträgen über die Ausübung der in Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe c Ziffer ii der Richtlinie genannten Tätigkeiten im Zusammenhang mit Zustelldiensten für nicht adressierte Sendungen im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie, sofern diese Dienste von einer Stelle erbracht werden, die auch Postdienste im Sinne des Artikels 13 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie erbringt, und sofern die in Artikel 34 Absatz 1 der Richtlinie festgelegten Bedingungen in Bezug auf diese Dienste nicht erfüllt sind.
- (8) Nach Maßgabe des Artikels 34 Absatz 1 der Richtlinie 2014/25/EU fallen Aufträge, die die Ausübung einer richtlinienrelevanten Tätigkeit ermöglichen sollen, nicht unter diese Richtlinie, wenn der betreffende Mitgliedstaat oder die betreffenden Auftraggeber nachweisen können, dass diese Tätigkeit unmittelbar dem Wettbewerb auf Märkten ausgesetzt ist, die in dem Mitgliedstaat, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird, keiner Zugangsbeschränkung unterliegen.
- (9) Ob eine Tätigkeit unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist, muss nach objektiven Kriterien festgestellt werden, wobei die besonderen Merkmale des betreffenden Sektors zu berücksichtigen sind ⁽⁵⁾. Dieser Bewertung sind jedoch durch die kurzen Fristen und dadurch, dass sie sich auf die der Kommission vorliegenden Informationen stützen muss, gewisse Grenzen gesetzt. Diese Informationen stammen aus bereits verfügbaren Quellen oder wurden im Zuge des Antrags gemäß Artikel 35 der Richtlinie 2014/25/EU beschafft und können nicht durch zeitaufwendigere Methoden, wie etwa öffentliche Anhörungen, die an die beteiligten Wirtschaftsteilnehmer gerichtet sind, ergänzt werden ⁽⁶⁾. Die volle Anwendung des Wettbewerbsrechts bleibt folglich von der im Rahmen der Richtlinie 2014/25/EU vorgesehenen Möglichkeit einer Bewertung, inwieweit eine Tätigkeit dem unmittelbaren Wettbewerb ausgesetzt ist, unberührt ⁽⁷⁾.

⁽³⁾ Antrag, Seite 3.

⁽⁴⁾ Antrag, Seite 4.

⁽⁵⁾ Richtlinie 2014/25/EU, Erwägungsgrund 44.

⁽⁶⁾ Ebd.

⁽⁷⁾ Ebd.

- (10) Der Zugang zu einem Markt gilt als nicht beschränkt, wenn der betreffende Mitgliedstaat die einschlägigen Rechtsakte der Union, durch die ein bestimmter Sektor oder ein Teil davon für den Wettbewerb geöffnet wird, umgesetzt hat und anwendet. Diese Rechtsakte sind in Anhang III der Richtlinie 2014/25/EU aufgeführt.
- (11) Ob eine Tätigkeit auf einem bestimmten Markt unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist, sollte anhand verschiedener Kriterien beurteilt werden, von denen keines für sich genommen ausschlaggebend ist.
- (12) Bei der Beurteilung, ob die entsprechenden Tätigkeiten auf den Märkten, die dieser Beschluss betrifft, unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sind, müssen der Marktanteil der Hauptakteure sowie die Anzahl der Akteure auf diesen Märkten berücksichtigt werden.
- (13) Dieser Beschluss lässt die Anwendung der Wettbewerbsrechtsvorschriften und anderer Bereiche des Unionsrechts unberührt. Insbesondere sind die Kriterien und Methoden zur Bewertung gemäß Artikel 34 der Richtlinie 2014/25/EU, ob eine Tätigkeit unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist, nicht notwendigerweise dieselben, die für eine Beurteilung nach Artikel 101 oder 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder nach der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽⁸⁾ herangezogen werden, was auch vom Gericht der Europäischen Union bestätigt wurde ⁽⁹⁾.
- (14) Mit diesem Beschluss soll festgestellt werden, ob die Dienstleistungen, auf die sich der Antrag bezieht, (auf Märkten mit freiem Zugang im Sinne des Artikels 34 der Richtlinie 2014/25/EU) in ausreichendem Maße dem Wettbewerb ausgesetzt sind, um zu gewährleisten, dass die Auftragsvergabe im Rahmen der betreffenden Tätigkeiten auch ohne die durch die in der Richtlinie 2014/25/EU festgelegten detaillierten Vorschriften für die Auftragsvergabe bewirkte Disziplin transparent, diskriminierungsfrei und auf der Grundlage von Kriterien erfolgt, anhand derer die Auftraggeber die wirtschaftlich günstigste Lösung ermitteln können.

3. BEURTEILUNG

- (15) Dieser Beschluss stützt sich auf die Rechts- und Sachlage im Juni 2024 sowie auf die vom Antragsteller vorgelegten und die öffentlich zugänglichen Informationen. Er kann geändert werden, falls die Bedingungen für die Anwendbarkeit des Artikels 34 Absatz 1 der Richtlinie 2014/25/EU infolge signifikanter Änderungen der Rechts- oder der Sachlage nicht mehr erfüllt sind.

3.1. Nicht beschränkter Marktzugang

- (16) Der Zugang zu einem Markt gilt als nicht beschränkt, wenn der betreffende Mitgliedstaat die einschlägigen Rechtsakte der Union, durch die ein bestimmter Sektor oder ein Teil davon für den Wettbewerb geöffnet wird, umgesetzt hat und anwendet. Diese Rechtsakte sind in Anhang III der Richtlinie 2014/25/EU aufgeführt, der bezüglich der Postdienste auf die Richtlinie 97/67/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁰⁾ verweist.
- (17) Die Slowakei hat die Richtlinie 97/67/EG umgesetzt ⁽¹¹⁾ und wendet sie an. Folglich gilt der Zugang zum relevanten Markt gemäß Artikel 34 Absatz 3 der Richtlinie 2014/25/EU als nicht beschränkt.

⁽⁸⁾ Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1).

⁽⁹⁾ Urteil des Gerichts vom 27. April 2016, Österreichische Post AG/Kommission, T-463/14, ECLI:EU:T:2016:243, Rn. 28. Siehe auch Richtlinie 2014/25/EU, Erwägungsgrund 44.

⁽¹⁰⁾ Richtlinie 97/67/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 1997 über gemeinsame Vorschriften für die Entwicklung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und die Verbesserung der Dienstqualität (ABl. L 15 vom 21.1.1998, S. 14).

⁽¹¹⁾ Die Richtlinie wurde durch das Postgesetz Nr. 324/2011 über Postdienste und über Änderungen und Ergänzungen bestimmter Gesetze vom 23. November 2019 vollständig in slowakisches Recht umgesetzt.

3.2. Wettbewerbliche Beurteilung

3.2.1. Definition des sachlich relevanten Produktmarktes

Postdienste

- (18) Die Kommission hat in früheren Beschlüssen⁽¹²⁾ festgestellt, dass sich der Markt für Postzustelldienste in Standardpostdienste (auch als „verzögerte Zustellung“ bezeichnet) sowie Expressdienste unterteilen lässt. Bei dieser Unterteilung wird berücksichtigt, dass Expressdienste schneller und zuverlässiger als Standarddienste sind, diese Dienste jeweils eine andere Infrastruktur erfordern, Expressdienste Optionen mit zusätzlichem Mehrwert umfassen, beispielsweise die Sendungsverfolgung, und im Regelfall teurer sind.
- (19) Nach Ansicht des Antragstellers ist es nicht erforderlich, den Inlandsmarkt für Paketzustelldienste in Express- und Standardzustelldienste zu unterteilen. Dem Antragsteller zufolge sind auf dem slowakischen Inlandsmarkt alle angebotenen Dienste in Bezug auf die festgelegten Kriterien, einschließlich Zustellzeit, Preis und Mehrwert, sehr ähnlich (d. h. austauschbar). Daher ist der Antragsteller der Auffassung, dass der relevante Markt für die Zwecke dieses Antrags der Markt für Paketzustelldienste (als Ganzes) ist⁽¹³⁾.
- (20) Dieser Ansatz steht zwar nicht im Einklang mit der bisherigen Praxis der Kommission, jedoch ist die Kommission im vorliegenden Fall der Ansicht, dass die unterschiedlichen Strukturen der Anbieter von Postdiensten in der Slowakei erheblichen Raum für eine Austauschbarkeit auf der Angebotsseite bieten⁽¹⁴⁾. Alle Anbieter von Postdiensten nutzen sowohl für die Standardzustellung (verzögerte Zustellung) als auch für die Expresszustellung dasselbe Netz. Genau gesagt werden alle Postsendungen über ein und dasselbe Netz mit denselben Lastkraftwagen verteilt (unabhängig davon, ob es sich um Briefe, Standardpakete, Expresspakete oder andere Dienste der Anbieter handelt)⁽¹⁵⁾. In diesem Zusammenhang sind alle wichtigen Phasen der inländischen Paketzustellkette wie Sammlung, Beförderung zwischen Sammelstellen und Abgabezentren, Sortierung, Beförderung im Linienverkehr, Beförderung von Sortierzentren zu Sammelstellen und/oder Postämtern für Express- und Standarddienste gleich⁽¹⁶⁾. Darüber hinaus bieten die wichtigsten Marktteilnehmer ihren Kunden für alle Arten von Paketen eine nicht garantierte Zustellung innerhalb des nächsten Tages, und die meisten von ihnen bieten gegen ein zusätzliches Entgelt eine garantierte Zustellung am nächsten Tag⁽¹⁷⁾. Nach den vom Antragsteller vorgelegten Informationen entspricht die nicht garantierte Zustellung am nächsten Tag dem üblichen Zustelltag und wird von den Kunden auch so wahrgenommen⁽¹⁸⁾. Es scheint also, dass auf dem slowakischen Inlandsmarkt Expresspaketdienste eine ähnliche Zustellgeschwindigkeit aufweisen wie Standardpaketdienste. Die Kommission stellt ferner fest, dass die den Verbrauchern zur Verfügung stehenden Optionen mit zusätzlichem Mehrwert, beispielsweise die Sendungsverfolgung, für Standard- und Expresspaketzustelldienste im Regelfall dieselben sind⁽¹⁹⁾. Somit kann die Erbringung von Mehrwertdiensten nicht als Faktor für die Schlussfolgerung angesehen werden, dass es in der Slowakei eine Unterteilung der Märkte in Standard- und Expressdienste gibt. Die genannten Faktoren deuten auf einen einzigen Gesamtmarkt hin, der sowohl Express- als auch Standarddienste umfasst. Daher kommt die Kommission zu dem Schluss, dass es nicht notwendig ist, zwischen Express- und Standarddiensten zu unterscheiden.

⁽¹²⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2023/1228 der Kommission vom 7. Juni 2023 über die Anwendbarkeit des Artikels 34 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates auf die Vergabe von Aufträgen über die Tätigkeit im Zusammenhang mit Expresspaketzustelldiensten in Litauen (ABl. L 160 vom 26.6.2023, S. 33), Durchführungsbeschluss (EU) 2020/737 der Kommission vom 27. Mai 2020 über die Anwendbarkeit des Artikels 34 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates auf die Vergabe von Aufträgen für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erbringung bestimmter Postdienste in Dänemark (ABl. L 172 vom 3.6.2020, S. 23), Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1204 der Kommission vom 12. Juli 2019 über die Anwendbarkeit der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Aufträgen für bestimmte Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erbringung bestimmter Postdienste und anderer Dienste als Postdienste in Kroatien (ABl. L 189 vom 15.7.2019, S. 75). Siehe auch Rechtssache COMP/M.5152 — Posten AB/Post Danmark A/S vom 21. April 2009, Rn. 54.

⁽¹³⁾ Antrag, Nummer 8.

⁽¹⁴⁾ In der Rechtssache M.7630 FedEx/TNT Express wurde eine eingehende Bewertung vorgenommen, um zu einer Schlussfolgerung bezüglich der Unterscheidung (oder des Fehlens einer Unterscheidung) zwischen Standardzustellung (verzögerter Zustellung) und Expresszustellung für internationale Dienste zu gelangen, insbesondere für internationale Dienste innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums einerseits und internationale Dienste außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums andererseits. Auch wenn für inländische Dienste keine eingehende Bewertung durchgeführt wurde, könnte der Bewertungsrahmen auch für inländische Dienste gelten.

⁽¹⁵⁾ Antrag, Nummer 14.

⁽¹⁶⁾ Siehe hierzu die vom Antragsteller am 3. Juli 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen.

⁽¹⁷⁾ Antrag, Punkt 17 und Tabelle 2 „Vergleich der Zustellzeit bei verschiedenen Postunternehmen“.

⁽¹⁸⁾ Am 11. September 2024 vorgelegte zusätzliche Informationen.

⁽¹⁹⁾ Antrag, Tabelle 5 „Mehrwertdienste der wichtigsten Postbetreiber auf dem slowakischen Markt“, in der Slovenská pošta, a.s. verschiedene Mehrwertdienste vergleicht, die Kunden beim Kauf von Standardpaketen von Slovenská pošta, a.s. und Expresspaketdiensten von wichtigen Marktteilnehmern erhalten.

- (21) Enger gefasste Marktabgrenzungen könnten in bestimmten Fällen erwogen werden (z. B. inländische Paketzustelldienste zwischen Verbrauchern oder Verbrauchern und Unternehmen (C2X) und inländische Paketzustelldienste zwischen Unternehmen oder Unternehmen und Verbrauchern (B2X)). Im Falle inländischer Dienste in der Slowakei nutzen dem Antragsteller zufolge alle Unternehmen, einschließlich des Antragstellers, dieselbe Infrastruktur für die Bearbeitung von Paketen und die Erbringung von Diensten an Verbraucher (C2X) und an Unternehmen (B2X) ⁽²⁰⁾. Auf der Grundlage der vom Antragsteller vorgelegten Informationen kommen für alle Pakete ohne Unterscheidung nach engen Märkten Sammel- und Abgabestellen, die Beförderung im Linienverkehr sowie Sortierzentren und Postämter zum Einsatz, sodass auch gewerbliche Nutzer das Postnetz für die Paketbearbeitung nutzen können ⁽²¹⁾. Daher kommt die Kommission zu dem Schluss, dass es nicht notwendig ist, zwischen C2X und B2X zu unterscheiden.
- (22) Auch in früheren Beschlüssen ⁽²²⁾ hat die Kommission zwischen inländischen und internationalen Paketzustelldiensten unterschieden. Die Kommission vertrat die Auffassung, dass inländische Paketzustelldienste von Unternehmen erbracht werden, die nationale Vertriebsnetze betreiben, während die internationale Paketzustellung darin besteht, Pakete zu sammeln, die ins Ausland transportiert und dort zugestellt werden sollen. Die Position des Antragstellers steht im Einklang mit der Praxis der Kommission ⁽²³⁾. Was den internationalen Markt betrifft, so unterteilt der Antragsteller diesen weiter in den internationalen Standardpaketzustellmarkt und den internationalen Expresspaketzustellmarkt ⁽²⁴⁾. Diese Unterscheidung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Zustellzeit für internationale Expresspakete und internationale Standardpakete unterschiedlich ist ⁽²⁵⁾. Im Gegensatz zum Markt für internationale Standardpaketzustelldienste bieten Marktteilnehmer auf dem internationalen Expresspaketzustellmarkt ihren Kunden Optionen mit zusätzlichem Mehrwert wie Sendungsverfolgung, garantierter Zustellzeit, Paketversicherung oder der Möglichkeit, den Ort und die Uhrzeit der Zustellung zu ändern ⁽²⁶⁾. Die Kommission schließt sich der Auffassung des Antragstellers an.
- (23) Was den Markt für Kurierdienste betrifft, so umfassen Kurierdienste Sendungen, die beim Absender entgegengenommen und unter der Aufsicht derselben Person direkt zum Empfänger befördert und zugestellt werden, ohne dass eine Sammlung, Sortierung oder ähnliche Bearbeitung der Sendungen auf dem Inlandsmarkt erfolgt. ⁽²⁷⁾ Stattdessen holen Kurierdienste die Sendungen ab und stellen sie noch am selben Tag direkt dem Empfänger zu. ⁽²⁸⁾ In der Slowakei können Kurierdienste entweder nach dem Postgesetz oder nach dem Handelsgesetzbuch ⁽²⁹⁾ erbracht werden, wobei für die Erbringung von Kurierdiensten nach dem Handelsgesetzbuch keine Postlizenz erforderlich ist ⁽³⁰⁾. Der Antragsteller erbringt auf dem Inlandsmarkt einen Kurierdienst nach dem Postgesetz, den sogenannten Express-Kurier 60 für die Zustellung von Paketen innerhalb von 60 Minuten. Dieser Dienst kann nur in bestimmten Gebieten für die Zustellung von Blumen, Briefen, Geschenken oder Waren genutzt werden. Das Paket wird dem Kurier an einem Ort nach Wahl des Absenders übergeben und an die Adresse des Empfängers geliefert ⁽³¹⁾. Aufgrund der Besonderheiten dieses Dienstes (z. B. garantierte Zustellung innerhalb von 60 Minuten, eine andere Organisation und eine stärker fragmentierte Wettbewerbslandschaft aufgrund des Fehlens einer Lizenzpflicht) teilt die Kommission die Auffassung des Antragstellers, dass lokale Kurierdienste einen gesonderten Produktmarkt darstellen.

Andere Dienste als Postdienste

- (24) Nicht adressierte Werbesendungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie keine Empfängeradresse tragen, aus der der individuelle Endempfänger hervorgeht. Sie erfüllen bestimmte Kriterien wie einheitliches Gewicht und Format sowie gleicher Inhalt und gleiche Aufmachung und sind jeweils für eine Empfängergruppe bestimmt. Die Kommission hat bereits früher festgestellt, dass sich der Markt für Postzustelldienste in Märkte für adressierte Postsendungen und Märkte für nicht adressierte Postsendungen aufteilen lässt ⁽³²⁾. Der Antragsteller ist der Auffassung, dass der relevante Produktmarkt im vorliegenden Fall der Markt für nicht adressierte Postsendungen ist. ⁽³³⁾ Anhand der vom Antragsteller vorgelegten Informationen und in Anbetracht der bisherigen Praxis der Kommission kommt die Kommission zu dem Schluss, dass der sachlich relevante Markt als der Markt für Dienste im Zusammenhang mit der Zustellung inländischer nicht adressierter Postsendungen abgegrenzt werden kann.

⁽²⁰⁾ Antrag, Nummer 30.

⁽²¹⁾ Am 12. Juli 2024 vorgelegte zusätzliche Informationen, Seite 1.

⁽²²⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2023/1228, Durchführungsbeschluss (EU) 2020/737, Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1204. Siehe auch Rechtssache COMP/M.5152 — Posten AB/Post Danmark A/S vom 21. April 2009, Rn. 54.

⁽²³⁾ Antrag, Nummer 134.

⁽²⁴⁾ Antrag, Nummern 134 und 221.

⁽²⁵⁾ Bei Slovenská pošta, a.s. beträgt die Zustellzeit für internationale Expresspakete D+2, während die Zustellzeit für internationale Standardpakete zwischen D+4 und D+7 variiert. Siehe hierzu die vom Antragsteller am 16. September 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen.

⁽²⁶⁾ Antrag, Tabelle 25 „Mehrwertdienste der wichtigsten Postbetreiber auf dem slowakischen Markt“.

⁽²⁷⁾ Antrag, Nummer 303.

⁽²⁸⁾ Antrag, Nummer 346.

⁽²⁹⁾ Gesetz Nr. 513/1991.

⁽³⁰⁾ Antrag, Nummer 304.

⁽³¹⁾ Antrag, Nummer 304.

⁽³²⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1204. Siehe auch Rechtssache COMP/M.5152 — Posten AB/Post Danmark A/S vom 21. April 2009, Rn. 66 und 74.

⁽³³⁾ Antrag, Nummer 389.

3.2.2. Definition des geografisch relevanten Marktes

Postdienste

- (25) Nach Ansicht des Antragstellers sollte der geografisch relevante Markt für inländische Paketzustelldienste als nationaler Markt, der das Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik umfasst, abgegrenzt werden ⁽³⁴⁾.
- (26) In ihrer bisherigen Praxis ⁽³⁵⁾ war die Kommission der Auffassung, dass es sich bei den Märkten für inländische und internationale Paketzustelldienste und deren Segmente, ungeachtet der Unterscheidung zwischen inländischen und internationalen Paketzustelldiensten, um national begrenzte Märkte handelt. Die Position des Antragstellers steht im Einklang mit der Praxis der Kommission.
- (27) Der Antragsteller erbringt sowohl inländische als auch internationale Paketzustelldienste in der Slowakei.
- (28) Da es keine Hinweise auf einen anderen Umfang des geografischen Marktes gibt, kann für die Zwecke der Bewertung im Rahmen dieses Beschlusses und unbeschadet der Bestimmungen des Wettbewerbsrechts davon ausgegangen werden, dass sich der geografische Anwendungsbereich der inländischen und internationalen Paketzustelldienste auf das Hoheitsgebiet der Slowakei erstreckt.
- (29) In Bezug auf Kurierdienste ist der Antragsteller der Ansicht, dass der geografisch relevante Markt für Kurierdienste als nationaler Markt definiert werden sollte ⁽³⁶⁾, da jedes Land über eine eigene Organisation von Diensteanbietern verfügt. Darüber hinaus unterscheidet sich jeder nationale Markt im Hinblick auf die spezifischen Wettbewerbsbedingungen, die Preise der Dienste sowie die Sprache, in denen die Diensteanbieter ihre Angebote für die Kunden formulieren ⁽³⁷⁾. Der Antragsteller erbringt die Dienste im Hoheitsgebiet der Slowakei. In Anbetracht der Praxis der Kommission und in Ermangelung von Hinweisen auf einen anderen Umfang des geografischen Marktes kann für die Zwecke der Bewertung im Rahmen dieses Beschlusses und unbeschadet der Bestimmungen des Wettbewerbsrechts davon ausgegangen werden, dass sich der geografische Anwendungsbereich der Kurierdienste auf das Hoheitsgebiet der Slowakei erstreckt.

Andere Dienste als Postdienste

- (30) Der bisherigen Praxis der Kommission zufolge ist die Zustellung nicht adressierter Postsendungen in geografischer Hinsicht im Prinzip national begrenzt, da die Zustellungswege auf nationaler Ebene organisiert sind, zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten wahrscheinlich Preisunterschiede bestehen und es sich bei nicht adressierter Post zumeist um Werbesendungen handelt, sodass die Sprache bei der Zielgruppe (= Adressaten) eine wichtige Rolle spielt ⁽³⁸⁾. Die vom Antragsteller vorgeschlagene Abgrenzung steht im Einklang mit der Praxis der Kommission ⁽³⁹⁾. Da es keinen Grund gibt, von einem größeren oder kleineren Umfang des Marktes auszugehen, ist der Markt für nicht adressierte Postsendungen für die Zwecke dieses Beschlusses in geografischer Hinsicht ein nationaler Markt.

3.2.3. Marktanalyse

3.2.3.1. Inländische Paketzustelldienste

- (31) Laut Antragsteller gibt es in der Slowakei 25 Anbieter von Postpaketzustelldiensten ⁽⁴⁰⁾. Den vom Antragsteller übermittelten Informationen zufolge entfällt auf fünf Postdiensteanbieter ein Anteil von jeweils mehr als 10 % des Marktes für inländische Paketzustelldienste. Nach den vorliegenden Informationen betrug der Marktanteil des Antragstellers in diesem Marktsegment wertmäßig [20-25] % für das Jahr 2020, [15-20] % für das Jahr 2021 und [15-20] % für das Jahr 2022 ⁽⁴¹⁾. Den vom Antragsteller vorgelegten Daten zufolge wird der Marktanteil des Antragstellers 2023 voraussichtlich weiter auf [10-15] % zurückgehen ⁽⁴²⁾.

⁽³⁴⁾ Antrag, Nummer 37.

⁽³⁵⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1204. Siehe auch Rechtssache COMP/M.5152 — Posten AB/Post Danmark A/S vom 21. April 2009, Rn. 66 und 74.

⁽³⁶⁾ Antrag, Nummer 310.

⁽³⁷⁾ Antrag, Nummer 306.

⁽³⁸⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1195 der Kommission vom 4. Juli 2016 zur Ausnahme von Kurierdiensten und anderen Diensten als Postdiensten in Polen von der Anwendung der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG (ABl. L 197 vom 22.7.2016, S. 4).

⁽³⁹⁾ Antrag, Nummer 393.

⁽⁴⁰⁾ 17 von 26 Postbetreibern waren 2012 im Register der Postunternehmen eingetragen. Für FIEGE s.r.o. wurde die Lizenz zum 1.7.2013 ausgesetzt. Im Jahr 2014 wurden weitere neun Postbetreiber registriert (siehe Antrag, Nummern 42 und 43).

⁽⁴¹⁾ Antrag, Abbildung 5 „Struktur des inländischen Paketzustellmarkts nach Einnahmenwerten“ mit Daten für den Zeitraum 2020-2022 auf der Grundlage der öffentlich zugänglichen Jahresabschlüsse der Postbetreiber und der entsprechenden Anhänge.

⁽⁴²⁾ Antrag, Abbildung 5. Der Marktanteil für das Jahr 2023 basiert auf den ungeprüften vorläufigen Ergebnissen der Slovenská pošta, a.s.

- (32) Die Marktanteile der Wettbewerber des Antragstellers sind mit denen des Antragstellers vergleichbar. Die Marktanteile der größten Wettbewerber stellen sich für den Zeitraum 2020-2022 wertmäßig wie folgt dar: für das Jahr 2020: SPS [20-25] %, DPD [15-20] %, DHL [15-20] %, GLS [10-15] % und Packeta [5-10] %; für das Jahr 2021: SPS [20-25] %, DHL [15-20] %, GLS [15-20] %, DPD [10-15] % und Packeta [10-15] %; für das Jahr 2022, SPS [20-25] %, Packeta [15-20] %, GLS [15-20] %, DHL [10-15] % und DPD [10-15] %⁽⁴³⁾. Für das Jahr 2023 stellen sich die Marktanteile der wichtigsten Wettbewerber des Antragstellers wie folgt dar: Packeta [20-25] %, SPS [15-20] %, GLS [15-20] %, DHL [10-15] % und DPD [5-10] %⁽⁴⁴⁾.
- (33) Im Hinblick auf die Menge betrug der Marktanteil des Antragstellers in diesem Marktsegment [25-30] % im Jahr 2020, [25-30] % im Jahr 2021 und [20-25] % im Jahr 2022⁽⁴⁵⁾. Was die Marktanteile der Wettbewerber betrifft, so entfiel im Jahr 2020 ein Anteil von [20-25] %, im Jahr 2021 ein Anteil von [20-25] % und im Jahr 2022 ein Anteil von [20-25] % auf den zweiten Anbieter. Auf den dritten Anbieter entfielen [20-25] % im Jahr 2020, [20-25] % im Jahr 2021 und [15-20] % im Jahr 2022. Auf den vierten Anbieter entfielen [15-20] % im Jahr 2020, [15-20] % im Jahr 2021 und [15-20] % im Jahr 2022⁽⁴⁶⁾. Die Marktanteile der Wettbewerber sind daher mit denen des Antragstellers vergleichbar.
- (34) Den vom Antragsteller vorgelegten Informationen zufolge stehen einem Markteintritt zur Erbringung inländischer Paketzustelldienste nur geringe Hemmnisse entgegen. Die einzige formale Voraussetzung für den Markteintritt besteht in der vorherigen Eintragung in das Register der Postbetreiber⁽⁴⁷⁾. Die Eintragung von TM INTERNATIONAL s. r. o. und Nova Post SK s.r.o. im Jahr 2023 ist eine weitere Bestätigung dafür, dass es keine (oder zumindest keine nennenswerten) Hemmnisse für den Markteintritt gibt⁽⁴⁸⁾.
- (35) Angesichts der in den Erwägungsgründen 31, 32, 33 und 34 beschriebenen Faktoren stellt die Kommission für die Zwecke dieses Beschlusses und unbeschadet des Wettbewerbsrechts fest, dass die Tätigkeit im Zusammenhang mit der Erbringung inländischer Paketzustelldienste in der Slowakei unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Folglich kann der Schluss gezogen werden, dass die Richtlinie 2014/25/EU auf Verträge zur Ausübung der Tätigkeit im Zusammenhang mit inländischen Paketzustelldiensten in der Slowakei keine Anwendung findet, da die in Artikel 34 der Richtlinie 2014/25/EU festgelegten Bestimmungen erfüllt sind.

3.2.3.2. Internationale Standardpaketzustelldienste

- (36) Den vom Antragsteller übermittelten Informationen zufolge gibt es auf dem Markt für internationale Standardpaketzustelldienste fünf Anbieter von Postpaketzustelldiensten⁽⁴⁹⁾. Dem Antragsteller zufolge stehen einem Markteintritt zur Erbringung internationaler Standardpaketzustelldienste zudem nur geringe Hemmnisse entgegen⁽⁵⁰⁾. Die einzige formale Voraussetzung für den Markteintritt besteht in der vorherigen Eintragung in das Register der Postbetreiber⁽⁵¹⁾. Die Eintragung von Postbetreibern wie Fusion trans s.r.o. im Jahr 2019 und TM INTERNATIONAL s.r.o. und Nova Post SK s.r.o. im Jahr 2023 ist eine weitere Bestätigung dafür, dass es keine (oder zumindest keine nennenswerten) Hemmnisse für den Markteintritt gibt⁽⁵²⁾.
- (37) Nach den vom Antragsteller vorgelegten Informationen⁽⁵³⁾ betrug der Marktanteil des Antragstellers in diesem Marktsegment wertmäßig [20-25] % im Jahr 2022 und [25-30] % im Jahr 2023.

⁽⁴³⁾ Antrag, Abbildung 5 „Struktur des inländischen Paketzustellmarkts nach Einnahmenwerten“.

⁽⁴⁴⁾ Antrag, Abbildung 5 „Struktur des inländischen Paketzustellmarkts nach Einnahmenwerten“. Die Marktanteile für das Jahr 2023 beruhen auf ungeprüften vorläufigen Ergebnissen der Slovenská pošta, a.s. unter Verwendung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Einnahmen für die Jahre 2020 bis 2022.

⁽⁴⁵⁾ Antrag, Abbildung 7 „Struktur des inländischen Paketzustellmarkts basierend auf den Mengen 2020-2022“ mit Daten für den Zeitraum 2020-2022 auf der Grundlage der Berichte der slowakischen Aufsichtsbehörde für elektronische Kommunikation und Postdienste (im Folgenden „NRA“). Die NRA veröffentlicht anonyme Daten über den Marktanteil einzelner Postbetreiber von 2020 bis 2022, wobei die Marktanteile für Express- und Standardpakete zusammengefasst angegeben werden. Der Marktanteil von Slovenská pošta, a.s. wird anhand eines obligatorischen Fragebogens berechnet, den der Postbetreiber jährlich an die NRA sendet und in dem die Zustellmengen angegeben sind.

⁽⁴⁶⁾ Antrag, Abbildung 7 „Struktur des inländischen Paketzustellmarkts 2020-2022“. Es ist anzumerken, dass sich die Rangfolge der einzelnen Betreiber von Jahr zu Jahr ändern kann, d. h. ein Betreiber, der im Jahr 2020 den zweiten Platz belegt hat, kann im Jahr 2022 auf einem ganz anderen Platz stehen.

⁽⁴⁷⁾ Artikel 19 des Postgesetzes Nr. 324/2011 über Postdienste und über Änderungen und Ergänzungen bestimmter Gesetze vom 23. November 2019.

⁽⁴⁸⁾ Antrag, Nummer 108.

⁽⁴⁹⁾ Siehe hierzu die vom Antragsteller am 12. September 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen.

⁽⁵⁰⁾ Antrag, Nummer 143.

⁽⁵¹⁾ Artikel 19 des Postgesetzes Nr. 324/2011 über Postdienste und über Änderungen und Ergänzungen bestimmter Gesetze vom 23. November 2019.

⁽⁵²⁾ Antrag, Nummer 188.

⁽⁵³⁾ Antrag, Abbildung 14 „Struktur des Marktes für internationale Standardpakete nach Einnahmenwerten für den Zeitraum 2020-2023“. Die geschätzte Marktstruktur für die Jahre 2020-2022 basiert auf den Einnahmen der wichtigsten Marktteilnehmer in der Slowakei, die über eine Lizenz für die Erbringung von Universaldiensten, austauschbaren Diensten oder anderen Diensten verfügen (d. h. Slovenská pošta, a.s., Mediaprint — Kapa Pressegrasso, a.s., 123Kurier und UPS Slovakia). Die Daten basieren auf den öffentlich zugänglichen Jahresabschlüssen und den entsprechenden Anhängen. Die prognostizierte Marktstruktur auf der Grundlage der Einnahmenwerte für das Jahr 2023 beruht auf den ungeprüften vorläufigen Ergebnissen der Slovenská pošta, a.s.; die Ergebnisse der wichtigsten Wettbewerber werden anhand der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Einnahmen für die Jahre 2020-2022 prognostiziert. Die Schätzung für 123Kurier basiert auf der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Einnahmen auf dem Markt.

- (38) Die Marktanteile der größten Wettbewerber stellen sich für das Jahr 2022 wertmäßig wie folgt dar: UPS Slovakia [45-50] %, 123kurier [25-30] %, Mediaprint — Kapa Pressegrasso, a.s. [0-5] %. Für das Jahr 2023 stellen sich die Marktanteile wie folgt dar: UPS Slovakia [40-45] %, 123kurier [25-30] %, Mediaprint — Kapa Pressegrasso, a.s. [0-5] %. Der Marktanteil des Antragstellers ist mit dem Marktanteil von 123kurier vergleichbar, er ist aber niedriger als der von UPS Slovakia. Die mengenmäßigen Marktanteile des Antragstellers und seiner wichtigsten Wettbewerber entsprechen im Wesentlichen den wertmäßigen Marktanteilen⁽⁵⁴⁾.
- (39) Es wird erwartet, dass der Markteintritt von Nova Post SK s.r.o. im Jahr 2023 den Wettbewerb in diesem Marktsegment weiter verschärfen wird⁽⁵⁵⁾.
- (40) Angesichts der in den Erwägungsgründen 36, 37, 38 und 39 beschriebenen Faktoren stellt die Kommission für die Zwecke dieses Beschlusses und unbeschadet des Wettbewerbsrechts fest, dass die Tätigkeit im Zusammenhang mit der Erbringung internationaler Standardpaketzustelldienste in der Slowakei unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Folglich kann der Schluss gezogen werden, dass die Richtlinie 2014/25/EU auf Verträge, die die Ausübung der vorgenannten Tätigkeit ermöglichen sollen, keine Anwendung findet, da die in Artikel 34 der Richtlinie 2014/25/EU festgelegten Bestimmungen erfüllt sind.

3.2.3.3. Internationale Expresspaketzustelldienste

- (41) Den vom Antragsteller übermittelten Informationen zufolge gibt es auf dem Markt für internationale Expresspaketzustelldienste zehn Anbieter von Postpaketzustelldiensten⁽⁵⁶⁾. Zudem stehen einem Markteintritt zur Erbringung internationaler Expresspaketzustelldienste nur geringe Hemmnisse entgegen. Die einzige formale Voraussetzung für den Markteintritt besteht in der vorherigen Eintragung in das Register der Postbetreiber⁽⁵⁷⁾.
- (42) Den vom Antragsteller vorgelegten Informationen zufolge betrug der Marktanteil des Antragstellers in diesem Marktsegment sowohl wert- als auch mengenmäßig [0-5] % im Jahr 2020, [0-5] % im Jahr 2021 und [0-5] % im Jahr 2022⁽⁵⁸⁾. Nach den Daten des Antragstellers wird der Marktanteil des Antragstellers im Jahr 2023 voraussichtlich auf [0-5] % zurückgehen⁽⁵⁹⁾.
- (43) Fast 90 % des internationalen Expresspaketmarktes in der Slowakei werden von vier Postbetreibern abgedeckt, auf die sowohl wert- als auch mengenmäßig Marktanteile von über 10 % entfallen. Der Antragsteller gehört nicht zu den größten Anbietern von Postdiensten auf diesem Markt⁽⁶⁰⁾. Angesichts des Marktanteils des Antragstellers üben diese Wettbewerber daher einen Wettbewerbsdruck auf den Antragsteller aus. Außerdem ist zu erwähnen, dass diese Wettbewerber im Gegensatz zum Antragsteller nicht den Vergabevorschriften unterliegen, was ihnen einen weiteren Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Antragsteller verschafft.
- (44) Es wird außerdem erwartet, dass der Markteintritt von Nova Post SK s.r.o. im Jahr 2023 den Wettbewerb in diesem Marktsegment weiter verschärfen wird⁽⁶¹⁾.
- (45) Für die Zwecke dieses Beschlusses und unbeschadet der Bestimmungen des Wettbewerbsrechts sollten die in den Erwägungsgründen 41, 42, 43 und 44 angeführten Faktoren als Hinweis darauf gewertet werden, dass der dem Vergaberecht unterliegende Antragsteller unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Folglich kann der Schluss gezogen werden, dass die Richtlinie 2014/25/EU auf Verträge, die die Ausübung der vorgenannten Tätigkeit ermöglichen sollen, keine Anwendung findet, da die in Artikel 34 der Richtlinie 2014/25/EU festgelegten Bestimmungen erfüllt sind.

3.2.3.4. Inländische Kurierdienste

- (46) Nach den vom Antragsteller vorgelegten Informationen gibt es in der Slowakei mehrere Postbetreiber, die jeweils über ein eigenes Netz verfügen⁽⁶²⁾.

⁽⁵⁴⁾ Siehe hierzu die der Kommission vom Antragsteller am 22. August 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen. Die vom Antragsteller vorgelegten Schätzungen der Marktanteile der wichtigsten Wettbewerber des Antragstellers basieren auf den Mengen auf den internationalen Märkten (Standard und Express). Für die Aufteilung des Gesamtmarktvolumens auf die wichtigsten Wettbewerber verwendete der Antragsteller als Näherungswert die auf der Grundlage der Einnahmen berechneten Marktanteile der wichtigsten Wettbewerber des Antragstellers. Dabei berücksichtigte der Antragsteller das von der NRA veröffentlichte Gesamtmarktvolumen und rechnete die Marktanteile der wichtigsten Wettbewerber des Antragstellers auf der Grundlage der Einnahmen hoch.

⁽⁵⁵⁾ Antrag, Nummer 189.

⁽⁵⁶⁾ Siehe hierzu die der Kommission vom Antragsteller am 12. September 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen.

⁽⁵⁷⁾ Antrag, Nummer 228.

⁽⁵⁸⁾ Antrag, Abbildung 22 „Struktur des Marktes für internationale Expresspakete nach Einnahmenwerten“ mit Daten für den Zeitraum 2020–2022 auf der Grundlage der öffentlich zugänglichen Jahresabschlüsse der Postbetreiber und der entsprechenden Anhänge.

⁽⁵⁹⁾ Antrag, Abbildung 22. Der Marktanteil für das Jahr 2023 basiert auf den ungeprüften vorläufigen Ergebnissen der Slovenská pošta, a.s.

⁽⁶⁰⁾ Siehe hierzu die der Kommission vom Antragsteller am 22. August 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen zur Struktur des Marktes für internationale Expresspaketzustelldienste.

⁽⁶¹⁾ Antrag, Nummer 189.

⁽⁶²⁾ Antrag, Nummer 369.

- (47) Die Tätigkeit auf dem relevanten Markt für Kurierdienste kann ohne Eintragung in das Register der Postbetreiber ausgeübt werden⁽⁶³⁾. In diesem Zusammenhang ist es nicht erforderlich, die fachliche Eignung für die Ausübung einer solchen Tätigkeit nachzuweisen. Es gibt also keine formalen Anforderungen, die den Eintritt in den relevanten Markt für Kurierdienste beschränken⁽⁶⁴⁾.
- (48) Der Antragsteller hält auf diesem Markt einen äußerst geringen Marktanteil. Konkret beläuft sich der Marktanteil des Antragstellers sowohl wertmäßig⁽⁶⁵⁾ als auch mengenmäßig⁽⁶⁶⁾ für das Jahr 2020 auf [0-5] %, für das Jahr 2021 auf [0-5] % und für das Jahr 2022 auf [0-5] %. Dem Antragsteller zufolge wird der Marktanteil des Antragstellers im Jahr 2023 voraussichtlich bei 0,02 % bleiben.
- (49) Die Marktanteile der wichtigsten Wettbewerber stellen sich für den Zeitraum 2020-2022 wertmäßig⁽⁶⁷⁾ und mengenmäßig⁽⁶⁸⁾ wie folgt dar: für das Jahr 2020: KOLOS [55-60] %, DER KURIER Slovakia spol. [20-25] %, GO4 [15-20] % und DHL Express (Slovakia), spol. [0-5] %; für das Jahr 2021: KOLOS [50-55] %, DER KURIER Slovakia spol. [25-30] %, GO4 [15-20] % und DHL Express (Slovakia), spol. [0-5] %; für das Jahr 2022: KOLOS [40-45] %, DER KURIER Slovakia spol. [30-35] %, GO4 [20-25] % und DHL Express (Slovakia), spol. [0-5] %. Für das Jahr 2023 stellen sich die Marktanteile der wichtigsten Wettbewerber des Antragstellers wie folgt dar: KOLOS [35-40] %, DER KURIER Slovakia spol. [35-40] %, GO4 [20-25] % und DHL Express (Slovakia), spol. [0-5] %.
- (50) Angesichts der in den Erwägungsgründen 46, 47, 48 und 49 beschriebenen Faktoren stellt die Kommission für die Zwecke dieses Beschlusses und unbeschadet des Wettbewerbsrechts fest, dass die Tätigkeit im Zusammenhang mit der Erbringung inländischer Kurierdienste in der Slowakei unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Folglich kann der Schluss gezogen werden, dass die Richtlinie 2014/25/EU auf Verträge, die die Ausübung der vorgenannten Tätigkeit ermöglichen sollen, keine Anwendung findet, da die in Artikel 34 der Richtlinie 2014/25/EU festgelegten Bestimmungen erfüllt sind.

3.2.3.5. Zustelldienste für nicht adressierte inländische Sendungen

- (51) Auf der Grundlage der vom Antragsteller vorgelegten Informationen kann die Tätigkeit auf dem relevanten Markt für die Zustellung nicht adressierter Postsendungen ohne Eintragung in das Register der Postbetreiber ausgeübt werden. Es gibt keine formalen Anforderungen, die den Eintritt in den relevanten Markt für nicht adressierte Postsendungen beschränken⁽⁶⁹⁾.
- (52) Der Antragsteller hält auf diesem Markt einen verhältnismäßig geringen Marktanteil. Konkret beläuft sich der Marktanteil des Antragstellers wertmäßig für das Jahr 2020 auf [0-5] %, für das Jahr 2021 auf [0-5] % und für das Jahr 2022 auf [0-5] %. Dem Antragsteller zufolge wird der Marktanteil des Antragstellers für das Jahr 2023 voraussichtlich fast [0-5] % betragen⁽⁷⁰⁾. Mengenmäßig beläuft sich der Marktanteil des Antragstellers für das Jahr 2020 auf [5-10] %, für das Jahr 2021 auf [5-10] % und für das Jahr 2022 auf [5-10] %⁽⁷¹⁾. Der Marktanteil des Antragstellers wird im Jahr 2023 voraussichtlich leicht auf [5-10] % steigen⁽⁷²⁾.
- (53) Auf diesem Markt sind mehr als zehn Diensteanbieter tätig, auf die zusammen ein Marktanteil von mehr als 90 % entfällt⁽⁷³⁾. Außerdem ist zu erwähnen, dass diese Wettbewerber im Gegensatz zum Antragsteller nicht den Vergabevorschriften unterliegen, was ihnen einen weiteren Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Antragsteller verschafft.

⁽⁶³⁾ Antrag, Nummer 313.

⁽⁶⁴⁾ Antrag, Nummer 313.

⁽⁶⁵⁾ Siehe hierzu die der Kommission vom Antragsteller am 23. August 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen. Der Antragsteller legte seine wertmäßigen Schätzungen des Marktes auf der Grundlage der Jahresabschlüsse der maßgeblichen Unternehmen vor. Die Einnahmen des Unternehmens DHL auf dem Markt für Kurierdienste wurden auf der Grundlage des prozentualen Anteils der Kurierdienste an den gesamten Postdiensten auf dem Inlandsmarkt und der Einnahmen von DHL auf dem Inlandsmarkt geschätzt.

⁽⁶⁶⁾ Siehe hierzu die vom Antragsteller am 23. August 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen. Die Schätzungen der mengenmäßigen Marktanteile beruhen auf dem von der NRA veröffentlichten Gesamtmarktvolumen. Der Antragsteller hat den Marktanteil jedes Postbetreibers auf der Grundlage der Einnahmen hochgerechnet.

⁽⁶⁷⁾ Siehe hierzu die vom Antragsteller am 23. August 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen.

⁽⁶⁸⁾ Siehe hierzu die vom Antragsteller am 23. August 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen.

⁽⁶⁹⁾ Antrag, Nummer 396.

⁽⁷⁰⁾ Siehe hierzu die vom Antragsteller am 27. August 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen. Die Schätzungen des Antragstellers basieren auf den Jahresabschlüssen ausgewählter Unternehmen. In diesem Zusammenhang berücksichtigte der Antragsteller Einnahmen aus Tätigkeiten, die mit der Zustellung nicht adressierter Postsendungen im Zusammenhang stehen könnten.

⁽⁷¹⁾ Antrag, Abbildung 34 „Mengenmäßige Anteile von Slovenská pošta, a.s. auf dem Inlandsmarkt für nicht adressierte Postsendungen für den Zeitraum 2020-2023“. Diese Daten basieren auf dem Bericht, den Slovenská pošta, a.s. der NRA jährlich im Rahmen des standardisierten Datenerhebungsverfahrens für alle auf dem Postmarkt der Slowakischen Republik tätigen Postbetreiber vorlegt.

⁽⁷²⁾ Antrag, Abbildung 34. Der Marktanteil für das Jahr 2023 basiert auf den ungeprüften vorläufigen Ergebnissen der Slovenská pošta, a.s.

⁽⁷³⁾ Siehe hierzu die vom Antragsteller am 1. September 2024 vorgelegten zusätzlichen Informationen.

- (54) Für die Zwecke dieses Beschlusses und unbeschadet der Bestimmungen des Wettbewerbsrechts sollten die in den Erwägungsgründen 51, 52 und 53 angeführten Faktoren als Hinweis darauf gewertet werden, dass der dem Vergaberecht unterliegende Antragsteller unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Folglich kann der Schluss gezogen werden, dass die Richtlinie 2014/25/EU auf Verträge, die die Ausübung der vorgenannten Tätigkeit ermöglichen sollen, keine Anwendung findet, da die in Artikel 34 der Richtlinie 2014/25/EU festgelegten Bestimmungen erfüllt sind.

4. SCHLUSSFOLGERUNG

- (55) Angesichts der in den Erwägungsgründen 6 bis 54 untersuchten Faktoren sollte davon ausgegangen werden, dass die in Artikel 34 Absatz 1 der Richtlinie 2014/25/EU festgelegte Bedingung, dass eine Tätigkeit unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sein muss, in der Slowakei für die Tätigkeit im Zusammenhang mit inländischen Paketzustelldiensten, internationalen Standardpaketzustelldiensten, internationalen Expresspaketzustelldiensten, inländischen Kurierdiensten und Zustelldiensten für nicht adressierte inländische Sendungen erfüllt wird.
- (56) Da die Bedingung des nicht beschränkten Zugangs zum Markt als erfüllt gilt, sollte die Richtlinie 2014/25/EU weder gelten, wenn Auftraggeber Aufträge vergeben, die die Ausübung der in Erwägungsgrund 55 dieses Beschlusses aufgeführten Tätigkeiten in der Slowakei ermöglichen sollen, noch wenn ein Wettbewerb für die Ausübung einer solchen Tätigkeit in diesem geografisch abgegrenzten Gebiet durchgeführt wird —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Richtlinie 2014/25/EU gilt nicht für die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber, die die Ausübung folgender Tätigkeiten in der Slowakei ermöglichen sollen:

- inländische Paketzustelldienste,
- internationale Standardpaketdienste,
- internationale Expresspaketzustelldienste,
- inländische Kurierdienste,
- Zustelldienste für nicht adressierte inländische Sendungen.

Artikel 2

Dieser Beschluss ist an die Slowakische Republik gerichtet.

Brüssel, den 29. November 2024.

Für die Kommission
Margrethe VESTAGER
Exekutiv-Vizepräsidentin



2024/3232

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/3232 DER KOMMISSION

vom 19. Dezember 2024

zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2918 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Bulgarien

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 9300)

(Nur der bulgarische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 259 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Pockenseuche der Schafe und Ziegen ist eine ansteckende Viruserkrankung, die Ziegen und Schafe befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen bei Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und der daraus gewonnenen Erzeugnisse innerhalb der Union sowie bei Ausfuhren in Drittländer führen kann.
- (2) Bei einem Ausbruch der Pockenseuche der Schafe und Ziegen bei Ziegen und Schafen besteht ein ernst zu nehmendes Risiko der Ausbreitung dieser Seuche auf andere ziegen- und schafhaltende Betriebe.
- (3) Mit der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission ⁽²⁾ wurden die Vorschriften für die Bekämpfung der gelisteten Seuchen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2016/429 ergänzt, die in der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission ⁽³⁾ als Seuchen der Kategorien A, B und C definiert sind. Insbesondere sind in Artikel 21 und Artikel 22 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 die Einrichtung einer Sperrzone bei Ausbruch einer Seuche der Kategorie A, unter die auch die Pockenseuche der Schafe und Ziegen fällt, und bestimmte dort durchzuführende Maßnahmen vorgesehen. Darüber hinaus ist in Artikel 21 Absatz 1 der genannten Delegierten Verordnung vorgesehen, dass die Sperrzone eine Schutzzone, eine Überwachungszone und erforderlichenfalls eine weitere Sperrzone um oder angrenzend an die Schutz- und die Überwachungszone umfasst.
- (4) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2778 der Kommission ⁽⁴⁾ wurde im Rahmen der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen und enthält bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Infektion mit der Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Bulgarien.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2018/1882/oj).

⁽⁴⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2778 der Kommission vom 24. Oktober 2024 betreffend bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Bulgarien (ABl. L, 2024/2778, 29.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/2778/oj).

- (5) Nach dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2778 hat Bulgarien der Kommission einen weiteren Ausbruch der Pockenseuche der Schafe und Ziegen in einem Schaf- und Ziegenhaltungsbetrieb gemeldet. Daher wurde mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2918 der Kommission ⁽⁵⁾ der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2778 aufgehoben und ersetzt. Insbesondere müssen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2918 die von Bulgarien gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 einzurichtenden Schutz- und Überwachungszonen sowie weiteren Sperrzonen mindestens die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses gelisteten Gebiete umfassen.
- (6) Nach dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2918 hat Bulgarien der Kommission weitere Ausbrüche der Infektion mit der Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Schafhaltungsbetrieben gemeldet. Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2918 wurde daher durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3111 der Kommission ⁽⁶⁾ geändert.
- (7) In der Folge hat Bulgarien der Kommission zwei weitere Ausbrüche der Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Schaf- und Ziegenhaltungsbetrieben in den Regionen Sliven und Chaskowo gemeldet. Einer der Ausbrüche befindet sich außerhalb der Sperrzonen, die aufgrund früherer Ausbrüche bereits eingerichtet wurden.
- (8) Daher sollten die im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2918 als Schutz- und Überwachungszonen sowie als weitere Sperrzonen für Bulgarien gelisteten Gebiete räumlich und zeitlich angepasst werden, um die weitere Ausbreitung der Seuche in Bulgarien und in der übrigen Union zu verhindern, und die Dauer der dort anzuwendenden Maßnahmen sollte angepasst werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, zusätzliche Schutz- und Überwachungszonen sowie weitere Sperrzonen einzurichten und die Dauer der dort in Bezug auf den bestätigten Ausbruch in der Region Sliven anzuwendenden Maßnahmen festzulegen. Folglich sollten die Liste der Sperrzonen und die Dauer der dort anzuwendenden Maßnahmen, die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses festgelegt sind, entsprechend angepasst werden.
- (9) Die Größe der Zonen und die Dauer der in den Schutz- und den Überwachungszonen sowie den weiteren Sperrzonen anzuwendenden Maßnahmen stützen sich auf die Kriterien gemäß Artikel 64 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/429 und auf die Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687, einschließlich der Seuchenlage in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in den von dieser Seuche betroffenen Gebieten und der allgemeinen Seuchenlage in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Bulgarien sowie des Risikoniveaus hinsichtlich der weiteren Ausbreitung dieser Seuche. Bei der Festlegung der Dauer der Maßnahmen werden auch die internationalen Standards des Gesundheitskodex für Landtiere der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH ⁽⁷⁾) berücksichtigt. Bei der derzeitigen Seuchenlage besteht ein hohes Risiko der weiteren Ausbreitung der Seuche, da es zu einem neuen Ausbruch der Pockenseuche der Schafe und Ziegen gekommen ist, wobei der erste Ausbruch in der Region Sliven bestätigt wurde. Dies deutet darauf hin, dass die Seuche trotz der bereits bestehenden Maßnahmen fort dauert und sich über große Entfernungen verbreitet.
- (10) Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2918 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (11) Die Geltungsdauer des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2918 sollte angesichts der derzeitigen Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen bis zum 1. März 2025 verlängert werden.
- (12) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

⁽⁵⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2918 der Kommission vom 19. November 2024 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Bulgarien und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2778 (ABl. L, 2024/2918, 22.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/2918/oj).

⁽⁶⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3111 der Kommission vom 6. Dezember 2024 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2918 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Bulgarien (ABl. L, 2024/3111, 11.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/3111/oj).

⁽⁷⁾ Gesundheitskodex für Landtiere der Weltorganisation für Tiergesundheit, Terrestrial Code Online Access — WOAH — World Organisation for Animal Health.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2918

Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2918 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 4 wird das Datum „28. Februar 2025“ durch das Datum „1. März 2025“ ersetzt.
2. Der Anhang erhält die Fassung des Anhangs dieses Beschlusses.

Artikel 2

Adressat

Dieser Beschluss ist an die Republik Bulgarien gerichtet.

Brüssel, den 19. Dezember 2024

Für die Kommission
Olivér VÁRHELYI
Mitglied der Kommission

ANHANG

A. Um bestätigte Ausbrüche herum eingerichtete Schutz- und Überwachungszonen

Region und ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Gemäß Artikel 1 in Bulgarien als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzonen sind	Gültig bis
Region Chaskowo BG-CAPRIPOX-2024-00003 BG-CAPRIPOX-2024-00004 BG-CAPRIPOX-2024-00006 BG-CAPRIPOX-2024-00007 BG-CAPRIPOX-2024-00009	Schutzzone: Those parts of the region of Haskovo, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 41.9698, Long. 25.6564 (2024/3), Lat. 41.96, Long. 25.65 (2024/4), Lat. 41.96618 Long. 25.66267 (2024/6), Lat 1.91051, Long. 25.54653(2024/7), Lat 41.92, Long. 25.53 (2024/9)	27.12.2024
	Überwachungszone: Those parts of the region of Haskovo, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 41.9698, Long. 25.6564 (2024/3), Lat. 41.96, Long. 25.65 (2024/4), Lat. 41.96618 Long. 25.66267 (2024/6), Lat 41.91051, Long. 25.54653(2024/7), Lat 41.92, Long. 25.53 (2024/9) excluding the areas contained in the protection zone	5.1.2025
	Überwachungszone: Those parts of the region of Haskovo, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 41.9698, Long. 25.6564 (2024/3), Lat. 41.96, Long. 25.65 (2024/4), Lat. 41.96618, Long. 25.66267 (2024/6), Lat 1.91051, Long. 25.54653(2024/7), Lat 41.92, Long. 25.53 (2024/9)	28.12.2024-5.1.2025
Region Sliven BG-CAPRIPOX-2024-00008	Schutzzone: Those parts of the region of Sliven, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 42.587, Long. 26.4778 (2024/8)	22.12.2024
	Überwachungszone: Those parts of the region of Sliven, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 42.587, Long. 26.4778 (2024/8) excluding the areas contained in the protection zone	31.12.2024
	Überwachungszone: Those parts of the region of Sliven, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 42.587, Long. 26.4778 (2024/8).	23.12.2024-30.1.2025

B. Weitere Sperrzonen

Regionale Gebietseinheit	Gebiete in den gemäß Artikel 2 in Bulgarien eingerichteten weiteren Sperrzonen	Gültig bis
Region Stara Zagora	Municipalities Radnevo, Stara Zagora	16.11.2024-20.12.2024
	Municipalities Galabovo and Opan	4.2.2025
Region Chaskowo	Entire territory of the region of Haskovo, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	4.2.2025
	Entire territory of the region of Haskovo	6.1.2025-4.2.2025
Region Sliven	Entire territory of the region of Sliven excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	30.1.2025
	Entire territory of the region of Sliven	1.1.2025-30.1.2025
Region Jambol	Municipalities of Straldzha, Yambol and Tundzha	30.1.2025



2024/3233

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/3233 DER KOMMISSION

vom 19. Dezember 2024

zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2207 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Griechenland

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 9303)

(Nur der griechische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 259 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Pockenseuche der Schafe und Ziegen ist eine ansteckende Viruserkrankung, die Ziegen und Schafe befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen bei Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und daraus hergestellter Erzeugnisse innerhalb der Union sowie bei Ausfuhren in Drittländer führen kann.
- (2) Bei einem Ausbruch der Pockenseuche der Schafe und Ziegen bei Ziegen und Schafen besteht ein ernstes Risiko der Ausbreitung dieser Seuche auf andere ziegen- oder schafhaltende Betriebe.
- (3) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission ⁽²⁾ ergänzt die Vorschriften für die Bekämpfung der gelisteten Seuchen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2016/429, die in der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission ⁽³⁾ als Seuchen der Kategorien A, B und C definiert sind. Insbesondere sind in den Artikeln 21 und 22 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 die Einrichtung einer Sperrzone bei Ausbruch einer Seuche der Kategorie A, unter die auch die Pockenseuche der Schafe und Ziegen fällt, und bestimmte dort durchzuführende Maßnahmen vorgesehen. Darüber hinaus muss gemäß Artikel 21 Absatz 1 der genannten Delegierten Verordnung diese Sperrzone eine Schutzzone, eine Überwachungszone und gegebenenfalls weitere Sperrzonen um oder angrenzend an die Schutz- und die Überwachungszone umfassen.
- (4) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2207 der Kommission ⁽⁴⁾ wurde auf Grundlage der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen und enthält bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Griechenland. Insbesondere müssen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2207 die von diesem Mitgliedstaat nach Ausbrüchen dieser Seuche gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 abzugrenzenden Schutz- und Überwachungszonen sowie weiteren Sperrzonen mindestens die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses aufgeführten Gebiete umfassen.
- (5) Nach dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2207 hat Griechenland der Kommission weitere Ausbrüche der Pockenseuche der Schafe und Ziegen in schaf- und ziegenhaltenden Betrieben gemeldet. Daher wurde der Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses mehrmals ordnungsgemäß geändert, um diesen weiteren Ausbrüchen Rechnung zu tragen.

⁽¹⁾ ABL L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABL L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABL L 308 vom 4.12.2018, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2018/1882/oj).

⁽⁴⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2207 der Kommission vom 29. August 2024 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Griechenland (ABL L, 2024/2207, 30.8.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/2207/oj).

- (6) Seit der jüngsten Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2207 hat Griechenland der Kommission 62 neue Ausbrüche der Pockenseuche der Schafe und Ziegen in schaf- und ziegenhaltenden Betrieben gemeldet, und zwar in den Regionalbezirken Xanthi, Rhodopi, Evros, Kavala, Larisa, Aetolia-Acarnania, Andros, Lemnos, Magnesia, Euboea, Pieria, Corinthia und Thasos. Drei dieser neuen Ausbrüche haben sich außerhalb der aufgrund früherer Ausbrüche bereits eingerichteten Sperrzonen ereignet, nämlich in den Regionalbezirken Andros, Euboea und Thasos, in denen die Seuche zuvor nicht gemeldet worden war.
- (7) Daher sollten die im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2207 als Schutz- und Überwachungszonen sowie als weitere Sperrzonen für Griechenland gelisteten Gebiete weiter angepasst werden, um eine weitere Ausbreitung dieser Seuche innerhalb Griechenlands und in die übrige Union oder in Drittländer zu verhindern, und die Dauer der dort anzuwendenden Maßnahmen sollte ebenfalls angepasst werden. Dementsprechend müssen die Liste der Sperrzonen und die Dauer der dort anzuwendenden Maßnahmen im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses geändert und zusätzliche Schutz- und Überwachungszonen sowie weitere Sperrzonen im Zusammenhang mit den Ausbrüchen in den Regionalbezirken Xanthi, Rhodopi, Evros, Kavala, Larisa, Aetolia-Acarnania, Andros, Lemnos, Magnesia, Euboea, Pieria, Corinthia und Thasos abgegrenzt werden.
- (8) Die Größe der Schutz- und Überwachungszonen sowie der weiteren Sperrzonen und die Dauer der dort anzuwendenden Maßnahmen basieren auf den Kriterien gemäß Artikel 64 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/429 und den Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687, einschließlich der Seuchenlage in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in den von dieser Seuche betroffenen Gebieten und der allgemeinen Seuchenlage in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in dem betroffenen Mitgliedstaat sowie des Risikoniveaus hinsichtlich der weiteren Ausbreitung dieser Seuche. Bei der Festlegung der Dauer der Maßnahmen werden zudem die internationalen Standards des Gesundheitskodex für Landtiere der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) berücksichtigt. Derzeit besteht ein sehr hohes Risiko einer weiteren Ausbreitung der Seuche, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass es nach Angaben der zuständigen Behörde in weniger als drei Wochen insgesamt 62 neue Ausbrüche der Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Griechenland gab, wobei erstmals Ausbrüche in den Regionalbezirken Andros und Thasos sowie in einem zuvor nicht betroffenen Gebiet des Regionalbezirks Euboea stattgefunden haben, was darauf hindeutet, dass die Seuche trotz der bereits bestehenden Maßnahmen fort dauert und sich über große Entfernungen verbreitet.
- (9) Darüber hinaus ist es angesichts der in den letzten vier Wochen in Griechenland über große Entfernungen hinweg verzeichneten zahlreichen neuen Ausbrüche der Pockenseuche der Schafe und Ziegen sowie mangels ausreichend wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung dieser zunehmenden Ausbreitung erforderlich, zusätzliche Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung der Seuche in die übrige Union und in Drittländer zu verhindern sowie ungerechtfertigte Handelshemmnisse zu vermeiden. Daher bedarf es weiterer Beschränkungen in Bezug auf Verbringungen von Schafen und Ziegen aus den Schutz- und den Überwachungszonen an Bestimmungsorte außerhalb der Außengrenze der unmittelbar umliegenden weiteren Sperrzonen und aus den weiteren Sperrzonen an einen Bestimmungsort außerhalb der Außengrenze dieser weiteren Sperrzonen, einschließlich Bestimmungsorten in anderen weiteren Sperrzonen gemäß Teil B des Anhangs. Weitere Beschränkungen sind außerdem erforderlich für Verbringungen von Schafen und Ziegen aus den Schutz- und den Überwachungszonen an Bestimmungsorte innerhalb der Außengrenze der unmittelbar umliegenden weiteren Sperrzonen und aus einer weiteren Sperrzone an einen Bestimmungsort innerhalb der Außengrenze dieser weiteren Sperrzone, außer zur sofortigen Schlachtung sowie Verbringungen von Schafen und Ziegen aus nicht im Anhang gelisteten Teilen des griechischen Hoheitsgebiets an Bestimmungsorte, die sich in den im Anhang gelisteten Sperrzonen befinden.
- (10) In Anbetracht der Tatsache, dass es in den vergangenen Wochen in Griechenland über große Entfernungen hinweg zahlreiche neue Ausbrüche der Pockenseuche der Schafe und Ziegen gab, ist es zudem erforderlich, das Verbot der Verbringung von Schafen und Ziegen aus dem gesamten Hoheitsgebiet Griechenlands an einen Bestimmungsort außerhalb Griechenlands mindestens bis zum 15. Januar 2025 zu verlängern, um die Ausbreitung der Seuche in die übrige Union und in Drittländer zu verhindern sowie ungerechtfertigte Handelshemmnisse zu vermeiden.
- (11) Angesichts der derzeitigen Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen sollte die Geltungsdauer des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2207 bis zum 31. Mai 2025 verlängert werden.
- (12) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2207

Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2207 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

Maßnahmen in der Sperrzone und zusätzliche Sofortmaßnahmen

Griechenland stellt Folgendes sicher:

- a) Verbringungen von Schafen und Ziegen aus den Schutz- und den Überwachungszonen an einen Bestimmungsort außerhalb der Außengrenze der unmittelbar umliegenden weiteren Sperrzone und aus einer weiteren Sperrzone an einen Bestimmungsort außerhalb der Außengrenze dieser weiteren Sperrzone, einschließlich Bestimmungsorten in einer anderen weiteren Sperrzone gemäß Teil B des Anhangs, sind bis zu den im Anhang für jede solche Schutz- oder Überwachungszone und weitere Sperrzone aufgeführten Zeitpunkten verboten.
 - b) Verbringungen von Schafen und Ziegen aus den Schutz- und den Überwachungszonen an einen Bestimmungsort innerhalb der Außengrenze der unmittelbar umliegenden weiteren Sperrzone und aus einer weiteren Sperrzone an einen Bestimmungsort innerhalb der Außengrenze dieser weiteren Sperrzone sind nur erlaubt, wenn sie von der zuständigen Behörde genehmigt wurden und die Tiere zur sofortigen Schlachtung auf direktem Weg in einen Schlachthof verbracht werden, der sich innerhalb der Außengrenze derselben weiteren Sperrzone wie der Herkunftsbetrieb befindet, und zwar bis zu den im Anhang für jede solche Schutz- oder Überwachungszone und weitere Sperrzone aufgeführten Zeitpunkten.
 - c) Verbringungen von Schafen und Ziegen aus nicht im Anhang gelisteten Teilen des griechischen Hoheitsgebiets an einen Bestimmungsort, der sich in den im Anhang gelisteten Sperrzonen befindet, sind nur erlaubt, wenn sie von der zuständigen Behörde genehmigt wurden und die Tiere zur sofortigen Schlachtung auf direktem Weg in einen Schlachthof verbracht werden, und zwar bis zu den im Anhang für jede solche Sperrzone aufgeführten Zeitpunkten.
 - d) Die für die Verbringungen von Schafen und Ziegen gemäß den Buchstaben b und c genutzten Transportmittel erfüllen folgende Bedingungen:
 - i) Sie genügen den Anforderungen an die Transportmittel gemäß Artikel 24 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687;
 - ii) sie werden vor jedem Transport von Tieren unter der Kontrolle oder Aufsicht der zuständigen Behörde gereinigt und desinfiziert;
 - iii) sie enthalten nur Schafe und Ziegen mit demselben Gesundheitsstatus, die in demselben Betrieb gehalten wurden;
 - iv) sie werden von der zuständigen Behörde im Herkunftsbetrieb nach dem Verladen der Tiere verplombt und von der zuständigen Behörde am Bestimmungsort entplombt.
 - e) Verbringungen von Schafen und Ziegen aus dem Hoheitsgebiet Griechenlands an einen Bestimmungsort außerhalb Griechenlands sind bis zum 15. Januar 2025 verboten.“
2. In Artikel 4 wird das Datum „28. Februar 2025“ durch das Datum „31. Mai 2025“ ersetzt.
3. Der Anhang erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

*Artikel 2***Adressat**

Dieser Beschluss ist an die Hellenische Republik gerichtet.

Brüssel, den 19. Dezember 2024

Für die Kommission
Olivér VÁRHELYI
Mitglied der Kommission

ANHANG

A. Um die bestätigten Ausbrüche herum eingerichtete Schutz- und Überwachungszonen

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
<p>Regionalbezirk Evros</p> <p>GR-CAPRIPOX-2024-00005 GR-CAPRIPOX-2024-00006 GR-CAPRIPOX-2024-00007 GR-CAPRIPOX-2024-00008 GR-CAPRIPOX-2024-00009 GR-CAPRIPOX-2024-00010 GR-CAPRIPOX-2024-00011 GR-CAPRIPOX-2024-00012 GR-CAPRIPOX-2024-00013 GR-CAPRIPOX-2024-00014 GR-CAPRIPOX-2024-00015 GR-CAPRIPOX-2024-00016 GR-CAPRIPOX-2024-00017 GR-CAPRIPOX-2024-00018 GR-CAPRIPOX-2024-00019 GR-CAPRIPOX-2024-00020 GR-CAPRIPOX-2024-00021 GR-CAPRIPOX-2024-00022 GR-CAPRIPOX-2024-00023 GR-CAPRIPOX-2024-00024 GR-CAPRIPOX-2024-00025 GR-CAPRIPOX-2024-00026 GR-CAPRIPOX-2024-00027 GR-CAPRIPOX-2024-00028 GR-CAPRIPOX-2024-00029 GR-CAPRIPOX-2024-00030 GR-CAPRIPOX-2024-00031 GR-CAPRIPOX-2024-00032 GR-CAPRIPOX-2024-00033 GR-CAPRIPOX-2024-00034 GR-CAPRIPOX-2024-00036 GR-CAPRIPOX-2024-00037 GR-CAPRIPOX-2024-00038 GR-CAPRIPOX-2024-00040 GR-CAPRIPOX-2024-00041 GR-CAPRIPOX-2024-00042 GR-CAPRIPOX-2024-00043 GR-CAPRIPOX-2024-00044 GR-CAPRIPOX-2024-00045 GR-CAPRIPOX-2024-00046 GR-CAPRIPOX-2024-00047 GR-CAPRIPOX-2024-00048 GR-CAPRIPOX-2024-00049 GR-CAPRIPOX-2024-00050 GR-CAPRIPOX-2024-00051 GR-CAPRIPOX-2024-00052 GR-CAPRIPOX-2024-00053 GR-CAPRIPOX-2024-00054 GR-CAPRIPOX-2024-00056 GR-CAPRIPOX-2024-00057 GR-CAPRIPOX-2024-00058</p>	<p><u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional units of Evros and Rhodopi contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 41.49961111 Long. 26.54605556 (2024/5), Lat. 40.96145278, Long. 26.3345 (2024/6), Lat. 40.94543, Long. 26.275696 (2024/7), Lat. 40.876278, Long. 26.202551 (2024/8), Lat. 40.952487, Long. 26.280721 (2024/9) Lat. 40.920725, Long. 26.205981 (2024/10) Lat. 41.024363, Long. 26.302547 (2024/11), Lat. 41.51720278, Long. 26.54510278 (2024/12), Lat. 40.959944, Long. 26.336306 (2024/13), Lat. 40.93578, Long. 26.213778 (2024/14), Lat. 40.895996, Long. 26.222777 (2024/15), Lat. 40.900261, Long. 26.22288 (2024/16), Lat. 40.891842, Long. 26.146147 (2024/17), Lat. 40.933886, Long. 26.217318 (2024/18), Lat. 40.92507, Long. 26.212431 (2024/19), Lat. 41.278291, Long. 26.276953 (2024/20), Lat. 40.883228, Long. 26.157055 (2024/21), Lat. 40.923486, Long. 26.213196 (2024/22), Lat. 40.922552, Long. 26.209702 (2024/23), Lat. 40.925647, Long. 26.1662 (2024/24), Lat. 40.883022, Long. 26.227036 (2024/25), Lat 40.904757, Long. 26.178189 (2024/26), Lat. 40.848411, Long. 26.203314 (2024/27), Lat. 41.019251, Long. 26.269386 (2024/28) , Lat. 41.48359444, Long. 26.57411944 (2024/29), Lat. 41.49358333, Long. 26.54305556 (2024/30) , Lat. 41.51486111, Long. 26.54725 (2024/31), Lat. 40.89917, Long. 26.186411 (2024/32), Lat. 40.9941149, Long. 26.155657 (2024/33), Lat. 40.832839, Long. 26.131642 (2024/34), Lat.41.033936, Long. 26.289506 (2024/36), Lat. 40.907284, Long. 26.211295 (2024/37), Lat. 40.878159, Long. 26.19378 (2024/38), Lat. 41.462289, Long. 26.567053 (2024/40), Lat. 41.300453, Long. 26.443197 (2024/41), Lat. 41.519144, Long. 26.310606 (2024/42), Lat. 40.945707, Long. 26.276123 (2024/43), Lat. 40.942757, Long. 26.126487 (2024/44), Lat. 40.887613, Long. 26.15199 (2024/45), Lat. 41.028801, Long. 26.277341 (2024/46), Lat. 40.930925, Long. 26.11938 (2024/47), Lat. 40.885191,</p>	<p>3.1.2025</p>

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
GR-CAPRIPOX-2024-00061 GR-CAPRIPOX-2024-00062 GR-CAPRIPOX-2024-00063 GR-CAPRIPOX-2024-00064 GR-CAPRIPOX-2024-00065 GR-CAPRIPOX-2024-00066 GR-CAPRIPOX-2024-00067 GR-CAPRIPOX-2024-00068 GR-CAPRIPOX-2024-00069 GR-CAPRIPOX-2024-00070 GR-CAPRIPOX-2024-00071 GR-CAPRIPOX-2024-00077 GR-CAPRIPOX-2024-00079 GR-CAPRIPOX-2024-00080 GR-CAPRIPOX-2024-00081 GR-CAPRIPOX-2024-00082 GR-CAPRIPOX-2024-00083 GR-CAPRIPOX-2024-00084 GR-CAPRIPOX-2024-00087 GR-CAPRIPOX-2024-00088 GR-CAPRIPOX-2024-00089 GR-CAPRIPOX-2024-00090 GR-CAPRIPOX-2024-00091 GR-CAPRIPOX-2024-00092 GR-CAPRIPOX-2024-00093 GR-CAPRIPOX-2024-00094 GR-CAPRIPOX-2024-00099 GR-CAPRIPOX-2024-00100 GR-CAPRIPOX-2024-00103 GR-CAPRIPOX-2024-00107 GR-CAPRIPOX-2024-00114 GR-CAPRIPOX-2024-00115 GR-CAPRIPOX-2024-00116 GR-CAPRIPOX-2024-00117 GR-CAPRIPOX-2024-00122 GR-CAPRIPOX-2024-00125 GR-CAPRIPOX-2024-00128 GR-CAPRIPOX-2024-00129 GR-CAPRIPOX-2024-00130 GR-CAPRIPOX-2024-00138 GR-CAPRIPOX-2024-00140 GR-CAPRIPOX-2024-00143 GR-CAPRIPOX-2024-00146 GR-CAPRIPOX-2024-00153 GR-CAPRIPOX-2024-00154 GR-CAPRIPOX-2024-00155 GR-CAPRIPOX-2024-00156 GR-CAPRIPOX-2024-00160 GR-CAPRIPOX-2024-00171 GR-CAPRIPOX-2024-00173 GR-CAPRIPOX-2024-00174 GR-CAPRIPOX-2024-00184 GR-CAPRIPOX-2024-00185 GR-CAPRIPOX-2024-00186 GR-CAPRIPOX-2024-00187 GR-CAPRIPOX-2024-00188 GR-CAPRIPOX-2024-00206 GR-CAPRIPOX-2024-00207	Long. 26.182334 (2024/48), Lat. 40.850308, Long. 26.091824 (2024/49), Lat. 40.851382, Long. 26.090704 (2024/50), Lat. 40.853496, Long. 26.089931 (2024/51), Lat. 41.217657, Long. 26.300685 (2024/52), Lat. 40.850681, Long. 26.01075 (2024/53), Lat. 40.849066, Long. 25.939879 (2024/54), Lat. 41.08794, Long. 26.279672 (2024/56), Lat. 40.87472, Long. 26.009628 (2024/57), Lat. 41.473893, Long. 26.555161 (2024/58), Lat. 41.528783, Long. 26.417419 (2024/61) Lat. 41.39908056, Long. 26.56387222 (2024/62), Lat. 40.893756, Long. 26.150647 (2024/63), Lat. 41.019552, Long. 26.196322 (2024/64), Lat. 41.41270833, Long. 26.56403056 (2024/65), Lat. 40.900392, Long. 26.112876 (2024/66), Lat. 40.965033, Long. 26.187687 (2024/67), Lat. 41.62475833 Long. 26.27744889 (2024/68), Lat. 40.870838, Long. 26.11549 (2024/69), Lat. 41.380414, Long. 26.395186 (2024/70), Lat. 40.856357, Long. 26.122206 (2024/71), Lat. 41.4182253, Long. 26.560739 (2024/77), Lat. 41.427997, Long. 26.572258 (2024/79), Lat. 40.87113, Long. 25.709353 (2024/80) Lat. 40.85034, Long. 26.101913 (2024/81), Lat. 40.928383 Long. 26.116747 (2024/82), Lat. 40.8551401 Long. 25.690297 (2024/83), Lat. 40.858591 Long. 26.042815 (2024/84), Lat. 41.35629167 Long. 26.43148056 (2024/87), Lat. 41.42259167 Long. 26.56001667 (2024/88), Lat. 41.54086944 Long. 26.35241389 (2024/89), Lat. 41.47519722 Long. 26.55548056 (2024/90), Lat. 41.36086944 Long. 26.43525556 (2024/91), Lat. 41.449444 Long. 26.46625 (2024/92), Lat. 41.135601 Long. 26.194665 (2024/93), Lat. 40.866037 Long. 25.782831 (2024/94), Lat. 40.877427 Long. 25.90458 (2024/99), Lat. 40.885413 Long. 26.0523361 (2024/100), Lat. 41.414608 Long. 26.516228 (2024/103), Lat. 40.864383 Long. 25.949066 (2024/107), Lat. 41.390983 Long. 26.588422 (2024/114), Lat.41.219334, Long. 26.234399(2024/115), Lat. 40.903296, Long. 25.891759 (2024/116), Lat. 40.850425, Long. 25.959503 (2024/117), Lat. 40.86506, Long. 25.90036 (2024/122), Lat. 41.518528, Long. 26.544417 (2024/125), Lat. 41.358525, Long. 26.537567 (2024/128), Lat. 26.449294, Long. 26.0377778 (2024/129), Lat. 41.571822, Long. 26.512456 (2024/130),	

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
<p>GR-CAPRIPOX-2024-00210 GR-CAPRIPOX-2024-00211 GR-CAPRIPOX-2024-00212 GR-CAPRIPOX-2024-00213 GR-CAPRIPOX-2024-00214 GR-CAPRIPOX-2024-00230 GR-CAPRIPOX-2024-00234 GR-CAPRIPOX-2024-00237 GR-CAPRIPOX-2024-00251 GR-CAPRIPOX-2024-00252 GR-CAPRIPOX-2024-00259 GR-CAPRIPOX-2024-00260 GR-CAPRIPOX-2024-00264 GR-CAPRIPOX-2024-00285 GR-CAPRIPOX-2024-00291</p>	<p>Lat. 41.34507222, Long. 26.4879 (2024/138), Lat. 40.862166, Long. 26.009283 (2024/140), Lat. 40.876892, Long. 25.904419 (2024/143), Lat. 41.231436, Long. 26.162596 (2024/146), Lat. 40.967411, Long. 25.900136 (2024/153), Lat. 41.630486, Long. 26.342353 (2024/154), Lat. 41.377519, Long. 26.470558 (2024/155), Lat. 41.271791, Long. 26.32829 (2024/156), Lat. 40.98574, Long. 25.83728 (2024/160), Lat. 40.913466, Long. 25.984146 (2024/171), Lat. 41.414403, Long. 26.512664 (2024/173), Lat. 41.415186, Long. 26.512456 (2024/174), Lat. 40.861597, Long. 25.73542 (2024/184), Lat. 40.878662, Long. 25.914364 (2024/185), Lat. 41.348775, Long. 26.365325 (2024/186), Lat. 41.364444, Long. 26.533433 (2024/187), Lat. 41.357692, Long. 26.489086 (2024/188), Lat. 40.917224, Long. 25.665812 (2024/206), Lat. 40.890727, Long. 26.151725 (2024/207), Lat. 41.533861, Long. 26.512908 (2024/210), Lat. 41.472278, Long. 26.525497 (2024/211), Lat. 41.382958, Long. 26.617547 (2024/212), Lat. 41.409469, Long. 26.387683 (2024/213) Lat. 41.342108, Long. 26.491881 (2024/214), Lat. 41.284712, Long. 26.287889 (2024/230), Lat. 41.571794, Long. 26.448383 (2024/234), Lat. 41.439344, Long. 26.448383 (2024/237), Lat. 40.866929, Long. 25.898956 (2024/251), Lat. 41.248695, Long. 26.03492 (2024/252), Lat. 41.226333, Long. 26.035108 (2024/259), Lat. 40.919061, Long. 25.927281 (2024/260), Lat. 41.507572, Long. 26.274953 (2024/264), Lat. 41.412406, Long. 26.455869 (2024/285), Lat. 40.89931, Long. 25.925649 (2024/291)</p>	
	<p><u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Evros and Rhodopi, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 41.49961111 Long. 26.54605556 (2024/5), Lat. 40.96145278, Long. 26.3345 (2024/6), Lat. 40.94543, Long. 26.275696 (2024/7), Lat. 40.876278, Long. 26.202551 (2024/8), Lat. 40.952487, Long. 26.280721 (2024/9) Lat. 40.920725, Long. 26.205981 (2024/10) Lat. 41.024363, Long. 26.302547 (2024/11), Lat. 41.51720278, Long. 26.54510278 (2024/12), Lat. 40.959944, Long. 26.336306 (2024/13), Lat. 40.93578, Long. 26.213778 (2024/14), Lat. 40.895996,</p>	<p>12.1.2025</p>

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>Long. 26.222777 (2024/15), Lat. 40.900261, Long. 26.22288 (2024/16), Lat. 40.891842, Long. 26.146147 (2024/17), Lat. 40.933886, Long. 26.217318 (2024/18), Lat. 40.92507, Long. 26.212431 (2024/19), Lat. 41.278291, Long. 26.276953 (2024/20), Lat. 40.883228, Long. 26.157055 (2024/21), Lat. 40.923486, Long. 26.213196 (2024/22), Lat. 40.922552, Long. 26.209702 (2024/23), Lat. 40.925647, Long. 26.1662 (2024/24), Lat. 40.883022, Long. 26.227036 (2024/25), Lat. 40.904757, Long. 26.178189 (2024/26), Lat. 40.848411, Long. 26.203314 (2024/27), Lat. 41.019251, Long. 26.269386 (2024/28), Lat. 41.48359444, Long. 26.57411944 (2024/29), Lat. 41.49358333, Long. 26.54305556 (2024/30), Lat. 41.51486111, Long. 26.54725 (2024/31), Lat. 40.89917, Long. 26.186411 (2024/32), Lat. 40.9941149, Long. 26.155657 (2024/33), Lat. 40.832839, Long. 26.131642 (2024/34), Lat. 41.033936, Long. 26.289506 (2024/36), Lat. 40.907284, Long. 26.211295 (2024/37), Lat. 40.878159, Long. 26.19378 (2024/38), Lat. 41.462289, Long. 26.567053 (2024/40), Lat. 41.300453, Long. 26.443197 (2024/41), Lat. 41.519144, Long. 26.310606 (2024/42), Lat. 40.945707, Long. 26.276123 (2024/43), Lat. 40.942757, Long. 26.126487 (2024/44), Lat. 40.887613, Long. 26.15199 (2024/45), Lat. 41.028801, Long. 26.277341 (2024/46), Lat. 40.930925, Long. 26.11938 (2024/47), Lat. 40.885191, Long. 26.182334 (2024/48), Lat. 40.850308, Long. 26.091824 (2024/49), Lat. 40.851382, Long. 26.090704 (2024/50), Lat. 40.853496, Long. 26.089931 (2024/51), Lat. 41.217657, Long. 26.300685 (2024/52), Lat. 40.850681, Long. 26.01075 (2024/53), Lat. 40.849066, Long. 25.939879 (2024/54), Lat. 41.08794, Long. 26.279672 (2024/56), Lat. 40.87472, Long. 26.009628 (2024/57), Lat. 41.473893, Long. 26.555161 (2024/58), Lat. 41.528783, Long. 26.417419 (2024/61) Lat. 41.39908056, Long. 26.56387222 (2024/62), Lat. 40.893756, Long. 26.150647 (2024/63), Lat. 41.019552, Long. 26.196322 (2024/64), Lat. 41.41270833, Long. 26.56403056 (2024/65), Lat. 40.900392, Long. 26.112876 (2024/66), Lat. 40.965033,</p>	

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>Long. 26.187687 (2024/67), Lat. 41.62475833 Long. 26.27744889 (2024/68), Lat. 40.870838, Long. 26.11549 (2024/69), Lat. 41.380414, Long. 26.395186 (2024/70), Lat. 40.856357, Long. 26.122206 (2024/71), Lat. 41.4182253, Long. 26.560739 (2024/77), Lat. 41.427997, Long. 26.572258 (2024/79), Lat. 40.87113, Long. 25.709353 (2024/80) Lat. 40.85034, Long. 26.101913 (2024/81), Lat. 40.928383 Long. 26.116747 (2024/82), Lat. 40.8551401 Long. 25.690297 (2024/83), Lat. 40.858591 Long. 26.042815 (2024/84), Lat. 41.35629167 Long. 26.43148056 (2024/87), Lat. 41.42259167 Long. 26.56001667 (2024/88), Lat. 41.54086944 Long. 26.35241389 (2024/89), Lat. 41.47519722 Long. 26.55548056 (2024/90), Lat. 41.36086944 Long. 26.43525556 (2024/91), Lat. 41.449444 Long. 26.46625 (2024/92), Lat. 41.135601 Long. 26.194665 (2024/93), Lat. 40.866037 Long. 25.782831 (2024/94), Lat. 40.877427 Long. 25.90458 (2024/99), Lat. 40.885413 Long. 26.0523361 (2024/100), Lat. 41.414608 Long. 26.516228 (2024/103), Lat. 40.864383 Long. 25.949066 (2024/107), Lat. 41.390983 Long. 26.588422 (2024/114), Lat. 41.219334, Long. 26.234399 (2024/115), Lat. 40.903296, Long. 25.891759 (2024/116), Lat. 40.850425, Long. 25.959503 (2024/117), Lat. 40.86506, Long. 25.90036 (2024/122), Lat. 41.518528, Long. 26.544417 (2024/125), Lat. 41.358525, Long. 26.537567 (2024/128), Lat. 26.449294, Long. 26.0377778 (2024/129), Lat. 41.571822, Long. 26.512456 (2024/130), Lat. 41.34507222, Long. 26.4879 (2024/138), Lat. 40.862166, Long. 26.009283 (2024/140), Lat. 40.876892, Long. 25.904419 (2024/143), Lat. 41.231436, Long. 26.162596 (2024/146), Lat. 40.967411, Long. 25.900136 (2024/153), Lat. 41.630486, Long. 26.342353 (2024/154), Lat. 41.377519, Long. 26.470558 (2024/155), Lat. 41.271791, Long. 26.32829 (2024/156), Lat. 40.98574, Long. 25.83728 (2024/160), Lat. 40.913466, Long. 25.984146 (2024/171), Lat. 41.414403, Long. 26.512664 (2024/173), Lat. 41.415186, Long. 26.512456 (2024/174), Lat. 40.861597, Long. 25.73542 (2024/184), Lat. 40.878662, Long. 25.914364 (2024/185), Lat. 41.348775, Long. 26.365325 (2024/186), Lat. 41.364444,</p>	

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>Long. 26.533433 (2024/187), Lat. 41.357692, Long. 26.489086 (2024/188), Lat. 40.917224, Long. 25.665812 (2024/206), Lat. 40.890727, Long. 26.151725 (2024/207), Lat. 41.533861, Long. 26.512908 (2024/210), Lat. 41.472278, Long. 26.525497 (2024/211), Lat. 41.382958, Long. 26.617547 (2024/212), Lat. 41.409469, Long. 26.387683 (2024/213) Lat. 41.342108, Long. 26.491881 (2024/214), Lat. 41.284712, Long. 26.287889 (2024/230), Lat. 41.571794, Long. 26.448383 (2024/234), , Lat. 41.439344, Long. 26.448383 (2024/237), Lat. 40.866929, Long. 25.898956 (2024/251), Lat. 41.248695, Long. 26.03492 (2024/252), Lat. 41.226333, Long. 26.035108 (2024/259), Lat. 40.919061, Long. 25.927281 (2024/260), Lat. 41.507572, Long. 26.274953 (2024/264), Lat. 41.412406, Long. 26.455869 (2024/285), Lat. 40.89931, Long. 25.925649 (2024/291), excluding the areas contained in any protection zone</p>	
	<p><u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Evros and Rhodopi, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 41.49961111 Long. 26.54605556 (2024/5), Lat. 40.96145278, Long. 26.3345 (2024/6), Lat. 40.94543, Long. 26.275696 (2024/7), Lat. 40.876278, Long. 26.202551 (2024/8), Lat. 40.952487, Long. 26.280721 (2024/9) Lat. 40.920725, Long. 26.205981 (2024/10) Lat. 41.024363, Long. 26.302547 (2024/11), Lat. 41.51720278, Long. 26.54510278 (2024/12), Lat. 40.959944, Long. 26.336306 (2024/13), Lat. 40.93578, Long. 26.213778 (2024/14), Lat. 40.895996, Long. 26.222777 (2024/15), Lat. 40.900261, Long. 26.22288 (2024/16), Lat. 40.891842, Long. 26.146147 (2024/17), Lat. 40.933886, Long. 26.217318 (2024/18), Lat. 40.92507, Long. 26.212431 (2024/19), Lat. 41.278291, Long. 26.276953 (2024/20), Lat. 40.883228, Long. 26.157055 (2024/21), Lat. 40.923486, Long. 26.213196 (2024/22), Lat. 40.922552, Long. 26.209702 (2024/23), Lat. 40.925647, Long. 26.1662 (2024/24), Lat. 40.883022, Long. 26.227036 (2024/25), Lat. 40.904757, Long. 26.178189 (2024/26), Lat. 40.848411, Long. 26.203314 (2024/27), Lat. 41.019251, Long. 26.269386 (2024/28),</p>	4.1.2025 - 12.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>Lat. 41.48359444, Long. 26.57411944 (2024/29), Lat. 41.49358333, Long. 26.54305556 (2024/30), Lat. 41.51486111, Long. 26.54725 (2024/31), Lat. 40.89917, Long. 26.186411 (2024/32), Lat. 40.9941149, Long. 26.155657 (2024/33), Lat. 40.832839, Long. 26.131642 (2024/34), Lat.41.033936, Long. 26.289506 (2024/36), Lat. 40.907284, Long. 26.211295 (2024/37), Lat. 40.878159, Long. 26.19378 (2024/38), Lat. 41.462289, Long. 26.567053 (2024/40), Lat. 41.300453, Long. 26.443197 (2024/41), Lat. 41.519144, Long. 26.310606 (2024/42), Lat. 40.945707, Long. 26.276123 (2024/43), Lat. 40.942757, Long. 26.126487 (2024/44), Lat. 40.887613, Long. 26.15199 (2024/45), Lat. 41.028801, Long. 26.277341 (2024/46), Lat. 40.930925, Long. 26.11938 (2024/47), Lat. 40.885191, Long. 26.182334 (2024/48), Lat. 40.850308, Long. 26.091824 (2024/49), Lat. 40.851382, Long. 26.090704 (2024/50), Lat. 40.853496, Long. 26.089931 (2024/51), Lat. 41.217657, Long. 26.300685 (2024/52), Lat. 40.850681, Long. 26.01075 (2024/53), Lat. 40.849066, Long. 25.939879 (2024/54), Lat. 41.08794, Long. 26.279672 (2024/56), Lat. 40.87472, Long. 26.009628 (2024/57), Lat. 41.473893, Long. 26.555161 (2024/58), Lat. 41.528783, Long. 26.417419 (2024/61) Lat. 41.39908056, Long. 26.56387222 (2024/62), Lat. 40.893756, Long. 26.150647 (2024/63), Lat. 41.019552, Long. 26.196322 (2024/64), Lat. 41.41270833, Long. 26.56403056 (2024/65), Lat. 40.900392, Long. 26.112876 (2024/66), Lat. 40.965033, Long. 26.187687 (2024/67), Lat. 41.62475833 Long. 26.27744889 (2024/68), Lat. 40.870838, Long. 26.11549 (2024/69), Lat. 41.380414, Long. 26.395186 (2024/70), Lat. 40.856357, Long. 26.122206 (2024/71), Lat. 41.4182253, Long. 26.560739 (2024/77), Lat. 41.427997, Long. 26.572258 (2024/79), Lat. 40.87113, Long. 25.709353 (2024/80) Lat. 40.85034, Long. 26.101913 (2024/81), Lat. 40.928383 Long. 26.116747 (2024/82), Lat. 40.8551401 Long. 25.690297 (2024/83), Lat. 40.858591 Long. 26.042815 (2024/84), Lat. 41.35629167 Long. 26.43148056 (2024/87), Lat. 41.42259167 Long. 26.56001667 (2024/88), Lat. 41.54086944 Long. 26.35241389 (2024/89), Lat. 41.47519722</p>	

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>Long. 26.55548056 (2024/90), Lat. 41.36086944 Long. 26.43525556 (2024/91), Lat. 41.449444 Long. 26.46625 (2024/92), Lat. 41.135601 Long. 26.194665 (2024/93), Lat. 40.866037 Long. 25.782831 (2024/94), Lat. 40.877427 Long. 25.90458 (2024/99), Lat. 40.885413 Long. 26.0523361 (2024/100), Lat. 41.414608 Long. 26.516228 (2024/103), Lat. 40.864383 Long. 25.949066 (2024/107), Lat. 41.390983 Long. 26.588422 (2024/114), Lat.41.219334, Long. 26.234399(2024/115), Lat. 40.903296, Long. 25.891759 (2024/116), Lat. 40.850425, Long. 25.959503 (2024/117), Lat. 40.86506, Long. 25.90036 (2024/122), Lat. 41.518528, Long. 26.544417 (2024/125), Lat. 41.358525, Long. 26.537567 (2024/128), Lat. 26.449294, Long. 26.0377778 (2024/129), Lat. 41.571822, Long. 26.512456 (2024/130), Lat. 41.34507222, Long. 26.4879 (2024/138), Lat. 40.862166, Long. 26.009283 (2024/140), Lat. 40.876892, Long. 25.904419 (2024/143), Lat. 41.231436, Long. 26.162596 (2024/146), Lat. 40.967411, Long. 25.900136 (2024/153), Lat. 41.630486, Long. 26.342353 (2024/154), Lat. 41.377519, Long. 26.470558 (2024/155), Lat. 41.271791, Long. 26.32829 (2024/156), Lat. 40.98574, Long. 25.83728 (2024/160), Lat. 40.913466, Long. 25.984146 (2024/171), Lat. 41.414403, Long. 26.512664 (2024/173), Lat. 41.415186, Long. 26.512456 (2024/174), Lat. 40.861597, Long. 25.73542 (2024/184), Lat. 40.878662, Long. 25.914364 (2024/185), Lat. 41.348775, Long. 26.365325 (2024/186), Lat. 41.364444, Long. 26.533433 (2024/187), Lat. 41.357692, Long. 26.489086 (2024/188), Lat. 40.917224, Long. 25.665812 (2024/206), Lat. 40.890727, Long. 26.151725 (2024/207), Lat. 41.533861, Long. 26.512908 (2024/210), Lat. 41.472278, Long. 26.525497 (2024/211), Lat. 41.382958, Long. 26.617547 (2024/212), Lat. 41.409469, Long. 26.387683 (2024/213) Lat. 41.342108, Long. 26.491881 (2024/214), Lat. 41.284712, Long. 26.287889 (2024/230), Lat. 41.571794, Long. 26.448383 (2024/234), , Lat. 41.439344, Long. 26.448383 (2024/237), Lat. 40.866929, Long. 25.898956 (2024/251), Lat. 41.248695, Long. 26.03492 (2024/252),</p>	

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	Lat. 41.226333, Long. 26.035108 (2024/259), Lat. 40.919061, Long. 25.927281 (2024/260), Lat. 41.507572, Long. 26.274953 (2024/264), Lat. 41.412406, Long. 26.455869 (2024/285), Lat. 40.89931, Long. 25.925649 (2024/291)	
Regionalbezirk Kavala GR-CAPRIPOX-2024-00035 GR-CAPRIPOX-2024-00039 GR-CAPRIPOX-2024-00060 GR-CAPRIPOX-2024-00073 GR-CAPRIPOX-2024-00074 GR-CAPRIPOX-2024-00075 GR-CAPRIPOX-2024-00076 GR-CAPRIPOX-2024-00078 GR-CAPRIPOX-2024-00085 GR-CAPRIPOX-2024-00086 GR-CAPRIPOX-2024-00097 GR-CAPRIPOX-2024-00098 GR-CAPRIPOX-2024-00101 GR-CAPRIPOX-2024-00102 GR-CAPRIPOX-2024-00110 GR-CAPRIPOX-2024-00127 GR-CAPRIPOX-2024-00131 GR-CAPRIPOX-2024-00132 GR-CAPRIPOX-2024-00133 GR-CAPRIPOX-2024-00134 GR-CAPRIPOX-2024-00139 GR-CAPRIPOX-2024-00161 GR-CAPRIPOX-2024-00163 GR-CAPRIPOX-2024-00169 GR-CAPRIPOX-2024-00170 GR-CAPRIPOX-2024-00189 GR-CAPRIPOX-2024-00190 GR-CAPRIPOX-2024-00195 GR-CAPRIPOX-2024-00196 GR-CAPRIPOX-2024-00218 GR-CAPRIPOX-2024-00219 GR-CAPRIPOX-2024-00220 GR-CAPRIPOX-2024-00231 GR-CAPRIPOX-2024-00242 GR-CAPRIPOX-2024-00267 GR-CAPRIPOX-2024-00272	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional units of Kavala, Serres and Xanthi, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.855895, Long. 24.176609 (2024/35), Lat. 40.884672, Long. 24.663783 (2024/39), Lat. 40.9007455, Long. 24.66838316 (2024/60), Lat. 40.86940957, Long. 24.71372915 (2024/73), Lat. 40.96307423, Long. 24.67115789 (2024/74), Lat. 40.87157597, Long. 24.71579265 (2024/75), Lat. 40.90818188, Long. 24.68586162 (2024/76), Lat. 40.87155993, Long. 24.71581822 (2024/78), Lat 40.930299 Long. 24.69503165 (2024/85), Lat. 40.87155993 Long. 24.71581822 (2024/86), Lat. 40.90818486 Long. 24.6858706 (2024/97), Lat. 40.91170567 Long. 24.6360924 (2024/98), Lat. 40.91520227 Long. 24.74376312 (2024/101), Lat. 40.9410113 Long. 24.62660181 (2024/102), Lat. 41.016819 Long. 24.657514 (2024/110), Lat. 40.960765, Long. 24.613769 (2024/127), Lat. 40.93703, Long. 24.715855 (2024/131), Lat. 40.964033, Long. 24.706643 (2024/132), Lat. 40.896498, Long. 24.750354 (2024/133), Lat. 40.878249, Long. 24.76182 (2024/134), Lat. 40.86637045, Long. 24.75824842 (2024/139), Lat. 40.9348, Long. 24.6261 (2024/161), Lat. 41.03082697, Long. 24.6954988 (2024/163), Lat. 40.81899, Long. 24.294374 (2024/169), Lat. 41.00912973 Long. 24.3755478 (2024/170), Lat. 40.99736722, Long. 24.5118725 (2024/189), Lat. 40.972542, Long. 24.612325 (2024/190), Lat. 40.989605, Long. 24.614677 (2024/195), Lat. 40.98649515 Long. 24.60459616 (2024/196), Lat. 40.98800435, Long. 24.6095147 (2024/218), Lat. 40.97951114, Long. 24.72373385 (2024/219), Lat. 40.99121997, Long. 24.66387638 (2024/220), Lat. 40.97255153, Long.	26.12.2024

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	24.64240369 (2024/231), Lat. 40.96848422, Long. 24.57660864 (2024/242), Lat. 41.0585551, Long. 24.7100023 (2024/267), Lat. 40.9866379, Long. 24.60975027 (2024/272)	
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Kavala, Serres and Xanthi , contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.855895, Long. 24.176609 (2024/35), Lat. 40.884672, Long. 24.663783 (2024/39), Lat. 40.9007455, Long. 24.66838316 (2024/60), Lat. 40.86940957, Long. 24.71372915 (2024/73), Lat. 40.96307423, Long. 24.67115789 (2024/74), Lat. 40.87157597, Long. 24.71579265 (2024/75), Lat. 40.90818188, Long. 24.68586162 (2024/76), Lat. 40.87155993, Long. 24.71581822 (2024/78), Lat. 40.930299 Long. 24.69503165 (2024/85), Lat. 40.87155993 Long. 24.71581822 (2024/86), Lat. 40.90818486 Long. 24.6858706 (2024/97), Lat. 40.91170567 Long. 24.6360924 (2024/98), Lat. 40.91520227 Long. 24.74376312 (2024/101), Lat. 40.9410113 Long. 24.62660181 (2024/102), Lat. 41.016819 Long. 24.657514 (2024/110), Lat. 40.960765, Long. 24.613769 (2024/127), Lat. 40.93703, Long. 24.715855 (2024/131), Lat. 40.964033, Long. 24.706643 (2024/132), Lat. 40.896498, Long. 24.750354 (2024/133), Lat. 40.878249, Long. 24.76182 (2024/134), Lat. 40.86637045, Long. 24.75824842 (2024/139), Lat. 40.9348, Long. 24.6261 (2024/161), Lat. 41.03082697, Long. 24.6954988 (2024/163), Lat. 40.81899, Long. 24.294374 (2024/169), Lat. 41.00912973 Long. 24.3755478 (2024/170), Lat. 40.99736722, Long. 24.5118725 (2024/189), Lat. 40.972542, Long. 24.612325 (2024/190), Lat. 40.989605, Long. 24.614677 (2024/195), Lat. 40.98649515 Long. 24.60459616 (2024/196), Lat. 40.98800435, Long. 24.6095147 (2024/218), Lat. 40.97951114, Long. 24.72373385 (2024/219), Lat. 40.99121997, Long. 24.66387638 (2024/220), Lat. 40.97255153, Long.	4.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	24.64240369 (2024/231), Lat. 40.96848422, Long. 24.57660864 (2024/242), Lat. 41.0585551, Long. 24.7100023 (2024/267), Lat. 40.9866379, Long. 24.60975027 (2024/272), excluding the areas contained in any protection zone	
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Kavala, Serres and Xanthi, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.855895, Long. 24.176609 (2024/35), Lat. 40.884672, Long. 24.663783 (2024/39), Lat. 40.9007455, Long. 24.66838316 (2024/60), Lat. 40.86940957, Long. 24.71372915 (2024/73), Lat. 40.96307423, Long. 24.67115789 (2024/74), Lat. 40.87157597, Long. 24.71579265 (2024/75), Lat. 40.90818188, Long. 24.68586162 (2024/76), Lat. 40.87155993, Long. 24.71581822 (2024/78), Lat. 40.930299 Long. 24.69503165 (2024/85), Lat. 40.87155993 Long. 24.71581822 (2024/86), Lat. 40.90818486 Long. 24.6858706 (2024/97), Lat. 40.91170567 Long. 24.6360924 (2024/98), Lat. 40.91520227 Long. 24.74376312 (2024/101), Lat. 40.9410113 Long. 24.62660181 (2024/102), Lat. 41.016819 Long. 24.657514 (2024/110), Lat. 40.960765, Long. 24.613769 (2024/127), Lat. 40.93703, Long. 24.715855 (2024/131), Lat. 40.964033, Long. 24.706643 (2024/132), Lat. 40.896498, Long. 24.750354 (2024/133), Lat. 40.878249, Long. 24.76182 (2024/134), Lat. 40.86637045, Long. 24.75824842 (2024/139), Lat. 40.9348, Long. 24.6261 (2024/161), Lat. 41.03082697, Long. 24.6954988 (2024/163), Lat. 40.81899, Long. 24.294374 (2024/169), Lat. 41.00912973 Long. 24.3755478 (2024/170), Lat. 40.99736722, Long. 24.5118725 (2024/189), Lat. 40.972542, Long. 24.612325 (2024/190), Lat. 40.989605, Long. 24.614677 (2024/195), Lat. 40.98649515 Long. 24.60459616 (2024/196), Lat. 40.98800435, Long. 24.6095147 (2024/218), Lat. 40.97951114, Long. 24.72373385 (2024/219), Lat. 40.99121997, Long. 24.66387638	27.12.2024 - 4.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	(2024/220), Lat. 40.97255153, Long. 24.64240369 (2024/231), Lat. 40.96848422, Long. 24.57660864 (2024/242), Lat. 41.0585551, Long. 24.7100023 (2024/267), Lat. 40.9866379, Long. 24.60975027 (2024/272)	
Regionalbezirk Rhodopi GR-CAPRIPOX-2024-00059 GR-CAPRIPOX-2024-00072 GR-CAPRIPOX-2024-00095 GR-CAPRIPOX-2024-00096 GR-CAPRIPOX-2024-00105 GR-CAPRIPOX-2024-00106 GR-CAPRIPOX-2024-00111 GR-CAPRIPOX-2024-00112 GR-CAPRIPOX-2024-00113 GR-CAPRIPOX-2024-00119 GR-CAPRIPOX-2024-00120 GR-CAPRIPOX-2024-00121 GR-CAPRIPOX-2024-00126 GR-CAPRIPOX-2024-00145 GR-CAPRIPOX-2024-00148 GR-CAPRIPOX-2024-00149 GR-CAPRIPOX-2024-00157 GR-CAPRIPOX-2024-00158 GR-CAPRIPOX-2024-00159 GR-CAPRIPOX-2024-00167 GR-CAPRIPOX-2024-00168 GR-CAPRIPOX-2024-00175 GR-CAPRIPOX-2024-00176 GR-CAPRIPOX-2024-00177 GR-CAPRIPOX-2024-00178 GR-CAPRIPOX-2024-00197 GR-CAPRIPOX-2024-00198 GR-CAPRIPOX-2024-00199 GR-CAPRIPOX-2024-00200 GR-CAPRIPOX-2024-00201 GR-CAPRIPOX-2024-00202 GR-CAPRIPOX-2024-00203 GR-CAPRIPOX-2024-00204 GR-CAPRIPOX-2024-00205 GR-CAPRIPOX-2024-00215 GR-CAPRIPOX-2024-00216 GR-CAPRIPOX-2024-00221 GR-CAPRIPOX-2024-00222 GR-CAPRIPOX-2024-00223 GR-CAPRIPOX-2024-00241 GR-CAPRIPOX-2024-00253 GR-CAPRIPOX-2024-00254 GR-CAPRIPOX-2024-00255 GR-CAPRIPOX-2024-00256 GR-CAPRIPOX-2024-00268	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional units of Rhodopi and Xanthi, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.983496, Long. 25.421738 (2024/59), Lat. 41.217186, Long. 25.903903 (2024/72), Lat. 41.010995 Long. 25.189305 (2024/95), Lat. 41.01135 Long. 25.314397 (2024/96), Lat. 41.021392 Long. 25.326094 (2024/105), Lat. 41.029708 Long. 25.196161 (2024/106), Lat. 40.989228 Long. 25.213909 (2024/111), Lat. 41.046428 Long. 25.177815 (2024/112), Lat. 41.147294 Long. 25.076011 (2024/113), Lat. 41.057391, Long. 25.18266 (2024/119), Lat. 41.011114, Long. 25.189633 (2024/120), Lat. 41.063277, Long. 25.244517 (2024/121), Lat. 41.002686 Long. 25.530461 (2024/126), Lat. 41.038083, Long. 25.187287 (2024/145), Lat. 41.00841, Long. 25.365656 (2024/148), Lat. 41.091751, Long. 25.227526 (2024/149), Lat. 41.084017, Long. 25.33219 (2024/157), Lat. 41.054956, Long. 25.229738 (2024/158), Lat. 41.126711, Long. 25.221058 (2024/159), Lat. 41.046391, Long. 25.180712 (2024/167), Lat. 41.041001 Long. 25.186453 (2024/168), Lat. 41.003884, Long. 25.494335 (2024/175), Lat. 40.92065, Long. 25.515202 (2024/176), Lat. 41.075773, Long. 25.270477 (2024/177), Lat. 41.046356 Long. 25.182112 (2024/178), Lat. 40.981435 Long. 25.608903 (2024/197), Lat. 41.089525 Long. 25.227073 (2024/198), Lat. 40.987403 Long. 25.392331 (2024/199), Lat. 40.960961 Long. 25.317277 (2024/200), Lat. 41.046459 Long. 25.182635 (2024/201), Lat. 40.969685 Long. 25.420957 (2024/202), Lat. 41.074844 Long. 25.268218 (2024/203), Lat. 41.083313 Long. 25.29745 (2024/204), Lat. 40.970019 Long. 25.418114 (2024/205), Lat. 40.982023 Long. 25.401876 (2024/215),	5.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
GR-CAPRIPOX-2024-00269 GR-CAPRIPOX-2024-00271 GR-CAPRIPOX-2024-00276 GR-CAPRIPOX-2024-00282 GR-CAPRIPOX-2024-00292 GR-CAPRIPOX-2024-00293 GR-CAPRIPOX-2024-00294 GR-CAPRIPOX-2024-00295	Lat. 41.061729 Long. 25.463855 (2024/216), Lat. 41.076955 Long. 25.311582 (2024/221), Lat. 41.077163 Long. 25.418114 (2024/222), Lat. 41.020549 Long. 25.325141 (2024/223), Lat. 41.070294 Long. 25.242052 (2024/241), Lat. 41.100444 Long. 25.306482 (2024/253), Lat. 41.121716 Long. 25.057889 (2024/254), Lat. 41.125882 Long. 25.076696 (2024/255), Lat. 41.121594 Long. 25.057916 (2024/256), Lat. 41.116563 Long. 25.070165 (2024/268), Lat. 41.040913 Long. 25.392822 (2024/269), Lat. 41.067638 Long. 25.270084 (2024/271), Lat. 41.071444 Long. 25.521447 (2024/276), Lat. 41.104867 Long. 25.097334 (2024/282), Lat. 41.050338 Long. 25.5356 (2024/292), Lat. 41.08861 Long. 25.237784 (2024/293), Lat. 40.931864 Long. 25.404874 (2024/294), Lat. 41.132151 Long. 25.19238 (2024/295)	
	<p><u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Rhodopi and Xanthi, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.983496, Long. 25.421738 (2024/59), Lat. 41.217186, Long. 25.903903 (2024/72), Lat. 41.010995 Long. 25.189305 (2024/95), Lat. 41.01135 Long. 25.314397 (2024/96), Lat. 41.021392 Long. 25.326094 (2024/105), Lat. 41.029708 Long. 25.196161 (2024/106), Lat. 40.989228 Long. 25.213909 (2024/111), Lat. 41.046428 Long. 25.177815 (2024/112), Lat. 41.147294 Long. 25.076011 (2024/113), Lat. 41.057391, Long. 25.18266 (2024/119), Lat. 41.011114, Long. 25.189633 (2024/120), Lat. 41.063277, Long. 25.244517 (2024/121), Lat. 41.002686 Long. 25.530461 (2024/126), Lat. 41.038083, Long. 25.187287 (2024/145), Lat. 41.00841, Long. 25.365656 (2024/148), Lat. 41.091751, Long. 25.227526 (2024/149), Lat. 41.084017, Long. 25.33219 (2024/157), Lat. 41.054956, Long. 25.229738 (2024/158), Lat. 41.126711, Long. 25.221058 (2024/159), Lat. 41.046391, Long. 25.180712 (2024/167), Lat. 41.041001 Long. 25.186453 (2024/168), Lat. 41.003884, Long. 25.494335 (2024/175),</p>	14.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>Lat. 40.92065, Long. 25.515202 (2024/176), Lat. 41.075773, Long. 25.270477 (2024/177), Lat. 41.046356 Long. 25.182112 (2024/178), Lat. 40.981435 Long. 25.608903 (2024/197), Lat. 41.089525 Long. 25.227073 (2024/198), Lat. 40.987403 Long. 25.392331 (2024/199), Lat. 40.960961 Long. 25.317277 (2024/200), Lat. 41.046459 Long. 25.182635 (2024/201), Lat. 40.969685 Long. 25.420957 (2024/202), Lat. 41.074844 Long. 25.268218 (2024/203), Lat. 41.083313 Long. 25.29745 (2024/204), Lat. 40.970019 Long. 25.418114 (2024/205), Lat. 40.982023 Long. 25.401876 (2024/215), Lat. 41.061729 Long. 25.463855 (2024/216), Lat. 41.076955 Long. 25.311582 (2024/221), Lat. 41.077163 Long. 25.418114 (2024/222), Lat. 41.020549 Long. 25.325141 (2024/223), Lat. 41.070294 Long. 25.242052 (2024/241), Lat. 41.100444 Long. 25.306482 (2024/253), Lat. 41.121716 Long. 25.057889 (2024/254), Lat. 41.125882 Long. 25.076696 (2024/255), Lat. 41.121594 Long. 25.057916 (2024/256), Lat. 41.116563 Long. 25.070165 (2024/268), Lat. 41.040913 Long. 25.392822 (2024/269), Lat. 41.067638 Long. 25.270084 (2024/271), Lat. 41.071444 Long. 25.521447 (2024/276), Lat. 41.104867 Long. 25.097334 (2024/282), Lat. 41.050338 Long. 25.5356 (2024/292), Lat. 41.08861 Long. 25.237784 (2024/293), Lat. 40.931864 Long. 25.404874 (2024/294), Lat. 41.132151 Long. 25.19238 (2024/295), excluding the areas contained in any protection zone</p>	
	<p><u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Rhodopi and Xanthi, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.983496, Long. 25.421738 (2024/59), Lat. 41.217186, Long. 25.903903 (2024/72), Lat. 41.010995 Long. 25.189305 (2024/95), Lat. 41.01135 Long. 25.314397 (2024/96), Lat. 41.021392 Long. 25.326094 (2024/105), Lat. 41.029708 Long. 25.196161 (2024/106), Lat. 40.989228 Long. 25.213909 (2024/111), Lat. 41.046428 Long. 25.177815 (2024/112), Lat. 41.147294 Long. 25.076011 (2024/113), Lat. 41.057391, Long. 25.18266 (2024/119),</p>	6.1.2025 - 14.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	Lat. 41.011114, Long. 25.189633 (2024/120), Lat. 41.063277, Long. 25.244517 (2024/121), Lat. 41.002686 Long. 25.530461 (2024/126), Lat. 41.038083, Long. 25.187287 (2024/145), Lat. 41.00841, Long. 25.365656 (2024/148), Lat. 41.091751, Long. 25.227526 (2024/149), Lat. 41.084017, Long. 25.33219 (2024/157), Lat. 41.054956, Long. 25.229738 (2024/158), Lat. 41.126711, Long. 25.221058 (2024/159), Lat. 41.046391, Long. 25.180712 (2024/167), Lat. 41.041001 Long. 25.186453 (2024/168), Lat. 41.003884, Long. 25.494335 (2024/175), Lat. 40.92065, Long. 25.515202 (2024/176), Lat. 41.075773, Long. 25.270477 (2024/177), Lat. 41.046356 Long. 25.182112 (2024/178), Lat. 40.981435 Long. 25.608903 (2024/197), Lat. 41.089525 Long. 25.227073 (2024/198), Lat. 40.987403 Long. 25.392331 (2024/199), Lat. 40.960961 Long. 25.317277 (2024/200), Lat. 41.046459 Long. 25.182635 (2024/201), Lat. 40.969685 Long. 25.420957 (2024/202), Lat. 41.074844 Long. 25.268218 (2024/203), Lat. 41.083313 Long. 25.29745 (2024/204), Lat. 40.970019 Long. 25.418114 (2024/205), Lat. 40.982023 Long. 25.401876 (2024/215), Lat. 41.061729 Long. 25.463855 (2024/216), Lat. 41.076955 Long. 25.311582 (2024/221), Lat. 41.077163 Long. 25.418114 (2024/222), Lat. 41.020549 Long. 25.325141 (2024/223), Lat. 41.070294 Long. 25.242052 (2024/241), Lat. 41.100444 Long. 25.306482 (2024/253), Lat. 41.121716 Long. 25.057889 (2024/254), Lat. 41.125882 Long. 25.076696 (2024/255), Lat. 41.121594 Long. 25.057916 (2024/256), Lat. 41.116563 Long. 25.070165 (2024/268), Lat. 41.040913 Long. 25.392822 (2024/269), Lat. 41.067638 Long. 25.270084 (2024/271), Lat. 41.071444 Long. 25.521447 (2024/276), Lat. 41.104867 Long. 25.097334 (2024/282), Lat. 41.050338 Long. 25.5356 (2024/292), Lat. 41.08861 Long. 25.237784 (2024/293), Lat. 40.931864 Long. 25.404874 (2024/294), Lat. 41.132151 Long. 25.19238 (2024/295)	

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
Regionalbezirk Xanthi GR-CAPRIPOX-2024-00104 GR-CAPRIPOX-2024-00118 GR-CAPRIPOX-2024-00124 GR-CAPRIPOX-2024-00141 GR-CAPRIPOX-2024-00147 GR-CAPRIPOX-2024-00150 GR-CAPRIPOX-2024-00165 GR-CAPRIPOX-2024-00166 GR-CAPRIPOX-2024-00179 GR-CAPRIPOX-2024-00180 GR-CAPRIPOX-2024-00181 GR-CAPRIPOX-2024-00191 GR-CAPRIPOX-2024-00192 GR-CAPRIPOX-2024-00193 GR-CAPRIPOX-2024-00194 GR-CAPRIPOX-2024-00224 GR-CAPRIPOX-2024-00225 GR-CAPRIPOX-2024-00226 GR-CAPRIPOX-2024-00227 GR-CAPRIPOX-2024-00228 GR-CAPRIPOX-2024-00229 GR-CAPRIPOX-2024-00235 GR-CAPRIPOX-2024-00238 GR-CAPRIPOX-2024-00239 GR-CAPRIPOX-2024-00240 GR-CAPRIPOX-2024-00243 GR-CAPRIPOX-2024-00244 GR-CAPRIPOX-2024-00245 GR-CAPRIPOX-2024-00246 GR-CAPRIPOX-2024-00247 GR-CAPRIPOX-2024-00248 GR-CAPRIPOX-2024-00249 GR-CAPRIPOX-2024-00261 GR-CAPRIPOX-2024-00262 GR-CAPRIPOX-2024-00263 GR-CAPRIPOX-2024-00273 GR-CAPRIPOX-2024-00278 GR-CAPRIPOX-2024-00279 GR-CAPRIPOX-2024-00280 GR-CAPRIPOX-2024-00284 GR-CAPRIPOX-2024-00288 GR-CAPRIPOX-2024-00289	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional units of Xanthi, Rhodopi and Kavala, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.95115 Long. 24.938942 (2024/104), Lat. 40.928275 Long. 24.804367 (2024/118), Lat. 40.933811, Long. 24.792864 (2024/124), Lat. 40.92619722, Long. 24.77851667 (2024/141), Lat. 40.971283 Long. 24.777492 (2024/147), Lat. 40.912636 Long. 24.812408 (2024/150), Lat. 41.079269 Long. 5.072219 (2024/165), Lat. 40.995286 Long. 24.777133 (2024/166), Lat. 40.981508 Long. 24.756153 (2024/179), Lat. 40.950117 Long. 24.843214 (2024/180), Lat. 40.984675 Long. 24.776544 (2024/181), Lat. 40.928681 Long. 24.780756 (2024/191), Lat. 40.955158 Long. 24.759117 (2024/192), Lat. 41.002875 Long. 24.842025 (2024/193), Lat. 40.917356 Long. 24.838778 (2024/194), Lat. 40.9508 Long. 24.772156 (2024/224), Lat. 41.049744 Long. 24.968864 (2024/225), Lat. 41.023094 Long. 24.764353 (2024/226), Lat. 40.981567 Long. 24.804372 (2024/227), Lat. 40.914297 Long. 24.789458 (2024/228), Lat. 40.917356 Long. 24.812108 (2024/229), Lat. 41.020853 Long. 24.846672 (2024/235), Lat. 40.952597 Long. 24.826993 (2024/238), Lat. 40.981156 Long. 24.804275 (2024/239), Lat. 41.027364 Long. 24.756461 (2024/240), Lat. 40.916758 Long. 24.812697 (2024/243), Lat. 40.916533 Long. 24.83895 (2024/244), Lat. 41.024653 Long. 24.758772 (2024/245), Lat. 40.956211 Long. 24.787258 (2024/246), Lat. 40.961231 Long. 24.781917 (2024/247), Lat. 40.904039 Long. 24.821725 (2024/248), Lat. 40.950447 Long. 24.821781 (2024/249), Lat. 40.901539 Long. 24.831261 (2024/261), Lat. 41.000356 Long. 24.774689 (2024/262), Lat. 41.010669 Long. 24.980608 (2024/263), Lat. 40.919683 Long. 24.852803 (2024/273), Lat. 40.931682 Long. 24.844139 (2024/278), Lat. 40.98176 Long. 24.755734 (2024/279), Lat. 40.914672 Long.	3.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	24.872752 (2024/280), Lat. 40.940356 Long. 24.841914 (2024/284), Lat. 40.940356 Long. 24.841914 (2024/288), Lat. 40.91655 Long. 24.865325 (2024/289)	
	<p><u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Xanthi, Rhodopi and Kavala, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.95115 Long. 24.938942 (2024/104), Lat. 40.928275 Long. 24.804367 (2024/118), Lat. 40.933811, Long. 24.792864 (2024/124), Lat. 40.92619722, Long. 24.77851667 (2024/141), Lat. 40.971283 Long. 24.777492 (2024/147), Lat. 40.912636 Long. 24.812408 (2024/150), Lat. 41.079269 Long. 5.072219 (2024/165), Lat. 40.995286 Long. 24.777133 (2024/166), Lat. 40.981508 Long. 24.756153 (2024/179), Lat. 40.950117 Long. 24.843214 (2024/180), Lat. 40.984675 Long. 24.776544 (2024/181), Lat. 40.928681 Long. 24.780756 (2024/191), Lat. 40.955158 Long. 24.759117 (2024/192), Lat. 41.002875 Long. 24.842025 (2024/193), Lat. 40.917356 Long. 24.838778 (2024/194), Lat. 40.9508 Long. 24.772156 (2024/224), Lat. 41.049744 Long. 24.968864 (2024/225), Lat. 41.023094 Long. 24.764353 (2024/226), Lat. 40.981567 Long. 24.804372 (2024/227), Lat. 40.914297 Long. 24.789458 (2024/228), Lat. 40.917356 Long. 24.812108 (2024/229), Lat. 41.020853 Long. 24.846672 (2024/235), Lat. 40.952597 Long. 24.826993 (2024/238), Lat. 40.981156 Long. 24.804275 (2024/239), Lat. 41.027364 Long. 24.756461 (2024/240), Lat. 40.916758 Long. 24.812697 (2024/243), Lat. 40.916533 Long. 24.83895 (2024/244), Lat. 41.024653 Long. 24.758772 (2024/245), Lat. 40.956211 Long. 24.787258 (2024/246), Lat. 40.961231 Long. 24.781917 (2024/247), Lat. 40.904039 Long. 24.821725 (2024/248), Lat. 40.950447 Long. 24.821781 (2024/249), Lat. 40.901539 Long. 24.831261 (2024/261), Lat. 41.000356 Long. 24.774689 (2024/262), Lat. 41.010669 Long. 24.980608 (2024/263), Lat. 40.919683 Long. 24.852803 (2024/273),</p>	12.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>Lat. 40.931682 Long. 24.844139 (2024/278), Lat. 40.98176 Long. 24.755734 (2024/279), Lat. 40.914672 Long. 24.872752 (2024/280), Lat. 40.940356 Long. 24.841914 (2024/284), Lat. 40.940356 Long. 24.841914 (2024/288), Lat. 40.91655 Long. 24.865325 (2024/289), excluding the areas contained in any protection zone</p>	
	<p><u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Xanthi, Rhodopi and Kavala, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.95115 Long. 24.938942 (2024/104), Lat. 40.928275 Long. 24.804367 (2024/118), Lat. 40.933811, Long. 24.792864 (2024/124), Lat. 40.92619722, Long. 24.77851667 (2024/141), Lat. 40.971283 Long. 24.777492 (2024/147), Lat. 40.912636 Long. 24.812408 (2024/150), Lat. 41.079269 Long. 5.072219 (2024/165), Lat. 40.995286 Long. 24.777133 (2024/166), Lat. 40.981508 Long. 24.756153 (2024/179), Lat. 40.950117 Long. 24.843214 (2024/180), Lat. 40.984675 Long. 24.776544 (2024/181), Lat. 40.928681 Long. 24.780756 (2024/191), Lat. 40.955158 Long. 24.759117 (2024/192), Lat. 41.002875 Long. 24.842025 (2024/193), Lat. 40.917356 Long. 24.838778 (2024/194), Lat. 40.9508 Long. 24.772156 (2024/224), Lat. 41.049744 Long. 24.968864 (2024/225), Lat. 41.023094 Long. 24.764353 (2024/226), Lat. 40.981567 Long. 24.804372 (2024/227), Lat. 40.914297 Long. 24.789458 (2024/228), Lat. 40.917356 Long. 24.812108 (2024/229), Lat. 41.020853 Long. 24.846672 (2024/235), Lat. 40.952597 Long. 24.826993 (2024/238), Lat. 40.981156 Long. 24.804275 (2024/239), Lat. 41.027364 Long. 24.756461 (2024/240), Lat. 40.916758 Long. 24.812697 (2024/243), Lat. 40.916533 Long. 24.83895 (2024/244), Lat. 41.024653 Long. 24.758772 (2024/245), Lat. 40.956211 Long. 24.787258 (2024/246), Lat. 40.961231 Long. 24.781917 (2024/247), Lat. 40.904039 Long. 24.821725 (2024/248), Lat. 40.950447 Long. 24.821781 (2024/249), Lat. 40.901539 Long. 24.831261 (2024/261), Lat. 41.000356 Long. 24.774689 (2024/262), Lat. 41.010669 Long. 24.980608 (2024/263), Lat. 40.919683 Long. 24.852803 (2024/273),</p>	4.1.2025 - 12.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	Lat. 40.931682 Long. 24.844139 (2024/278), Lat. 40.98176 Long. 24.755734 (2024/279), Lat. 40.914672 Long. 24.872752 (2024/280), Lat. 40.940356 Long. 24.841914 (2024/284), Lat. 40.940356 Long. 24.841914 (2024/288), Lat. 40.91655 Long. 24.865325 (2024/289)	
	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional units of Larisa and Pieria contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.91076 Long. 22.615067 (2024/137), Lat. 39.86369 Long. 22.524261 (2024/152), Lat. 39.770953 Long. 22.380676 (2024/164), Lat. 39.77002065 Long. 22.3715583 (2024/232), Lat. 39.78136628 Long. 22.37262742 (2024/257), Lat. 39.7697083 Long. 22.38109304 (2024/258), Lat. 39.78777164 Long. 22.34616771 (2024/265), Lat. 39.793134 Long. 22.365619 (2024/281), Lat. 39.7711 Long. 22.3813 (2024/297)	5.1.2025
Regionalbezirk Larisa GR-CAPRIPOX-2024-00137 GR-CAPRIPOX-2024-00152 GR-CAPRIPOX-2024-00164 GR-CAPRIPOX-2024-00232 GR-CAPRIPOX-2024-00257 GR-CAPRIPOX-2024-00258 GR-CAPRIPOX-2024-00265 GR-CAPRIPOX-2024-00281 GR-CAPRIPOX-2024-00297	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Larisa and Pieria, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.91076 Long. 22.615067 (2024/137), Lat. 39.86369 Long. 22.524261 (2024/152), Lat. 39.770953 Long. 22.380676 (2024/164), 39.77002065 Long. 22.3715583 (2024/232), Lat. 39.78136628 Long. 22.37262742 (2024/257), Lat. 39.7697083 Long. 22.38109304 (2024/258), Lat. 39.78777164 Long. 22.34616771 (2024/265), Lat. 39.793134 Long. 22.365619 (2024/281), Lat. 39.7711 Long. 22.3813 (2024/297), excluding the areas contained in any protection zone	14.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Larisa and Pieria, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.91076 Long. 22.615067 (2024/137), Lat. 39.86369 Long. 22.524261 (2024/152), Lat. 39.770953 Long. 22.380676 (2024/164), 39.77002065 Long. 22.3715583 (2024/232), Lat. 39.78136628 Long. 22.37262742 (2024/257), Lat. 39.7697083 Long. 22.38109304 (2024/258), Lat. 39.78777164 Long. 22.34616771 (2024/265), Lat. 39.793134 Long. 22.365619 (2024/281), Lat. 39.7711 Long. 22.3813 (2024/297)	6.1.2025 - 14.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional units of Magnesia, Larisa and Phthiotis, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.473745 Long. 22.881961 (2024/109) Lat. 39.56708368 Long. 22.91260474 (2024/136), Lat. 39.3132 Long. 22.9119 (2024/151), Lat. 39.266958 Long. 23.169781 (2024/162), Lat. 39.034028 Long. 22.950472 (2024/183), Lat. 39.48796111 Long. 22.90556873 (2024/274), Lat. 39.18972 Long. 22.708292 (2024/286), Lat. 39.242333 Long. 22.795083 (2024/287), Lat. 39.191975 Long. 22.723228 (2024/298)	5.1.2025
Regionalbezirk Magnesia GR-CAPRIPOX-2024-00109 GR-CAPRIPOX-2024-00136 GR-CAPRIPOX-2024-00151 GR-CAPRIPOX-2024-00162 GR-CAPRIPOX-2024-00183 GR-CAPRIPOX-2024-00274 GR-CAPRIPOX-2024-00286 GR-CAPRIPOX-2024-00287 GR-CAPRIPOX-2024-00298	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Magnesia, Larisa and Phthiotis, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.473745 Long. 22.881961 (2024/109) Lat. 39.56708368 Long. 22.91260474 (2024/136), Lat. 39.3132 Long. 22.9119 (2024/151), Lat. 39.266958 Long. 23.169781 (2024/162), Lat. 39.034028 Long. 22.950472 (2024/183), Lat. 39.48796111 Long. 22.90556873 (2024/274), Lat. 39.18972 Long. 22.708292 (2024/286), Lat. 39.242333 Long. 22.795083 (2024/287), Lat. 39.191975 Long. 22.723228 (2024/298), excluding the areas contained in any protection zone	14.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Magnesia, Larisa and Phthiotis, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.473745 Long. 22.881961 (2024/109) Lat. 39.56708368 Long. 22.91260474 (2024/136), Lat. 39.3132 Long. 22.9119 (2024/151), Lat. 39.266958 Long. 23.169781 (2024/162), Lat. 39.034028 Long. 22.950472 (2024/183), Lat. 39.48796111 Long. 22.90556873 (2024/274), Lat. 39.18972 Long. 22.708292 (2024/286), Lat. 39.242333 Long. 22.795083 (2024/287), Lat. 39.191975 Long. 22.723228 (2024/298)	6.1.2025 - 14.1.2025

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
Regionalbezirk Euboea GR-CAPRIPOX-2024-00142 GR-CAPRIPOX-2024-00217 GR-CAPRIPOX-2024-00275 GR-CAPRIPOX-2024-00283	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional unit of Euboea, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.03673056 Long. 24.37952222 (2024/142), Lat. 38.60391132 Long. 24.08598315 (2024/217), Lat. 38.958316 Long. 23.093043 (2024/275), Lat. 38.81519714 Long. 23.23869486 (2024/283)	3.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Euboea, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.03673056 Long. 24.37952222 (2024/142), Lat. 38.60391132 Long. 24.08598315 (2024/217), Lat. 38.958316 Long. 23.093043 (2024/275), Lat. 38.81519714 Long. 23.23869486 (2024/283), excluding the areas contained in any protection zone	12.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Euboea, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.03673056 Long. 24.37952222 (2024/142), Lat. 38.60391132 Long. 24.08598315 (2024/217), Lat. 38.958316 Long. 23.093043 (2024/275), Lat. 38.81519714 Long. 23.23869486 (2024/283)	4.1.2025 - 12.1.2025
Regionalbezirk Phocis GR-CAPRIPOX-2024-00135 GR-CAPRIPOX-2024-00236	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional units of Fokida and Aetolia- Acarnania, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.408917 Long. 21.929083 (2024/135), Lat. 38.403889 Long. 21.891667 (2024/236)	17.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Phocis and Aetolia-Acarnania, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 Lat. 38.408917 Long. 21.929083 (2024/135), Lat. 38.403889 Long. 21.891667 (2024/236) excluding the areas contained in any protection zone	26.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Phocis, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.408917 Long. 21.929083 (2024/135), Lat. 38.403889 Long. 21.891667 (2024/236)	18.12.2024 - 26.12.2024

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
Regionalbezirk Aetolia-Acarmania GR-CAPRIPOX-2024-00209 GR-CAPRIPOX-2024-00266	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional unit of Aetolia-Acarmania, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.417422 Long. 21.209425 (2024/209), Lat. 38.4169785 Long. 21.196812 (2024/266)	20.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Aetolia-Acarmania, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.417422 Long. 21.209425 (2024/209), Lat. 38.4169785 Long. 21.196812 (2024/266), excluding the areas contained in any protection zone	29.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Aetolia-Acarmania, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 38.417422 Long. 21.209425 (2024/209), Lat. 38.4169785 Long. 21.196812 (2024/266)	21.12.2024 - 29.12.2024
Regionalbezirk Lemnos GR-CAPRIPOX-2024-00233 GR-CAPRIPOX-2024-00250	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional unit of Lemnos contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.9204 Long. 25.2788 (2024/233), Lat. 39.871 Long. 25.165 (2024/250)	19.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Lemnos contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.9204 Long. 25.2788 (2024/233), Lat. 39.871 Long. 25.165 (2024/250), excluding the areas contained in any protection zone	28.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Lemnos contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 39.9204 Long. 25.2788 (2024/233), Lat. 39.871 Long. 25.165 (2024/250)	20.12.2024 - 28.12.2024

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
Regionalbezirk Pieria GR-CAPRIPOX-2024-00277	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional unit of Pieria contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.180968 Long. 22.533434 (2024/277)	25.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Pieria contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.180968 Long. 22.533434 (2024/277), excluding the areas contained in any protection zone	3.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Pieria contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.180968 Long. 22.533434 (2024/277)	26.12.2024 - 3.1.2025
Regionalbezirk Corinthia GR-CAPRIPOX-2024-00290	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional unit of Corinthia and Argolida contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 37.87764826 Long. 22.46550766 (2024/290)	3.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Corinthia and Argolida contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 37.87764826 Long. 22.46550766 (2024/290), excluding the areas contained in any protection zone	12.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional units of Corinthia and Argolida contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 37.87764826 Long. 22.46550766 (2024/290)	4.1.2025 - 12.1.2025
Regionalbezirk Andros GR-CAPRIPOX-2024-00270	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the regional unit of Andros contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 37.9534099 Long. 24.7634465 (2024/270)	20.12.2024

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer der Ausbrüche	Gemäß Artikel 2 in Griechenland als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
Regionalbezirk Kavala – Gemeinde Thasos GR-CAPRIPOX-2024-00296	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Andros contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 37.9534099 Long. 24.7634465 (2024/270), excluding the areas contained in any protection zone	29.12.2024
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the regional unit of Andros contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 37.9534099 Long. 24.7634465 (2024/270)	21.12.2024 - 29.12.2024
	<u>Schutzzone:</u> Those parts of the municipality of Thasos contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.76439988 Long. 24.61745358 (2024/296)	5.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the municipality of Thasos contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.76439988 Long. 24.61745358 (2024/296), excluding the areas contained in any protection zone	14.1.2025
	<u>Überwachungszone:</u> Those parts of the municipality of Thasos contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 40.76439988 Long. 24.61745358 (2024/296)	6.1.2025 - 14.1.2025

B. Weitere Sperrzonen

Weitere Sperrzone	Regionale Gebietseinheit	Gebiete in den gemäß Artikel 2 in Griechenland eingerichteten weiteren Sperrzonen	Gültig bis
Weitere Sperrzone Nr. 1	Regionalbezirk Evros	The regional unit of Evros excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	12.1.2025
		The regional unit of Evros	13.1.2025 - 11.2.2025
Weitere Sperrzone Nr. 2	Regionalbezirk Rhodopi	The regional unit of Rhodopi excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	14.1.2025
		The regional unit of Rhodopi	15.1.2025 - 13.2.2025

Weitere Sperrzone	Regionale Gebietseinheit	Gebiete in den gemäß Artikel 2 in Griechenland eingerichteten weiteren Sperrzonen	Gültig bis
Weitere Sperrzone Nr. 3	Regionalbezirk Kavala	The regional unit of Kavala , including the municipality of Thasos, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	14.1.2025
		The regional unit of Kavala including the municipality of Thasos	15.1.2025 - 13.2.2025
	Regionalbezirk Drama	The municipality of Doxato, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	14.1.2025
		The municipality of Doxato	15.1.2025 - 13.2.2025
	Regionalbezirk Xanthi	The regional unit of Xanthi excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	14.1.2025
		The regional unit of Xanthi	15.1.2025 - 13.2.2025
Weitere Sperrzone Nr. 4	Regionalbezirk Serres	The municipalities of Amphipolis, Visaltia, and Emmanouil Pappas, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	27.12.2024
		The municipalities of Amphipolis, Visaltia, and Emmanouil Pappas	28.12.2024 - 26.1.2025
	Regionalbezirk Thessaloniki	The municipalities of Volvi and Lagkadas	26.1.2025
	Regionalbezirk Chalkidiki	The municipalities of Aristotelis, Sithonia and Polygyros	26.1.2025
Weitere Sperrzone Nr. 5	Regionalbezirk Larisa	The regional unit of Larisa, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	14.1.2025
		The regional unit of Larisa	15.1.2025 - 13.2.2025
Weitere Sperrzone Nr. 6	Regionalbezirk Pieria	The regional unit of Pieria, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	3.1.2025
		The regional unit Pieria	4.1.2025 - 2.2.2025
Weitere Sperrzone Nr. 7	Regionalbezirk Karditsa	The regional unit of Karditsa	31.12.2024
	Regionalbezirk Trikala	The regional unit of Trikala, excluding the municipality of Meteora	31.12.2024

Weitere Sperrzone	Regionale Gebietseinheit	Gebiete in den gemäß Artikel 2 in Griechenland eingerichteten weiteren Sperrzonen	Gültig bis
Weitere Sperrzone Nr. 8	Regionalbezirk Magnesia	The regional unit of Magnesia, excluding the Sporades islands and the areas included in any protection or surveillance zone.	14.1.2025
		The regional unit of Magnesia, excluding the Sporades islands	15.1.2025 - 13.2.2025
	Regionalbezirk Phthiotis	The municipality of Stylida, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	14.1.2025
		The municipality of Stylida	15.1.2025 - 13.2.2025
Weitere Sperrzone Nr. 9	Regionalbezirk Phocis	The municipality of Dorida, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	29.12.2024
		The municipality of Dorida	30.12.2024 - 28.1.2025
	Regionalbezirk Aetolia-Acarmania	The regional unit of Aetolia-Acarmania, excluding the municipalities of Aktio – Vonitsa and Amphilochia and the areas included in any protection or surveillance zone.	29.12.2024
		The regional unit of Aetolia-Acarmania, excluding the municipalities of Aktio – Vonitsa and Amphilochia	30.12.2024 - 28.1.2025
Weitere Sperrzone Nr. 10	Regionalbezirk Corinthia	The municipalities of Nemea, Sikyona, Velo-Vocha and Xylokastro-Evrostina, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	12.1.2025
		The municipalities of Nemea, Sikyona, Velo-Vocha and Xylokastro-Evrostina.	13.1.2025 - 11.2.2025
	Regionalbezirk Argolida	The municipal units of Alea, Koutsopodi, and Lyrkeia, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	12.1.2025
		The municipal units of Alea, Koutsopodi, and Lyrkeia.	13.1.2025 - 11.2.2025
	Regionalbezirk Arcadia	The municipal unit of Levidi	11.2.2025
	Weitere Sperrzone Nr. 11	Regionalbezirk Euboea	The regional unit of Euboea, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.
The regional unit of Euboea.			13.1.2025 - 11.2.2025

Weitere Sperrzone	Regionale Gebietseinheit	Gebiete in den gemäß Artikel 2 in Griechenland eingerichteten weiteren Sperrzonen	Gültig bis
Weitere Sperrzone Nr. 12	Regionalbezirk Lemnos	The regional unit of Lemnos, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	28.12.2024
		The regional unit of Lemnos	29.12.2024 - 27.1.2025
Weitere Sperrzone Nr. 13	Regionalbezirk Lesvos	The regional unit of Lesvos	13.1.2025
Weitere Sperrzone Nr. 14	Regionalbezirk Andros	The regional unit of Andros, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	29.12.2024
		The regional unit of Andros	30.12.2024 - 28.1.2025



2024/3234

23.12.2024

VERORDNUNG (EU) 2024/3234 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 19. Dezember 2024

zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/1115 hinsichtlich der Bestimmungen zum Geltungsbeginn

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 192 Absatz 1,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach den Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾ wurde mit dem Ziel erlassen, Entwaldung und Waldschädigung zu verringern. Sie enthält Vorschriften für das Inverkehrbringen und die Bereitstellung auf dem Unionsmarkt sowie für die Ausfuhr aus der Union von relevanten Erzeugnissen gemäß ihrem Anhang I, die relevante Rohstoffe, nämlich Rinder, Kakao, Kaffee, Ölpalme, Kautschuk, Soja und Holz enthalten, mit diesen gefüttert wurden oder unter deren Verwendung hergestellt wurden. Insbesondere soll mit der Verordnung sichergestellt werden, dass diese Rohstoffe und relevanten Erzeugnisse nur dann auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht oder bereitgestellt oder ausgeführt werden, wenn sie entwaldungsfrei sind, im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften des Erzeugerlandes erzeugt wurden und von einer Sorgfalterklärung abgedeckt sind. Die meisten Bestimmungen der genannten Verordnung gelten ab dem 30. Dezember 2024.
- (2) Um sicherzustellen, dass die Ziele der Verordnung (EU) 2023/1115 erreicht werden, müssen Marktteilnehmer und Händler, die relevante Erzeugnisse auf dem Markt bereitstellen oder ausführen, gemäß Artikel 8 der genannten Verordnung die Sorgfaltspflicht erfüllen, um nachzuweisen, dass die relevanten Erzeugnisse die Anforderungen der genannten Verordnung erfüllen. Die Marktteilnehmer sind für eine gründliche Prüfung und Analyse ihrer eigenen Geschäftstätigkeit verantwortlich; das erfordert in erster Linie die Sammlung von Daten, die für die Verordnung (EU) 2023/1115 relevant sind, und eine angemessene Dokumentation zum Nachweis dieser Daten von jedem einzelnen Lieferanten.
- (3) Die Kommission hat erhebliche Schritte unternommen, um die Anwendung der Verordnung (EU) 2023/1115 in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern zu erleichtern. Insbesondere enthält der Leitfaden zur Verordnung (EU) 2023/1115 über entwaldungsfreie Erzeugnisse Leitlinien für Marktteilnehmer, Händler und zuständige Behörden zu den wichtigsten Verpflichtungen gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 und präzisiert unter anderem die Auslegung des Begriffs „landwirtschaftliche Nutzung“, insbesondere in Bezug auf die Umwandlung von Wäldern in Flächen, deren Zweck nicht landwirtschaftliche Nutzung ist, wie vom Europäischen Parlament und dem Rat gefordert.
- (4) Darüber hinaus liefert die Mitteilung der Kommission vom 7. November 2024 über den strategischen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Verordnung (EU) 2023/1115 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union, eine umfassende Struktur für die Zusammenarbeit mit Drittländern, um die Umsetzung der Verordnung (EU) 2023/1115 zu erleichtern. In der Mitteilung sind außerdem die allgemeinen Grundsätze dargelegt, die die Kommission bei der Einstufung von Ländern oder Landesteilen mit geringem Risiko und hohem Risiko gemäß Artikel 29 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1115 anzuwenden beabsichtigt.

⁽¹⁾ Stellungnahme vom 23. Oktober 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 18. Dezember 2024.

⁽³⁾ Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 206).

- (5) Die Durchführungsverordnung (EU) 2024/3084 der Kommission ⁽⁴⁾ sieht ein Informationssystem und den Zugang zu diesem System für Marktteilnehmer und Händler sowie gegebenenfalls deren Bevollmächtigte, zuständige Behörden und Zollbehörden vor, damit sie ihren jeweiligen in der Verordnung (EU) 2023/1115 festgelegten Verpflichtungen nachkommen können. Marktteilnehmer und Händler wären somit in der Lage, bereits vor Geltungsbeginn der Verordnung (EU) 2023/1115 Sorgfaltserklärungen zu registrieren und abzugeben.
- (6) Der Geltungsbeginn der Bestimmungen der Verordnung (EU) 2023/1115, die Verpflichtungen für Marktteilnehmer, Händler und zuständige Behörden enthalten und in Artikel 38 Absatz 2 der genannten Verordnung aufgeführt sind, sollte um zwölf Monate verschoben werden. Dies ist notwendig, um es Drittländern, Mitgliedstaaten, Marktteilnehmern und Händlern zu ermöglichen, umfassend vorbereitet zu sein, unter anderem, um diesen Marktteilnehmern und Händlern zu ermöglichen, die erforderlichen Sorgfaltspflichtregelungen für alle relevanten Rohstoffe und Erzeugnisse einzurichten, damit sie ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen können.
- (7) Angesichts der Verschiebung des in Artikel 38 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1115 festgelegten Geltungsbeginns um zwölf Monate sollten die Fristen in damit verbundenen Bestimmungen dieser Verordnung, das heißt die für die Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁵⁾ vorgesehenen Fristen sowie die für den späteren Geltungsbeginn der in diesem Absatz genannten Bestimmungen für Kleinunternehmen oder kleine Unternehmen vorgesehenen Fristen, entsprechend angepasst werden.
- (8) Um den Marktteilnehmern und Händlern jedoch rechtzeitig vor dem Tag, ab dem ihre Sorgfaltspflichten gelten, Informationen über die Risikoeinstufung der betreffenden Erzeugerländer zur Verfügung zu stellen, sollte das Datum, bis zu dem die Kommission Länder oder Landesteile einstufen muss, die ein geringes oder hohes Risiko aufweisen, lediglich um sechs Monate verschoben werden.
- (9) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich das Verschieben des Geltungsbeginns der Bestimmungen der Verordnung (EU) 2023/1115, die Verpflichtungen für Marktteilnehmer, Händler und zuständige Behörden enthalten, von den Mitgliedstaaten nicht verwirklicht werden kann, sondern ausschließlich auf Unionsebene zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (10) Die Verordnung (EU) 2023/1115 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (11) Diese Verordnung sollte aus Gründen der Dringlichkeit am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten, um sicherzustellen, dass diese Verordnung vor dem ursprünglichen Geltungsbeginn der Verordnung (EU) 2023/1115 in Kraft tritt —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Verordnung (EU) 2023/1115

Die Verordnung (EU) 2023/1115 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 29 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Am 29. Juni 2023 wird allen Ländern ein normales Risiko zugeordnet. Die Kommission stuft die Länder oder Landesteile ein, die gemäß Absatz 1 dieses Artikels ein geringes oder ein hohes Risiko aufweisen. Die Liste der Länder oder Landesteile, die ein geringes oder hohes Risiko aufweisen, wird im Wege von Durchführungsrechtsakten veröffentlicht, die spätestens am 30. Juni 2025 gemäß dem in Artikel 36 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen werden. Diese Liste wird überprüft und gegebenenfalls, sooft es nötig ist, im Lichte neuer Erkenntnisse aktualisiert.“

2. Artikel 37 erhält folgende Fassung:

„Artikel 37

Aufhebung

(1) Die Verordnung (EU) Nr. 995/2010 wird mit Wirkung vom 30. Dezember 2025 aufgehoben.

(2) Die Verordnung (EU) Nr. 995/2010 gilt jedoch bis zum 31. Dezember 2028 weiterhin für Holz und Holzzeugnisse im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 995/2010, die vor dem 29. Juni 2023 erzeugt und ab dem 30. Dezember 2025 in Verkehr gebracht wurden.

⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2024/3084 der Kommission vom 4. Dezember 2024 über die Funktionsweise des Informationssystems gemäß der Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union (ABl. L, 2024/3084, 6.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/3084/oj).

⁽⁵⁾ Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 23).

(3) Abweichend von Artikel 1 Absatz 2 der vorliegenden Verordnung müssen Holz und Holzzeugnisse im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 995/2010, die vor dem 29. Juni 2023 erzeugt und ab dem 31. Dezember 2028 in Verkehr gebracht wurden, Artikel 3 der vorliegenden Verordnung entsprechen.“

3. Artikel 38 Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(2) Vorbehaltlich Absatz 3 des vorliegenden Artikels beginnt die Geltung der Artikel 3 bis 13, der Artikel 16 bis 24 und der Artikel 26, 31 und 32 ab dem 30. Dezember 2025.

(3) Für Marktteilnehmer, die am 31. Dezember 2020 gemäß Artikel 3 Absatz 1 oder 2 der Richtlinie 2013/34/EU als Kleinstunternehmen bzw. als kleines Unternehmen niedergelassen waren, gelten die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Artikel ab dem 30. Juni 2026, jedoch nicht bezüglich Erzeugnissen, die unter den Anhang der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 fallen.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 19. Dezember 2024.

Im Namen des Europäischen Parlaments

Die Präsidentin

R. METSOLA

Im Namen des Rates

Der Präsident

BÓKA J.



2024/3235

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/3235 DER KOMMISSION

vom 19. Dezember 2024

**zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 betreffend
Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in
bestimmten Mitgliedstaaten**

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 9304)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 259 Absatz 1 Buchstabe c,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Bei der hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) handelt es sich um eine infektiöse Viruserkrankung von Vögeln, die schwerwiegende Auswirkungen auf die Rentabilität von Geflügelhaltungsbetrieben haben und zu Störungen des Handels innerhalb der Union sowie der Ausfuhren in Drittländer führen kann. HPAI-Viren können Zugvögel infizieren, die diese Viren anschließend während ihres Herbst- und Frühjahrszugs über große Entfernungen verbreiten können. Daher birgt das Auftreten von HPAI-Viren bei Wildvögeln die permanente Gefahr, dass diese Viren direkt oder indirekt in Betriebe eingeschleppt werden, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden. Bei einem Ausbruch der HPAI besteht die Gefahr, dass sich der Erreger auf andere Betriebe ausbreitet, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden.
- (2) Mit der Verordnung (EU) 2016/429 wurde der Rechtsrahmen für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen geschaffen, die auf Tiere oder Menschen übertragbar sind. Die HPAI fällt in der genannten Verordnung unter die Begriffsbestimmung einer gelisteten Seuche und unterliegt den darin festgelegten Seuchenpräventions- und -bekämpfungsvorschriften. Darüber hinaus ergänzt die Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission ⁽²⁾ die Verordnung (EU) 2016/429 hinsichtlich der Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen, einschließlich der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die HPAI.
- (3) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 der Kommission ⁽³⁾ wurde im Rahmen der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen und enthält Sofortmaßnahmen auf Unionsebene im Zusammenhang mit Ausbrüchen der HPAI.
- (4) Insbesondere müssen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 die von den betreffenden Mitgliedstaaten nach Ausbrüchen der HPAI gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen sowie weiteren Sperrzonen mindestens die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses als Schutz- bzw. Überwachungszonen sowie weitere Sperrzonen definierten Gebiete umfassen.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj).

⁽³⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 der Kommission vom 24. Oktober 2023 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L, 2023/2447, 30.10.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2023/2447/oj).

- (5) Nach Ausbrüchen der HPAI bei Geflügel in Deutschland, Kroatien, Italien, Ungarn, den Niederlanden und Polen wurde der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 kürzlich durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3142 der Kommission⁽⁴⁾ geändert, da sich diese Ausbrüche in dem genannten Anhang widerspiegeln müssen.
- (6) Seit dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/3142 haben Tschechien, Deutschland, Italien, Ungarn und Polen der Kommission neue Ausbrüche der HPAI in Betrieben, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden, gemeldet, und zwar im Bezirk Karlovy Vary (Karlsbad) in Tschechien, in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen in Deutschland, in den Regionen Veneto und Lombardei in Italien, im Komitat Békés in Ungarn sowie in der Woiwodschaft Kujawsko-Pomorskie in Polen.
- (7) Tschechien, Deutschland, Italien, Ungarn und Polen haben die gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 erforderlichen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen ergriffen, einschließlich der Einrichtung von Schutz- und Überwachungszonen um die Ausbrüche herum.
- (8) Außerdem befindet sich der Herd des von Ungarn bestätigten Ausbruchs in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Rumänien. Da sich die Überwachungszone bis in das Hoheitsgebiet Rumäniens erstreckt, haben die zuständigen Behörden der beiden genannten Mitgliedstaaten gemäß den Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 bei der Einrichtung der erforderlichen Überwachungszone ordnungsgemäß zusammengearbeitet.
- (9) Die Kommission hat die von Tschechien, Deutschland, Italien, Ungarn, Rumänien und Polen ergriffenen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen geprüft und sich davon überzeugt, dass die Grenzen der von den genannten Mitgliedstaaten eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen ausreichend weit von den Betrieben entfernt sind, in denen die HPAI-Ausbrüche bestätigt wurden.
- (10) Um unnötige Störungen des Handels innerhalb der Union zu verhindern und von Drittländern auferlegte ungerechtfertigte Hemmnisse für den Handel zu vermeiden, ist es notwendig, die von Tschechien, Deutschland, Italien, Ungarn, Rumänien und Polen gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 ordnungsgemäß eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen in Zusammenarbeit mit den genannten Mitgliedstaaten rasch auf Unionsebene auszuweisen.
- (11) Daher sollten die im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 für Tschechien, Deutschland, Italien, Ungarn und Polen als Schutz- und Überwachungszonen aufgeführten Gebiete sowie die für Rumänien als Überwachungszonen aufgeführten Gebiete geändert werden.
- (12) Dementsprechend sollte der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 dahingehend geändert werden, dass die Regionalisierung auf Unionsebene aktualisiert wird, indem die gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 von Tschechien, Deutschland, Italien, Ungarn und Polen ordnungsgemäß eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen und die von Rumänien ordnungsgemäß eingerichtete Überwachungszone sowie die Dauer der dort geltenden Maßnahmen aufgenommen werden.
- (13) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (14) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der HPAI ist es wichtig, dass die mit dem vorliegenden Beschluss am Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 vorzunehmenden Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.
- (15) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

⁽⁴⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3142 der Kommission vom 11. Dezember 2024 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L, 2024/3142, 18.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/3142/oj).

Artikel 2

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 19. Dezember 2024

Für die Kommission
Olivér VÁRHELYI
Mitglied der Kommission

ANHANG

Teil A

Schutzzonen gemäß Artikel 1 Buchstabe a und Artikel 2 in den betroffenen Mitgliedstaaten*:

Mitgliedstaat: Tschechien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Central Bohemian Region:		
CZ-HPAI(NON-P)-2024-00044	Dřísy (633119); Hlavenec (638960); Konětopy (669059); Kostelní Hlavno (670511); Lhota u Dřís (680931); Mečeříž (692395); Sudovo Hlavno (758892).	19.12.2024
Karlovy Vary Region:		
CZ-HPAI(NON-P)-2024-00053	Březová u Sokolova (614611); Kamenice u Březové (614629); Paseka u Březové (614661); Rudolec u Březové (670448); Tisová u Sokolova (614645); Citice (617792); Dolní Rychnov (752304); Královské Poříčí (672688); Novina u Sokolova (782955); Sokolov (752223); Vítkov u Sokolova (782963); Čistá u Svatavy (760005); Svatava (760021); Těšovice (752312).	9.1.2025

Mitgliedstaat: Deutschland

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
MECKLENBURG-VORPOMMERN		
DE-HPAI(P)-2024-00022	Landkreis Rostock — Amt Tessin Stadt Tessin mit den Ortsteilen Neu Gramsdorf und Wolfsberger Mühle Gemeinde Gnewitz mit den Ortsteilen Gnewitz und Barkvieren Gemeinde Zarnewanz mit den Ortsteilen Zarnewanz, Kleinhof und Stormstorf	21.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00025 DE-HPAI(P)-2024-00026	Landkreis Ludwigslust Parchim die Gemeinde Lewitzrand mit den Orten und Ortsteilen: Matzlow-Garwitz und Raduhn	31.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
NIEDERSACHSEN		
DE-HPAI(P)-2024-00021	<p>Landkreis Aurich 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.483276, 53.648204. Betroffen sind Teile der Gemeinde Dornum.</p> <p>Landkreis Wittmund 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.483276, 53.648204. Betroffen sind Teile der Gemeinden Holtgast, Schweindorf und Uтары.</p>	19.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00023	<p>Landkreis Friesland 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.847271, 53.691202. Betroffen sind Teile der Gemeinde Wangerland.</p> <p>Landkreis Wittmund 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.847271, 53.691202. Betroffen sind Teile der Stadt Wittmund.</p>	24.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00024	<p>Landkreis Cloppenburg 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.977565, 52.894580. Betroffen sind Teile der Gemeinden Garrel, Molbergen und der Stadt Cloppenburg.</p>	28.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00027	<p>Landkreis Cloppenburg 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.975699, 52.914194. Betroffen sind Teile der Gemeinden Garrel und Molbergen</p>	3.1.2025
DE-HPAI(P)-2024-00028	<p>Landkreis Stade 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 9.329826, 53.785319. Betroffen sind Teile der Gemeinden Drochtersen, Freiburg (Elbe), Oederquart und Wischhafen.</p>	6.1.2025

Mitgliedstaat: Kroatien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Županija: Zagrebačka:		
HR- HPAI(P)- 2024-00003	Grad Ivanić Grad	24.12.2024

Mitgliedstaat: Italien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Veneto region:		
IT-HPAI(P)-2024-00022	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.7737, E 12.432319	20.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00024	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.834841781, E 12.486674963	28.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00026	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.58261, E 12.37385	2.1.2025
Lombardia region:		
IT-HPAI(P)-2024-00021	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.380577, E 9.450603	21.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00025	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.285752, E 10.588372	1.1.2025
IT-HPAI(P)-2024-00027	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.268419, E 10.598481	3.1.2025
IT-HPAI(P)-2024-00028	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.280478, E 10.621043	7.1.2025
Emilia Romagna region:		
IT-HPAI(P)-2024-00023	The area of the parts of Emilia Romagna Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 44.8657344077981, E 10.145008	21.12.2024

Mitgliedstaat: Ungarn

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Békés vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00197	Békésszentandrás település közigazgatási területének a 46.926217 és a 20.461933 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	26.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00200	Gádoros, Nagyszénás és Orosháza települések közigazgatási területének a 46.660236 és a 20.603750 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	26.12.2024
HU-H-PAI(P)-2024-00202	Elek és Lókösháza települések közigazgatási területének a 46.452147 és a 21.253446 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	3.1.2025
Jász-Nagykun-Szolnok vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00197	Mesterszállás, Mezőtúr és Öcsöd települések közigazgatási területének a 46.926217 és a 20.461933 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	26.12.2024
Csongrád-Csanád vármegye		
HU-H-PAI(-P)-2024-00044-00046 HU-H-PAI(P)-2024-00048 HU-H-PAI(-P)-2024-00055-00056 HU-H-PAI(-P)-2024-00061-00064 HU-H-PAI(P)-2024-00067 HU-H-PAI(P)-2024-00076 HU-H-PAI(P)-2024-00078 HU-H-PAI(-P)-2024-00087-00089 HU-H-PAI(P)-2024-00091 HU-H-PAI(P)-2024-00101 HU-H-PAI(P)-2024-00111 HU-H-PAI(P)-2024-00114 HU-H-PAI(P)-2024-00122 HU-H-PAI(-P)-2024-00124-00126 HU-H-PAI(-P)-2024-00128-00129 HU-H-PAI(-P)-2024-00131-00133	Ásotthalom, Balástya, Csengele, Forráskút, Kistelek, Ópusztaszer, Öttömös, Pusztamérges, Pusztaszer, Ruzsa és Üllés települések teljes közigazgatási területe.	29.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00135 HU-H-PAI(P)-2024-00137 HU-H-PAI(P)-2024-00141 HU-H-PAI(-P)-2024-00151-00152 HU-H-PAI(-P)-2024-00151-00159 HU-H-PAI(P)-2024-00161 HU-H-PAI(-P)-2024-00169-00170 HU-H-PAI(-P)-2024-00173-00176 HU-H-PAI(P)-2024-00181 HU-H-PAI(P)-2024-00183 HU-H-PAI(P)-2024-00185 HU-H-PAI(-P)-2024-00188-00189 HU-H-PAI(-P)-2024-00194-00196		
HU-H-PAI(P)-2024-00190 HU-H-PAI(P)-2024-00199	Csongrád és Szentes közigazgatási területének a 46.648143 és a 20.284182, valamint a 46.648578 és a 20.237727 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	29.12.2024
HU-H-PAI(P)-2024-00200	Árpádhalom, Eperjes és Fábiánsebestyén települések közigazgatási területének a 46.660236 és a 20.603750GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	26.12.2024
Bács-Kiskun vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00026 HU-H-PAI(P)-2024-00042	Fülöpszállás, Izsák és Soltszentimre települések közigazgatási területének a 46.771020 és a 19.266569 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	19.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00030 HU-H-PAI(-P)-2024-00033-00041 HU-H-PAI(-P)-2024-00043-00050 HU-H-PAI(-P)-2024-00055-00064 HU-H-PAI(-P)-2024-00067-00072 HU-H-PAI(-P)-2024-00074-00085 HU-H-PAI(-P)-2024-00087-00096 HU-H-PAI(-P)-2024-00098-00103 HU-H-PAI(-P)-2024-00106-00122 HU-H-PAI(-P)-2024-00124-00132 HU-H-PAI(-P)-2024-00134-00144 HU-H-PAI(-P)-2024-00147-00154 HU-H-PAI(-P)-2024-00156-00164 HU-H-PAI(-P)-2024-00168-00185 HU-H-PAI(-P)-2024-00188-00189 HU-H-PAI(-P)-2024-00191-00196 HU-H-PAI(P)-2024-00198 HU-H-PAI(P)-2024-00201	Bácsalmás, Bácsszőlős, Balotaszállás, Bócsa, Bugac, Bugacpusztaháza, Csikéria, Csólyospálos, Gátér, Harkakötöny, Imrehegy, Jakabszállás, Jánoshalma, Jászsztlász, Kaskantyú, Kecel, Kelebia, Kiskőrös, Kiskunfélegyháza, Kiskunhalas, Kiskunmajsa, Kisszállás, Kömpöc, Kunbaja, Kunfehértó, Mélykút, Móricgát, Nyárlőrinc, Orgovány, Páhi, Pálmonostora, Petőfiszállás, Pirtó, Soltvadkert, Szank, Tataháza, Tázlár, Tompa és Zsana települések teljes közigazgatási területe. Borota és Kéleshalom települések közigazgatási területének a 46.308760 és a 19.291230 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe. Kunszállás és Városföld települések közigazgatási területének a 46.795153 és a 19.817421, valamint a 46.775865 és a 19.800372 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	29.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00123 HU-H-PAI(-P)-2024-00145-00146 HU-H-PAI(P)-2024-00155 HU-H-PAI(-P)-2024-00186-00187	Borota, Csávoly és Rém települések közigazgatási területének a 46.254915 és a 19.131604, a 46.257157 és a 19.128105, a 46.256205 és a 19.125921, valamint a 46.261845 és a 19.129315 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	19.12.2024

Mitgliedstaat: Niederlande

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<i>Province Friesland</i>		
NL-HPAI(P)-2024-00004	Those parts of the province Friesland contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long 5.88 / lat 53.33	30.12.2024

Mitgliedstaat: Polen

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2024-00038 PL-HPAI(P)-2024-00041 PL-HPAI(P)-2024-00045	W województwie lubelskim: W powiecie lubartowskim: 1) w gminie Uścimów miejscowości: Drozdówka, Głębokie, Jedłanka Nowa, Jedłanka Stara, Maśluchy, Uścimów Nowy, Uścimów Stary, Orzechów Kolonia; 2) w gminie Ostrów Lubelski miejscowości: Ostrów Lubelski i Kolechowice.	21.12.2024
PL-HPAI(P)-2024-00043	W województwie mazowieckim, w powiecie siedleckim: 1) w gminie Wiśniew, miejscowości: Radomyśl, Zabłocie; 2) w gminie Zbuczyn, miejscowości: Dziewule, Januszówka, Łęcznowola, Smolanka. W województwie lubelskim, w powiecie łukowskim: 1) w gminie Trzebieszów, miejscowości: Celiny, Gołowierzchy, Wólka Konopna; 2) w gminie Łuków, miejscowość: Krynka.	19.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2024-00044	<p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w powiecie iławskim: <ol style="list-style-type: none"> a) w gminie Lubawa, miejscowości: Mortęgi, Targowisko Górne, w granicach administracyjnych miejscowości Ludwichowo na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Samplawa i Pacółtowo, w granicach administracyjnych miejscowości Rakowice na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Biała Góra i Jakubkowo, w granicach administracyjnych miejscowości Samplawa na południe od drogi krajowej nr 15, w granicach administracyjnych miejscowości Targowisko Dolne na południe od drogi krajowej nr 15, w granicach administracyjnych miejscowości Tuszewo na zachód od drogi nr 541; b) w granicach administracyjnych miasta Lubawa na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Fijewo i Rodzone; 2) w powiecie nowomiejskim, w gminie Grodziczno: w granicach administracyjnych miejscowości Zajęczkowo na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Łążek i Kuligi. 	19.12.2024
PL-HPAI(NON-P)-2024-00060	<p>W województwie kujawsko-pomorskim, w powiecie włocławskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w gminie Kowal, sołectwa: Strzały, Bogusławice, Węsławice, Unisławice, Dobrzelewice, Dąbrówka, Dziardonice, Grabkowo, Kępka Szlachecka, Czerniewiczki, oraz część sołectwa Rakutowo, gdzie granica obszaru zapowietrzonego przebiega na południe od drogi wojewódzkiej 265 od miejscowości Kowal do miejscowości Węsławice Parcele; 2) w gminie Lubień Kujawski, sołectwa: Chojny, Szewo, Bilno; 3) w gminie Baruchowo, sołectwo: Boża Wola, Grodno, część sołectwa Baruchowo, gdzie granica obszaru zapowietrzonego przebiega na południe od drogi wojewódzkiej 265, część sołectwa Świątkowice gdzie granica obszaru zapowietrzonego przebiega na południe od drogi wojewódzkiej 265; 4) w gminie Chocień: miejscowość Księża Kępka. 	4.1.2025

Mitgliedstaat: Rumänien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
County: Timiș		
RO-HPAI(P)-2024-00003	CUTINA – Com. BETHAUSEN BETHAUSEN – Com. BETHAUSEN BODO – Com BALINȚ	17.12.2024

Teil B

Überwachungszonen gemäß Artikel 1 Buchstabe a und Artikel 3 in den betroffenen Mitgliedstaaten*:

Mitgliedstaat: Bulgarien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Yambol region		
BG-HPAI(P)-2024-00018	Tundzha municipality: — Bezmer — Hadzhidimitrovo — Botevo — Boyadzhik — Roza — Galabintsi Yambol municipality: — Yambol	17.12.2024
	Tundzha municipality: — Bolyarsko	9.12.2024- 17.12.2024
Sliven region		
BG-HPAI(P)-2024-00018	Sliven municipality: — Chokoba — Skobeleva — Bozadzhi	17.12.2024

Mitgliedstaat: Tschechien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Pilsen Region:		
CZ-HPAI(P)-2024-00009	Břežany (614891); Budětice (615307); Lipová Lhota (615315); Vlkonice (784028); Číhaň (623571); Plánička (623598); Čímice u Sušice (623911); Dobruška (759635); Hejtná (638161); Hnačov (721450); Horažďovická Lhota (770213); Třebomyslice u Horažďovic (770221); Zářečí u Horažďovic (641928); Čejkovy	21.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	(619027); Čermná (619728); Hrádek u Sušice (647276); Tedražice (647284); Zbynice (619035); Habartice u Obytců (708852); Kvaslice (797901); Boříkovy (608220); Brod (668397); Buršice (668401); Kolínek (668419); Lukoviště (689068); Mlázovy (697281); Ujčín (668443); Vlčkovice u Kolíně (668451); Kovčín (671541); Hliněný Újezd (639206); Malé Hydčice (639214); Malý Bor (691399); Týnec u Hliněného Újezdu (639222); Maňovice u Pačejova (717282); Bystré u Klatov (667609); Lešišov (698245); Mokrosuky (698253); Loužná (700657); Milčice (671550); Myslív (700665); Nový Dvůr u Myslíva (700681); Krutěnice (774804); Neprochovy (703524); Těchonice (765457); Žďár u Nalžovských Hor (765465); Nehodiv (700673); Olšany u Kvášňovic (678236); Pačejov (717304); Strážovice u Pačejova (717312); Týřovice u Pačejova (717321); Velešice u Pačejova (717339); Bližanovy (687588); Křížovice u Číhaně (623580); Kvasetice (687596); Lovčice u Klatov (687600); Plánice (721476); Pohoří u Lovčic (687618); Štipoklasy u Lovčic (687626); Vracov u Číhaně (623601); Zdebořice (623610); Bojanovice pod Rabím (737097); Čepice (737101); Rabí (737119); Malá Chmelná (651915); Sušice nad Otavou (759601); Velká Chmelná (651923); Újezd u Plánice (773972); Velké Hydčice (778834); Jetenovice (779521); Skránčice (791318); Vlčnov u Zavlekova (783889); Zborovy (721484); Žichovice (796930)	
	Černíč u Hradešic (647411); Hradešice (647420); Smrkovec u Hradešic (647438); Letovy (695815); Miřenice (695823); Nalžovské Hory (701521); Otěšín (695840); Ústaleč (774812); Velenovy (777803); Tužice (791326); Plichtice (791300); Zavlekov (791334).	13.12.2024 - 21.12.2024
South Moravian Region:		
CZ-HPAI(P)-2024-00010	Blučina (605808); Branišovice (609374); Dolní Kounice (629286); Hajany (636541); Hlína u Ivančic (639184); Holasice (640778); Ivaň (655708); Budkovice (615595); Jezeřany (659428); Maršovice (659436); Kubšice (676888); Loděnice u Moravského Krumlova (686344); Mělčany u Ivančic (692786); Moravské Bránice (698890); Moravský Krumlov (699128); Nosislav (704865); Nové Bránice (706043); Olbramovice u Moravského Krumlova (709930); Opatovice u Rajhradu (711527); Ořechov (712612); Nová Ves u Pohořelic (705667); Pohořelice nad Jihlavou (724866); Popovice u Rajhradu (725854); Pravlov (733016); Prštice (733954); Přibice (735311); Přísnovice (736261); Rajhrad (738921); Rajhradice (738956); Silůvky (747815); Syrovice (761834); Šumice (764248); Trboušany (768057); Unkovice (774642); Vedrovice (777536); Zábřdovice u Vedrovic (798754); Vlasatice (783307); Vojkovice u	23.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Židlochovic (784567); Vranovice nad Svatkou (785512); Žabčice (794121); Želešice (795968); Židlochovice (796701); Cvrčovice u Pohořelic (618152) - pouze část katastrálního území západně od silnice č. 395; Modřice (697931) - pouze část katastrálního území západně od silnice E461 a jižně od silnice č. 15.	
	Bratčice (609561); Hrušovany u Brna (648833); Kupařovice (677582); Ledce u Židlochovic (679682); Malešovice (690872); Medlov (692590); Němčičky (703052); Odrovce (709077); Smolín (751090); Sobotovice (752142); Cvrčovice u Pohořelic (618152) - pouze část katastrálního území východně od silnice č. 395.	15.12.2024 - 23.12.2024
Central Bohemian Region:		
CZ-HPAI(NON-P)-2024-00044	Nové Benátky (602108); Obodř (602116); Staré Benátky (602124); Borek nad Labem (607517); Brandýs nad Labem (609048); Popovice u Brandýsa nad Labem (609251); Stará Boleslav (609170); Brázdím (609773); Byšice (617172); Ččelice (618772); Dolní Slivno (630152); Slivínko (630161); Dřevčice u Brandýsa nad Labem (632937); Horní Slivno (644111); Hřívno (649171); Jiřice (602078); Káraný (708020); Kochánky (667731); Jiřice u Kostelce nad Labem (661031); Kostelec nad Labem (670171); Rudeč (670189); Košátky (670740); Kojovice (667919); Kropáčova Vrutice (675041); Krpy (675091); Strážovice (758086); Sušno (675059); Křenek (675806); Lázně Toušeň (767859); Liblice (617199); Vysoká Libeň (788066); Benátecká Vrutice (602060); Mratín (700118); Nedomice (717100); Lobkovice (703664); Nový Vestec (708038); Ovčáry u Dřís (717118); Polerady u Prahy (725218); Předměřice nad Jizerou (734284); Sedlec u Benátek nad Jizerou (746665); Otradovice (748366); Skorkov (748382); Sluhy (750751); Sojovice (752169); Stará Lysá (753807); Chrást u Tišic (767344); Kozly u Tišic (767352); Tišice (767361); Tuřice (771856); Přívory (736376); Všetaty (787485); Zápy (609226); Martinov (791008); Záryby (791016); Zdětín u Benátek nad Jizerou (792373); Čelákovice (619159) - severozápadní část katastrálního území u ČOV ohraničená na jihovýchodě spojnici mezi koncem vodní nádrže Mezi Mosty a řekou Labe; Lysá nad Labem (689505) - severozápadní část katastrálního území ohraničená potokem Mlynařice od řeky Labe k ulici Ke Karlovu a dále ulicí Stržiště, Sojovická, Československé armády a Ke Vrutici; Malý Újezd (691437) - jihovýchodní část katastrálního území na severozápadě ohraničené silnicí vedoucí mezi obcí Kly a částí obce Malý Újezd – Vavřineč; Mělnické Vtelno (692808) - jižní část katastrálního území na severu ohraničené silnicí č. 16 procházející obcí.	28.12.2024
	Dřísy (633119); Hlavenec (638960); Konětopy (669059); Kostelní Hlavno (670511); Lhota u Dřís (680931); Mečeříž (692395); Sudovo Hlavno (758892).	20.12.2024 - 28.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Karlovy Vary Region:		
CZ-HPAI(NON-P)-2024-00053	Arnoltov (670421); Bystřina (670456); Kostelní Bříza (670430); Krásná Lípa u Březové (670464); Lobzy u Březové (614653); Ostrov u Březové (670472); Studánka u Březové (670499); Bukovany u Sokolova (615889); Hlavno (617806); Dasnice (624772); Boučí (629871); Dolní Nivy (629880); Horní Nivy (629898); Horní Rozmyšl (629901); Habartov (636339); Horní Částkov (685861); Lítov (685879); Bošřany (644048); Horní Slavkov (644056); Třídolí (644102); Hory u Jenišova (658383); Chlum Svaté Maří (651621); Dolní Chodov (652172); Stará Chodovská (753777); Háj u Jindřichovic (660400); Stará (660485); Luh nad Svatavou (688550); Radvanov (688568); Horní Pochlovice (661597); Kaceřov u Kynšperka nad Ohří (661601); Dolina u Krajkové (672246); Hrádek u Krajkové (672254); Krajková (672262); Květná u Krajkové (672271); Libnov (672297); Markvarec u Krajkové (672301); Krásno nad Teplou (673811); Dolní Pochlovice (678589); Kamenný Dvůr (678619); Kynšperk nad Ohří (678627); Zlatá u Kynšperka nad Ohří (678635); Libavské Údolí (681695); Dvory u Lokte (686506); Loket (686514); Nadlesí (686522); Údolí u Lokte (686531); Lomnice u Sokolova (686620); Týn u Lomnice (686638); Dolní Částkov (694789); Chranišov (653713); Loučky u Lokte (706663); Nové Sedlo u Lokte (706680); Nové Domy (711021); Oloví (710962); Bystřina u Rovné (742155); Čistá u Rovné (742163); Krásná Lípa u Rovné (742171); Milíře u Rovné (742180); Rovná u Sokolova (742147); Vranov u Rovné (742198); Hrušková (782947); Staré Sedlo u Sokolova (754722); Šabina (681709); Vintířov u Sokolova (782408); Vřesová (786721).	18.1.2025
	Březová u Sokolova (614611); Kamenice u Březové (614629); Paseka u Březové (614661); Rudolec u Březové (670448); Tisová u Sokolova (614645); Citice (617792); Dolní Rychnov (752304); Královské Poříčí (672688); Novina u Sokolova (782955); Sokolov (752223); Vítkov u Sokolova (782963); Čistá u Svatavy (760005); Svatava (760021); Těšovice (752312).	10.1.2025 - 18.1.2025

Mitgliedstaat: Deutschland

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
MECKLENBURG-VORPOMMERN		
DE-HPAI(P)-2024-00022	Landkreis Rostock — Amt Tessin Gemeinde Cammin mit den Ortsteilen Prangendorf, Weitendorf und Wohrenstorf Gemeinde Gnewitz mit dem Ortsteil Neu Barkvieren	30.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>Gemeinde Grammow mit den Ortsteilen Alt Strassow, Neu Strassow, Grammow, Neuhof und Recknitzberg</p> <p>Gemeinde Nustrow mit dem Ortsteil Nustrow</p> <p>Gemeinde Selpin mit den Ortsteilen Vogelsang, Reddersdorf, Bärenberg, Woltow, Selpin und Drüsewitz</p> <p>Gemeinde Stubbendorf mit den Ortsteilen Stubbendorf und Ehmendorf</p> <p>Stadt Tessin und den Ortsteilen Helmstorf, Vilz und Klein Tessin</p> <p>Gemeinde Thelkow mit den Ortsteilen Sophienhof, Thelkow, Kowalz, Liepen und Starkow</p> <p>— Gemeinde Sanitz mit den Ortsteilen und Ortschaften: Sanitz, Niekrenz, Groß Lüsewitz, Oberhof, Vietow, Wehendorf, Ausbau Niekrenz, Neu Wendorf, Horst, Teutendorf, Klein Wehendorf, Klein Freienholz, Wendorf, Reppelin, Wendfeld, Groß Freienholz, Gubkow und Hohen Gubkow</p> <p>— Amt Gnoien</p> <p>Gemeinde Behren Lübchin mit der Ortschaft Duckwitz</p> <p>Gemeinde Walkendorf mit den Ortschaften Repnitz und Basse</p> <p>Landkreis Vorpommern-Rügen</p> <p>— Gemeinde Dettmannsdorf</p> <p>— Gemeinde Lindholz mit dem Ortsteil Schabow</p> <p>— Stadt Marlow mit den Ortsteilen Dänschenburg, Carlsruhe, Neu Steinhorst, Alt Steinhorst, Brunstorf, Fahrenhaupt, Schulenberg, Kneese</p>	
	<p>Landkreis Rostock</p> <p>— Amt Tessin</p> <p>Stadt Tessin mit den Ortsteilen Neu Gramsdorf und Wolfsberger Mühle</p> <p>Gemeinde Gnewitz mit den Ortsteilen Gnewitz und Barkvieren</p> <p>Gemeinde Zarnewanz mit dem Ortsteilen Zarnewanz, Kleinhof und Stormstorf</p>	22.12.2024-30.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00025 DE-HPAI(P)-2024-00026	<p>Landkreis Ludwigslust Parchim</p> <p>— die Gemeinde Brenz mit den Orten und Ortsteilen: Alt Brenz und Neu Brenz</p> <p>— die Gemeinde Domsühl mit den Orten und Ortsteilen: Bergrade Dorf, Bergrade Hof, Domsühl, Domsühl-Ausbau, Neu Schlieven, Schlieven, Severin, Alt Dammerow und Zieslütze</p> <p>— die Gemeinde Friedrichsruhe mit den Orten und Ortsteilen: Frauenmark, Friedrichsruhe, Friedrichsruhe Dorf, Friedrichsruhe Hof, Goldenbow, Neu Ruthenbeck und Ruthenbeck</p> <p>— die Gemeinde Lewitzrand mit den Orten und Ortsteilen: Göthen, Klinken und Rusch</p> <p>— die Gemeinde Neustadt-Glewe mit den Orten und Ortsteilen: Friedrichsmoor, Hohewisch, Krim, Kronskamp, Neu Hof und Reißaus</p> <p>— die Gemeinde Parchim mit den Orten und Ortsteilen: Damm, Kiekindemark, Malchow, Möderitz, Neu Klockow, Neu Matzlow, Neu Hof.</p>	9.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>— Innerhalb der Gemeinde Parchim verläuft die Überwachungszone entlang des Dargelützer Weg, über die L321, den Wiesenring entlang, bis in den Burgdamm übergehend zur Brücke zwischen der Hafestraße und dem Färbergrabenweg, ab dort entgegen der Strömung der Elde bis auf Höhe des Endes des Plümperwiesenweg, ab der Brücke auf dem Südring bis auf Höhe des HAACK Teppichgeschäfts der Elde folgend</p> <p>— die Gemeinde Spornitz mit den Orten und Ortsteilen: Dütschow, Primank, Spornitz und Steinbeck</p> <p>die Gemeinde Tramm mit den Orten und Ortsteilen: Bahlenhüschchen, Göhren und Tramm.</p>	
	<p>Landkreis Ludwigslust Parchim die Gemeinde Lewitzrand mit den Orten und Ortsteilen: Matzlow-Garwitz und Raduhn</p>	1.1.2025-9.1.2025
NIEDERSACHSEN		
DE-HPAI(P)-2024-00021	<p>Landkreis Aurich 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.483276, 53.648204. Betroffen sind Teile der Gemeinden Baltrum, Dornum und Großheide.</p> <p>Landkreis Wittmund 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.483276, 53.648204. Betroffen sind Teile der Gemeinden Blomberg, Dunum, Esens, Eversmeerr, Holtgast, Langeoog, Moorweg, Neuharlingersiel, Nenndorf, Neuschoo, Ochtersum, Schweindorf, Stedesdorf, Uтары und Westerholt.</p>	28.12.2024
	<p>Landkreis Aurich 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.483276, 53.648204. Betroffen sind Teile der Gemeinde Dornum.</p> <p>Landkreis Wittmund 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.483276, 53.648204. Betroffen sind Teile der Gemeinden Holtgast, Schweindorf und Uтары.</p>	19.12.2024 - 28.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00023	<p>Landkreis Friesland 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.847271, 53.691202. Betroffen sind Teile der Gemeinden Wangerland und Wangerooge.</p> <p>Landkreis Wittmund 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.847271, 53.691202.</p>	2.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Betroffen sind Teile der Gemeinden Neuharlingersiel, Spiekeroog, Werdum und der Stadt Wittmund.	
	<p>Landkreis Friesland 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.847271, 53.691202. Betroffen sind Teile der Gemeinde Wangerland.</p> <p>Landkreis Wittmund 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.847271, 53.691202. Betroffen sind Teile der Stadt Wittmund.</p>	25.12.2024-2.1.2025
DE-HPAI(P)-2024-00024	<p>Landkreis Cloppenburg 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.977565, 52.894580. Betroffen sind Teile der Gemeinden Bösel, Cappeln, Emstek, Garrel, Lastrup, Molbergen sowie der Städte Cloppenburg und Friesoythe.</p>	6.1.2025
	<p>Landkreis Cloppenburg 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.977565, 52.894580. Betroffen sind Teile der Gemeinden Garrel, Molbergen und der Stadt Cloppenburg.</p>	29.12.2024- 6.1.2025
DE-HPAI(P)-2024-00027	<p>Landkreis Cloppenburg 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.975699, 52.914194. Betroffen sind Teile der Gemeinden Bösel, Emstek, Garrel, Lastrup, Molbergen sowie der Städte Cloppenburg und Friesoythe.</p>	12.1.2025
	<p>Landkreis Cloppenburg 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.975699, 52.914194. Betroffen sind Teile der Gemeinden Garrel und Molbergen</p>	3.1.2025-12.1.2025
DE-HPAI(P)-2024-00028	<p>Landkreis Cuxhaven 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 9.329826, 53.785319. Betroffen sind Teile der Gemeinden Oberndorf und Osten Landkreis Stade</p> <p>10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 9.329826, 53.785319. Betroffen sind Teile der Gemeinden Balje, Drochtersen, Freiburg (Elbe), Krummendeich, Oederquart und Wischhafen.</p>	15.1.2025
	<p>Landkreis Stade 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 9.329826, 53.785319. Betroffen sind Teile der Gemeinden Drochtersen, Freiburg (Elbe), Oederquart und Wischhafen.</p>	6.1.2025-15.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
NORDRHEIN-WESTFALEN		
DE-HPAI(P)-2024-00019	<p>Kreis Kleve 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb (GPS-Koordinaten 6.214183 51.822386); betroffen sind Teile der folgenden Gemeinden: — Bedburg-Hau (über das Gebiet der Schutzzone hinausgehend), — Emmerich am Rhein (über das Gebiet der Schutzzone hinausgehend), — Goch, — Kalkar (über das Gebiet der Schutzzone hinausgehend), — Kleve (über das Gebiet der Schutzzone hinausgehend), — Kranenburg und — Rees</p>	21.12.2024
	<p>Kreis Kleve 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb (GPS-Koordinaten 6.214183 51.822386); betroffen sind Teile der folgenden Gemeinden: — Bedburg-Hau, — Emmerich am Rhein, — Kalkar und — Kleve</p>	13.12.2024 - 21.12.2024
SCHLESWIG-HOLSTEIN		
DE-HPAI(P)-2024-00020	<p>Nordfriesland 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 8.924238/54.583847. Die gesamte Gemeinde Sönnebüll, Almdorf sowie Teile der Gemeinden Reußenköge, Bredstedt, Breklum, Struckum, Hattstedtermarsch, Elisabeth-Sophien-Koog, Nordstrand, Husum, Wobbenbüll, Horstedt, Hattstedt, Arlewatt, Ahrenshöft, Bohmstedt, Drelsdorf, Vollstedt, Högel, Olderup, Bordelum, Langenhorn, Ockholm</p>	24.12.2024
	<p>Nordfriesland 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 8.924238/54.583847 Teile der Gemeinden Reußenköge, Bredstedt, Breklum, Struckum und Hattstedtermarsch</p>	16.12.2024 - 24.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00028	<p>Steinburg 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 9.329826, 53.785319 Die gesamte Stadt Glückstadt, sowie Teile der Gemeinden Blomesche Wildnis, Borsfleth, Brokdorf, Elskop, Engelbrechtsche Wildnis, Herzhorn, Kollmar, Kremppdorf, Wewelsfleth</p>	15.1.2025

Mitgliedstaat: Kroatien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HR- HPAI(P)- 2024-00003	<p><i>Županija: Sisacko- moslavačka</i></p> <ul style="list-style-type: none"> — općina Martinska Ves: naselja Jezero Posavsko, Desni Dubrovčak, Lijeva Luka i Lijevo Željezno <p><i>Županija: Bjelovarsko- bilogorska</i></p> <ul style="list-style-type: none"> — grad Čazma: naselje Sovari <p><i>Županija: Zagrebačka</i></p> <ul style="list-style-type: none"> — općina Brckovljani: naselja Prečec i Tedrovec — grad Ivanić Grad: naselja Derežani, Opatinec, Caginec, Šemovec Breški, Posavski Bregi, Trebovec, Topolje, Greda Breška, Deanovec, Graberje Ivaničko, Prečno, Lepšić, Lijevi Dubrovčak, Prerovec, Šumećani, Tarno, Zaklepica i Zelina Breška — općina Kloštar Ivanić: naselja Kloštar Ivanić, Sobočani, Lipovec Lonjski, Bešlinec, Šćapovec, Čemernica Lonjska, Križci, Predavec i Stara Marča — općina Križ: naselja Križ, Johovec, Bunjani, Gornji Prnjarovec, Velika Hrastilnica, Mala Hrastilnica i Širinec — općina Rugvica: naselja Ježevo, Obedišće Ježevsko i Prevlaka 	2.1.2025
	<p><i>Županija: Zagrebačka</i></p> <ul style="list-style-type: none"> — Grad Ivanić Grad 	24.12.2024 - 2.1.2025

Mitgliedstaat: Italien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Veneto region:		
IT-HPAI(P)-2024-00016	The area of the parts of Veneto Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.721413, E 12.368124	18.12.2024
	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.721413, E 12.368124	10.12.2024 - 18.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00017	The area of the parts of Veneto Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.4582909563169, E 12.0665245845646	20.12.2024
	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.4582909563169, E 12.0665245845646	12.12.2024 - 20.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
IT-HPAI(P)-2024-00019	The area of the parts of Veneto Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.46053010, E 12.05291290	23.12.2024
	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.46053010, E 12.05291290	15.12.2024 - 23.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00022	The area of the parts of Veneto Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.7737, E 12.432319	29.12.2024
	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.7737, E 12.432319	21.12.2024 - 29.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00024	The area of the parts of Veneto Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.834841781, E 12.486674963	6.1.2025
	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.834841781, E 12.486674963	29.12.2024 - 6.1.2025
IT-HPAI(P)-2024-00026	The area of the parts of Veneto Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.58261, E 12.37385	11.1.2025
IT-HPAI(P)-2024-00026	The area of the parts of Veneto Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.58261, E 12.37385	3.1.2025 - 11.1.2025
Emilia-Romagna region:		
IT-HPAI(P)-2024-00023	The area of the parts of Emilia Romagna Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 44.8657344077981, E 10.145008	30.12.2024
	The area of the parts of Emilia Romagna Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 44.8657344077981, E 10.145008	22.12.2024 - 30.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Lombardia region:		
IT-HPAI(P)-2024-00014	The area of the parts of Lombardia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.187255, E 10.33539	23.12.2024
	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.187255, E 10.33539	15.12.2024 - 23.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00018	The area of the parts of Lombardia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.17252, E 10.351436	24.12.2024
	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.17252, E 10.351436	16.12.2024 - 24.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00021	The area of the parts of Lombardia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.380577, E 9.450603	30.12.2024
	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.380577, E 9.450603	22.12.2024 - 30.12.2024
IT-HPAI(P)-2024-00025	The area of the parts of Lombardia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.285752, E 10.588372	10.1.2025
	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.285752, E 10.588372	2.1.2025 - 10.1.2025
IT-HPAI(P)-2024-00027	The area of the parts of Lombardia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.268419, E 10.598481	12.1.2025
	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.268419, E 10.598481	4.1.2025 - 12.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
IT-HPAI(P)-2024-00028	The area of the parts of Lombardia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.280478, E 10.621043	16.1.2025
	The area of the parts of Lombardia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.280478, E 10.621043	8.1.2025 - 16.1.2025
Friuli Venezia Giulia region:		
IT-HPAI(P)-2024-00020	The area of the parts of Friuli Venezia Giulia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.822093, E 13.383938	24.12.2024
	The area of the parts of Friuli Venezia Giulia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 45.822093, E 13.383938	16.12.2024 - 24.12.2024

Mitgliedstaat: Ungarn

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Békés vármegye		
HU-HPAI(P)-2024-00016 HU-HPAI(P)-2024-00020 HU-HPAI(P)-2024-00022 HU-HPAI(P)-2024-00052 HU-HPAI(P)-2024-00065-00066 HU-HPAI(P)-2024-00197 HU-HPAI(P)-2024-00200	Békésszentandrás, Csabacsúd, Gyomaendrőd, Kardos, Örménykút és Szarvas települések közigazgatási területének a 46.893317 és a 20.424107, a 46.851265 és a 20.590212, a 46.857937 és a 20.338368, a 46.859602 és a 20.635836, a 46.893870 és a 20.380987, a 46.892883 és a 20.367728, valamint a 46.926217 és a 20.461933 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe. Csorvás, Gádoros, Nagyszénás és Orosháza települések közigazgatási területének a 46.660236 és a 20.603750 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	15.1.2025
HU-HPAI(P)-2024-00197	Békésszentandrás település közigazgatási területének a 46.926217 és a 20.461933 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	27.12.2024 - 15.1.2025
HU-HPAI(P)-2024-00200	Gádoros, Nagyszénás és Orosháza települések közigazgatási területének a 46.660236 és a 20.603750 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	27.12.2024 - 15.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-HPAI(P)-2024-00202	Dombiratos, Elek, Kétegyháza, Kevermes, Lőkösháza és Nagykamarás települések közigazgatási területének a 46.452147 és a 21.253446 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	12.1.2025
HU-HPAI(P)-2024-00202	Elek és Lőkösháza települések közigazgatási területének a 46.452147 és a 21.253446 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	4.1.2025 - 12.1.2025
Hajdú-Bihar vármegye		
HU-HPAI(P)-2024-00104	Folyás, Görbeháza, Hajdúnánás, Polgár, Újtikos és Újszentmargita települések közigazgatási területének a a 47.823523 és a 21.124078 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	18.12.2024
Jász-Nagykun-Szolnok vármegye		
HU-HPAI(P)-2024-00016 HU-HPAI(P)-2024-00020 HU-HPAI(P)-2024-00022 HU-HPAI(P)-2024-00051-00052 HU-HPAI(P)-2024-00065-00066 HU-HPAI(P)-2024-00086 HU-HPAI(P)-2024-00197	Cibakháza, Kengyel, Martfű, Mesterszállás, Mezőhék, Mezőtúr, Öcsöd, Rákóczi falva, Rákócziújfalva, Tiszaföldvár, Tiszajenő, Tiszavárkony és Vezseny települések közigazgatási területének a 46.893317 és a 20.424107, a 46.851265 és a 20.590212, a 46.857937 és a 20.338368, valamint a 46.926217 és a 20.461933 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe. Cserkeszőlő, Csépa, Kunszentmárton, Nagyrév, Szelevény, Tiszainoka, Tiszakürt és Tiszásas települések védőkörzeten kívül eső teljes közigazgatási területe.	15.1.2025
HU-HPAI(P)-2024-00167	Besenyszög, Jászsós szentgyörgy, Jászboldogháza, Jászládány, Szászberek, Szolnok, Újszász és Zagyvarékas települések közigazgatási területének a 47.251081 és a 20.109558 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	17.12.2024
HU-HPAI(P)-2024-00197	Mesterszállás, Mezőtúr és Öcsöd települések közigazgatási területének a 46.926217 és a 20.461933 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	27.12.2024 - 15.1.2025
Csongrád-Csanád vármegye		
HU-HPAI(P)-2024-00016 HU-HPAI(P)-2024-00020-00022 HU-HPAI(P)-2024-00033-00034	Árpádhalom, Baks, Bordány, Csanytelek, Csongrád, Derekegyház, Dóc, Domaszék, Eperjes, Fábiánsebestyén, Felgyő, Mártély, Mindszent, Mórahalom, Nagymágocs, Nagytőke, Rózske, Sándorfalva, Szatymaz, Szegvár, Szentes, Székkutas, Tömörkény, Zákányszék és Zombó védőkörzeten kívül eső teljes közigazgatási területe.	15.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00037 HU-H-PAI(-P)-2024-00039-00041 HU-H-PAI(-P)-2024-00043-00049 HU-H-PAI(P)-2024-00052 HU-H-PAI(-P)-2024-00055-00056 HU-H-PAI(P)-2024-00058 HU-H-PAI(-P)-2024-00061-00069 HU-H-PAI(P)-2024-00071 HU-H-PAI(P)-2024-00076 HU-H-PAI(-P)-2024-00078-00081 HU-H-PAI(-P)-2024-00083-00084 HU-H-PAI(-P)-2024-00087-00091 HU-H-PAI(P)-2024-00095 HU-H-PAI(P)-2024-00101 HU-H-PAI(P)-2024-00103 HU-H-PAI(-P)-2024-00106-00107 HU-H-PAI(P)-2024-00109 HU-H-PAI(-P)-2024-00111-00112 HU-H-PAI(P)-2024-00114 HU-H-PAI(P)-2024-00122 HU-H-PAI(-P)-2024-00124-00126 HU-H-PAI(-P)-2024-00128-00129 HU-H-PAI(-P)-2024-00131-00133		

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00135 HU-H-PAI(P)-2024-00137 HU-H-PAI(P)-2024-00141 HU-H-PAI(-P)-2024-00151-00152 HU-H-PAI(-P)-2024-00151-00159 HU-H-PAI(P)-2024-00161 HU-H-PAI(-P)-2024-00169-00170 HU-H-PAI(-P)-2024-00173-00176 HU-H-PAI(P)-2024-00181 HU-H-PAI(P)-2024-00183 HU-H-PAI(P)-2024-00185 HU-H-PAI(-P)-2024-00188-00190 HU-H-PAI(P)-2024-00192 HU-H-PAI(-P)-2024-00194-00196 HU-H-PAI(P)-2024-00199		
HU-H-PAI(-P)-2024-00044-00046 HU-H-PAI(P)-2024-00048 HU-H-PAI(-P)-2024-00055-00056 HU-H-PAI(-P)-2024-00061-00064 HU-H-PAI(P)-2024-00067	Ásotthalom, Balástya, Csengele, Forráskút, Kistelek, Ópusztaszer, Öttömös, Pusztamérges, Pusztaszer, Ruzsa és Üllés települések teljes közigazgatási területe.	30.12.2024 - 15.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00076 HU-H-PAI(P)-2024-00078 HU-H-PAI(-P)-2024-00087-00089 HU-H-PAI(P)-2024-00091 HU-H-PAI(P)-2024-00101 HU-H-PAI(P)-2024-00111 HU-H-PAI(P)-2024-00114 HU-H-PAI(P)-2024-00122 HU-H-PAI(-P)-2024-00124-00126 HU-H-PAI(-P)-2024-00128-00129 HU-H-PAI(-P)-2024-00131-00133 HU-H-PAI(P)-2024-00135 HU-H-PAI(P)-2024-00137 HU-H-PAI(P)-2024-00141 HU-H-PAI(-P)-2024-00151-00152 HU-H-PAI(-P)-2024-00151-00159 HU-H-PAI(P)-2024-00161 HU-H-PAI(-P)-2024-00169-00170 HU-H-PAI(-P)-2024-00173-00176		

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2024-00181 HU-H-PAI(P)-2024-00183 HU-H-PAI(P)-2024-00185 HU-H-PAI(-P)-2024-00188-00189 HU-H-PAI(-P)-2024-00194-00196		
HU-H-PAI(P)-2024-00190 HU-H-PAI(P)-2024-00199	Csongrád és Szentés közigazgatási területének a 46.648143 és a 20.284182, valamint a 46.648578 és a 20.237727 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	30.12.2024 - 15.1.2025
HU-HPAI(P)-2024-00200	Árpádhalom, Eperjes és Fábiánsebestyén települések közigazgatási területének a 46.660236 és a 20.603750GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	27.12.2024 - 15.1.2025
Bács-Kiskun vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00023 HU-H-PAI(P)-2024-00026 HU-H-PAI(P)-2024-00029 HU-H-PAI(P)-2024-00031 HU-H-PAI(P)-2024-00042	Apostag, Dunaegyháza, Dunatetőten, Dunavecse, Felsőlajos, Fülöpháza, Fülöpszállás, Harta, Kerekegyháza, Kunadacs, Kunbaracs, Kunpeszér, Kunszentmiklós, Ladánybene, Lajosmizse, Solt, Soltszentimre, Szabadszállás, Szalkszentmárton, Tass és Újsolt települések települések védőkörzeten kívül eső teljes közigazgatási területe.	1.1.2025
HU-H-PAI(P)-2024-00021 HU-H-PAI(P)-2024-00026 HU-H-PAI(P)-2024-00030 HU-H-PAI(-P)-2024-00032-00050 HU-H-PAI(-P)-2024-00055-00064 HU-H-PAI(-P)-2024-00067-00072 HU-H-PAI(-P)-2024-00074-00085	Ágasegyháza, Akasztó, Bácsbokod, Bácsborsód, Bácsszentgyörgy, Baja, Ballószög, Balotaszállás, Bátmonostor, Bática, Borota, Császártöltés, Csátalja, Csávoly, Csengőd, Dávod, Drágszél, Dunafalva, Dunapataj, Dunaszentbenedek, Dusnok, Érsekcsanád, Érsekhalma, Fajsz, Felsőszentiván, Foktő, Fülöppakab, Gara, Géderlak, Hajós, Helvécia, Hercegszántó, Homokmégy, Izsák, Kalocsa, Katymár, Kecskemét, Kéleshalom, Kunszállás, Lakitelek, Madaras, Mátételke, Miske, Nagybaracska, Nemesnádudvar, Ordas, Öregcsertő, Páhi, Rémm, Sükösd, Szakmár, Szentkirály, Szeremle, Tabdi, Tiszaalpár, Tiszakécske, Tiszaug, Újtelek, Uszód, Városföld és Vaskút települések védőkörzeten kívül eső teljes közigazgatási területe.	15.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(-P)-2024-00087-00096 HU-H-PAI(-P)-2024-00098-00103 HU-H-PAI(-P)-2024-00106-00149 HU-H-PAI(-P)-2024-00151-00164 HU-H-PAI(-P)-2024-00168-00189 HU-H-PAI(-P)-2024-00191-00196 HU-H-PAI(P)-2024-00198 HU-H-PAI(P)-2024-00201		
HU-H-PAI(P)-2024-00026 HU-H-PAI(P)-2024-00042	Fülöpszállás, Izsák és Soltszentimre települések közigazgatási területének a 46.771020 és a 19.266569 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	20.12.2024 - 1.1.2025
HU-H-PAI(P)-2024-00030 HU-H-PAI(-P)-2024-00033-00041 HU-H-PAI(-P)-2024-00043-00050 HU-H-PAI(-P)-2024-00055-00064 HU-H-PAI(-P)-2024-00067-00072 HU-H-PAI(-P)-2024-00074-00085 HU-H-PAI(-P)-2024-00087-00096 HU-H-PAI(-P)-2024-00098-00103 HU-H-PAI(-P)-2024-00106-00122	<p>Bácsalmás, Bácsszőlős, Balotaszállás, Bócsa, Bugac, Bugacpusztaháza, Csikéria, Csólyospálos, Gátér, Harkakötöny, Imrehegy, Jakabszállás, Jánoshalma, Jászszentlászló, Kaskantyú, Kecel, Kelebia, Kiskőrös, Kiskunfélegyháza, Kiskunhalas, Kiskunmajsa, Kisszállás, Kömpöc, Kunbaja, Kunfehértó, Mélykút, Móricgát, Nyárlőrinc, Orgovány, Páhi, Pálmonostora, Petőfiszállás, Pirtó, Soltvadkert, Szank, Tataháza, Tázlár, Tompa és Zsana települések teljes közigazgatási területe.</p> <p>Borota és Kéleshalom települések közigazgatási területének a 46.308760 és a 19.291230 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p> <p>Kunszállás és Városföld települések közigazgatási területének a 46.795153 és a 19.817421, valamint a 46.775865 és a 19.800372 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	30.12.2024 - 15.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(-P)-2024-00124-00132 HU-H-PAI(-P)-2024-00134-00144 HU-H-PAI(-P)-2024-00147-00154 HU-H-PAI(-P)-2024-00156-00164 HU-H-PAI(-P)-2024-00168-00185 HU-H-PAI(-P)-2024-00188-00189 HU-H-PAI(-P)-2024-00191-00196 HU-H-PAI(P)-2024-00198 HU-H-PAI(P)-2024-00201		
HU-H-PAI(P)-2024-00123 HU-H-PAI(-P)-2024-00145-00146 HU-H-PAI(P)-2024-00155 HU-H-PAI(-P)-2024-00186-00187	Borota, Csávoly és Rém települések közigazgatási területének a 46.254915 és a 19.131604, a 46.257157 és a 19.128105, a 46.256205 és a 19.125921, valamint a 46.261845 és a 19.129315 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	20.12.2024 - 15.1.2025
Fejér vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00023 HU-H-PAI(P)-2024-00029 HU-H-PAI(P)-2024-00031	Alap, Alsószentiván, Baracs, Daruszentmiklós, Dunaújváros, Előszállás, Hantos, Kisapostag, Mezőfalva, Nagykarácsony, Nagyvenyim, Rácalmás és Sárbogárd települések közigazgatási területének a 46.899692 és a 18.818620, a 46.884010 és a 18.818080, valamint az 46.905820 és a 18.849790 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	1.1.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Tolna vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00023 HU-H-PAI(P)-2024-00029 HU-H-PAI(P)-2024-00031	Dunaföldvár település közigazgatási területének a 46.899692 és a 18.818620, a 46.884010 és a 18.818080, valamint az 46.905820 és a 18.849790 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	1.1.2025
HU-H-PAI(P)-2024-00032	Bogyiszló, Decs és Ócsény települések közigazgatási területének a 46.278670 és a 18.980240 849790 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	15.1.2025
Komárom-Esztergom vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00165	Ács, Ászár, Bábolna, Bakonyszombathely, Bana, Bársonyos, Csép, Ete, Kerékteleki, Kisbér, Nagyigmánd, Tárkány közigazgatási területének a 47.590030 és a 17.937804 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	23.12.2024
HU-H-PAI(P)-2024-00165	Bábolna, Kerékteleki és Tárkány települések közigazgatási területének a 47.590030 és a 17.937804 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	15.12.2024 - 23.12.2024
Győr-Moson-Sopron vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00165	Mezőörs, Rétalap, Bőny, Mezőörs, Nyalka, Pázmándfalu, Pér, Rétalap, Táp, Tápszentmiklós közigazgatási területének a 47.590030 és a 17.937804 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	23.12.2024
HU-H-PAI(P)-2024-00165	Bana és Rétalap települések közigazgatási területének a 47.590030 és a 17.937804 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	15.12.2024 - 23.12.2024
Borsod-Abaúj-Zemplén vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00104	Hejőkürt, Oszlár, Tiszakeszi, Tiszapalkonya, Tiszatarján és Tiszaújváros települések közigazgatási területének a 47.823523 és a 21.124078 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	18.12.2024
Somogy vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00166	Bárdudvarnok, Beleg, Csököly, Gige, Görgeteg, Hedrehely, Hencse, Homokszentgyörgy, Jákó, Kadarkút, Kisbajom, Kőkút, Kutas, Lábod, Mike, Nagykorpad, Rinyabesenyő, Rinyakovácsi, Szabás és Visnye települések közigazgatási területének a 46.238856 és a 17.538140 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	17.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
Pest vármegye		
HU-H-PAI(P)-2024-00167	Abony, Tápiógyörgye és Újszilvás települések közigazgatási területének a 47.251081 és a 20.109558 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	17.12.2024

Mitgliedstaat: Niederlande

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<i>Provinces Gelderland, Utrecht and Flevoland</i>		
NL-HPAI(P)-2024-00003	Those parts of the the provinces of Gelderland, Utrecht en Flevoland extending beyond the area described in the protection zone and contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long / 5.54 lat 52.27	20.12.2024
	Those parts of the provinces of Gelderland and Flevoland contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long / 5.54 lat 52.27	12.12.2024 - 20.12.2024
DE-HPAI(P)-2024-00019	Those parts of the province Gelderland contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long 6.21 lat 51.82	21.12.2024
<i>Province Friesland</i>		
NL-HPAI(P)-2024-00004	Those parts of the the province of Friesland extending beyond the area described in the protection zone and contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long 5.88 / lat 53.33	8.1.2025
	Those parts of the province of Friesland contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long 5.88 / lat 53.33	31.12.2024 - 8.1.2025

Mitgliedstaat: Polen

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<p>PL-HPAI(P)-2024-00030 PL-HPAI(P)-2024-00033 PL-HPAI(P)-2024-00034 PL-HPAI(P)-2024-00035 PL-HPAI(P)-2024-00036 PL-HPAI(P)-2024-00039</p>	<p>W województwie wielkopolskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w powiecie średzkim, w gminie Środa Wlkp., miejscowości: Ulejno, Dębiczek, Janowo, Mączniki, Kijewo, Chwałkowo, Czartki, Nadziejewo, Strzeszki, Pętkowo, Słupia Wielka, Annopole, Lorenka, Brzeziny, Koszuty, Koszuty-Huby, Zabikowo, Trzebiślawki, Staniszewo, Pławce, Zdziechowice; 2) w powiecie średzkim, w gminie Dominowo, miejscowości: Mieczysławowo, Bukowy Las, Zberki, Rusibórz, Rusiborek, Kopaszyce, Orzeszkowo, Dominowo, Szrapki, Marianowo, Gablin, Bagrowo, Michałowo, Wysławice, Karolewo, Andrzejpole, Borzejewo, Chłapowo, Nowojewo, Biskupice, Giecz, Poświętno, Janowo; 3) w powiecie średzkim, w gminie Krzykosy, miejscowości: Murzynowo Leśne, Murzynowiec Leśny, Garby, Baba, Kaźmierki, Sulęcinek, Borowo, Sulęcín, Bogusławki, Bronisław, Witowo, Krzykosy, Przymiarki, Solec, Małoszki, Lubrze, Pięczkowo, Młodzikówko, Młodzikowo, Młodzikowice; 4) w powiecie średzkim, w gminie Nowe Miasto nad Wartą, miejscowości: Komorze, Komorze Nowe, Nowe Miasto nad Wartą, Hermanów, Wolica Kozia, Dębno, Lutynia, Franciszków; 5) w powiecie średzkim, w gminie Zaniemyśl, miejscowość: Pięgowice, Śnieciska, Polwica-Huby, Polwica, Dobroczyn Pierwszy, Płaczki, Brzostek, Luboniec, Wyszakowskie Huby, Wyszakowo, Czarnotki, Jaskowo, Bożydar, Winna, Mądre; 6) w powiecie wrzesińskim, w gminie Miłosław, miejscowości: Orzechowo, Szczodrzejewo, Książno, Chlebowo, Nowa Wieś Podgórna; 7) w powiecie wrzesińskim, w gminie Września, miejscowości: Bardo, Chwalibogowo, Obłaczkowo, Chocicza Mała, Osowo, Nowa Wieś Królewska, Grzymysławice, Neryngowo, Kaczanowo; 8) w powiecie wrzesińskim, w gminie Nekla, miejscowości: Mystki, Targowa Górka, Raclawki, Mała Górka; 9) w powiecie jarocińskim, w gminie Żerków, miejscowości: Lgów, Gęczew, Gąsiorów, Śmiełów, Szczonów, Pogorzelica, Paruchów, Komorze Przybysławskie; 	<p>19.12.2024</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>10) w powiecie wrzesińskim, w gminie Kołaczkowo, miejscowości: Krzywa Góra, Grabowo Królewskie, Kołaczkowo, Łagiewki, Wszembórz, Cieśle Wielkie, Spławie, Cieśle Małe, Borzykowo, Żydowo, Zieliniec, Gorazdowo;</p> <p>11) w powiecie poznańskim, w gminie Kórnik, miejscowość: Prusinowo, Biernatki, Dębiec, Kórnik, Dziećmierowo, Szczodrzykowo, Celestynowo, Pierzchno, Runowo, Kromolice;</p> <p>12) w powiecie poznańskim, w gminie Kleszczewo, miejscowości: Śródka, Krzyżownicy, Zimin, Krerowo, Bugaj, Lipowiec, Kleszczewo, Bylin, Nagradowice, Poklatki, Markowice;</p> <p>13) w powiecie poznańskim, w gminie Kostrzyn, miejscowość: Czerlejno, Mikuszyn, Węgierskie, Ługowiny, Klony, Drzągowo, Sokolniki Drzągowskie, Gułtowy;</p> <p>14) w powiecie wrzesińskim, w gminie Pyzdry, miejscowości: Tarnowa, Pyzdry, Dłusk.</p>	
	<p>W województwie wielkopolskim:</p> <p>1) w powiecie średzkim, w gminie Środa Wlkp., miejscowości: Brzezie, Czarne Piątkowo, Grójec, Nietrzebanowo, Starkówiec Piątkowski, Szlachcin, Szlachcin-Huby, Winna Góra, Pierzchno, Pierzchnica, Marianowo Brodowskie, Brodowo, Włostowo, Olszewo, Chudzice, Henrykowo, Ruszkowo, Tadeuszewo, Rumiejki, Środa Wlkp., Zielniki, Zielniczki, Urniszewo, Zmysłowo, Bieganowo, Turek, Januszewo, Jarosławiec, Topola, Janowo, Dębicz, Babin, Podgaj, Romanowo;</p> <p>2) w powiecie średzkim, w gminie Krzykosy, miejscowości: Miąskowo, Murzynówko, Wiosna, Wygranka;</p> <p>3) w powiecie wrzesińskim, w gminie Miłosław, miejscowości: Białe Piątkowo, Bugaj, Franulka, Kozubiec, Lipie, Kębłowo, Pałczyn, Miłosław, Rudki, Biechówko, Biechowo, Gorzyce, Skotniki, Mikuszewo, Chrustowo, Sarnice, Czeszewo;</p> <p>4) w powiecie średzkim, w gminie Dominowo, miejscowości: Murzynowo Kościelne, Sabaszczewo;</p> <p>5) w powiecie wrzesińskim, w gminie Kołaczkowo, miejscowość: Budziłowo</p>	11.12.2024 - 19.12.2024
<p>PL-HPAI(P)-2024-00038 PL-HPAI(P)-2024-00041 PL-HPAI(P)-2024-00045</p>	<p>W województwie lubelskim:</p> <p>W powiecie lubartowskim:</p> <p>1) w gminie Uścimów miejscowości: Krasne, Ochoża, Rudka Starościańska;</p>	30.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>2) w gminie Ostrów Lubelski miejscowości: Bójki, Jamy, Kaznów-Kolonia, Kolechowice-Folwark, Kolechowice-Kolonia, Rozkopaczew, Rudka Kijańska, Wólka Stara Kijańska;</p> <p>3) w gminie Serniki miejscowości: Brzostówka i Wólka Zawieprzicka,;</p> <p>4) w gminie Niedźwiada miejscowości: Brzeźnica Bychawska i Zabiele;</p> <p>W powiecie łączyńskim:</p> <p>5) w gminie Ludwin miejscowości: Krzcień, Rogózno, Zezulin Drugi, Jagodno, Rozpłucie Drugie;</p> <p>6) w gminie Sosnowica miejscowości: Stary Orzechów, Nowy Orzechów, Walerianów, Libiszów, Górki, Komarówka, Lejno, Zamłyniec,</p> <p>W powiecie parczewskim:</p> <p>7) w gminie Parczew: Babianka, Tyśmienica, Buradów;</p> <p>8) w gminie Dębowa Kłoda miejscowości Białka i Makoszka.</p>	
	<p>W województwie lubelskim:</p> <p>W powiecie lubartowskim:</p> <p>1) w gminie Uścimów miejscowości: Drozdówka, Głębokie, Jedlanka Nowa, Jedlanka Stara, Maśluchy, Uścimów Nowy, Uścimów Stary, Orzechów Kolonia;</p> <p>2) w gminie Ostrów Lubelski miejscowości: Ostrów Lubelski i Kolechowice.</p>	<p>22.12.2024 - 30.12.2024</p>
<p>PL-HPAI(P)-2024-00040</p>	<p>W województwie dolnośląskim:</p> <p>1) w powiecie górowskim:</p> <p>a) w gminie Niechlów, miejscowości: Siciny, Łękanów, Naratów, Niechlów, Wroniec, Żuchłów, Miechów, Wągroda, Żabin, Szaszorowice, Lipowiec, Głobice, Bełcz Wielki, Masełkowice,</p> <p>b) w gminie Góra część miejscowości Osetno Małe położonej na północny zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 323 z przysiółkiem Kietłów,</p> <p>2) w powiecie lubińskim:</p> <p>a) w gminie Rudna miejscowość Orsk</p> <p>3) w powiecie polkowickim:</p> <p>a) w gminie Grębocice, miejscowości: Trzęsów, Rzeczyca, Żabice, Szymocin, Bucze, Czerńczyce,</p>	<p>22.12.2024</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>4) w powiecie głogowskim:</p> <p>a) w gminie Pęcław, miejscowości: Kotowice, Leszkowice, Kaczyce, Piersna, Igłowice, Wierzchownia, Turów, Pęcław, Białołęka, Wojszyn, Borków</p> <p>b) w gminie Głogów, miejscowości: Przedmoście, Bytnik, Borek, Zabornia, Serby, Stare Serby, Klucze, Wilków, Krzekotów,</p> <p>c) w gminie Kotla, miejscowości: Głogówko, Leśna Dolina.</p> <p>W powiecie lubuskim, w powiecie wschowskim:</p> <p>1) w gminie Szlichtyngowa, miejscowości: Gola, Górczyna, Jędrzychowice, Kowalewo, Stare Drzewce, Szlichtyngowa, Zamysłów,</p> <p>2) w gminie Wschowa, miejscowości: Kandlewo, Konradowo, Siedlnica, przysiółek Czerlejewo</p>	
	<p>W województwie dolnośląskim:</p> <p>1) w powiecie górowskim:</p> <p>a) w gminie Niechlów, miejscowości: Świerczów, Klimontów, Bartodzieje, Karów,</p> <p>2) w powiecie głogowskim, w gminie Pęcław, miejscowości: Drogłowice, Mieleszyn, Golkowice, Wietszyce.</p> <p>W województwie lubuskim:</p> <p>1) w powiecie wschowskim, w gminie Szlichtyngowa, miejscowość Dryżyna i Wyszaków.</p>	14.12.2024 - 22.12.2024
PL-HPAI(NON-P)-00043 PL-HPAI(NON-P)-00045	<p>W województwie opolskim, w powiecie namysłowskim:</p> <p>1) w gminie Namysłów, miejscowości: Ligotka, Krasowice, Nowe Smarchowice, Smarchowice Śląskie, Smarchowice Wielkie, Łączany, Ziemiłowice, Jastrzębie, Woskowice Małe, Igłowice, Baldwinowice, Głuszyna, Smogorzów, Brzezinka, Pawłowice Namysłowskie;</p> <p>2) w gminie Wilków, miejscowości: Wilków, Lubska, Dębnik, Wojciechów, Pągów, Idzikowice, Jakubowice;</p> <p>3) w gminie Domaszowice, miejscowości: Gręboszów, Strzelce, Siemysłów, Woskowice Górne, Domaszowice.</p>	20.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>W województwie wielkopolskim, w powiecie kępińskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w powiecie kępińskim, w gminie Rychtal, miejscowości: Dalanów, Darnowiec, Dworzyszczce, Krzyżowniki, Proszów, Rychtal, Sadogóra, Skoroszów, Zgorzelec; 2) w gminie Perzów, miejscowości: Zbuczyna, Ligota, Trębaczów, Posmyk. <p>W województwie dolnośląskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w powiecie oleśnickim, w gminie Dziadowa Kłoda, miejscowości: Gronowice, Dalborowice, Gołębice, Miłowice. 	
	<p>W województwie opolskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w powiecie namysłowskim, w gminie Namysłów miejscowości: Miasto Namysłów, Michalice, Kowalowice, Smarchowice Małe, Objazda, Józefków, Rychnów, Bukowa Śląska, Kamienna, Krzyków. 	12.12.2024 - 20.12.2024
PL-HPAI(P)-2024-00042	<p>W województwie śląskim, w powiecie gliwickim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w gminie Toszek, miejscowości: Ciochowice, Pisarzowice, Toszek, Kotliszowice, Sarnów, Płużniczka, Wilkowiczki, Paczyna. Częściowo miejscowości: Paczynka, gdzie granica obszaru zagrożonego przebiega wzdłuż ulicy Pniowskiej, Boguszyce z wyłączeniem kolonii Zalesie oraz Pniów, gdzie granica obszaru zagrożonego przebiega wzdłuż ulic Górnej i Pniowskiej; 2) w gminie Rudziniec, miejscowości: Poniszowice, Słupsko, Chechło, Widów, Łany, Pławniowice, Bycina, Niewiesz. Częściowo miejscowości: Rudno i Rudziniec, gdzie granica obszaru zagrożonego biegnie wzdłuż linii kolejowej; 3) w gminie Wielowieś, miejscowości: Gajowice, Dąbrówka, Wiśnicze. Częściowo miejscowości: Zacharzowice, gdzie granica obszaru zagrożonego biegnie wzdłuż cieku wodnego „Pniówka”, Świbie w wyłączeniu części wsi o nazwie Napłatki. <p>W województwie opolskim, w powiecie strzeleckim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w gminie Jemielnica, miejscowości: Barut - na południe od ul. Polnej i Marka Prawego, Centawa, Jemielnica-na południowy wschód od DW426; 2) w gminie Strzelce Opolskie, miejscowości: Brzezina, Dziewkowice, Warmątowice, Strzelce Opolskie- dzielnica Mokre Łany; 	25.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	3) w gminie Ujazd, miejscowości: Balcarzowice, Jaryszów, Niezdrowice – Wydzierów (ul. Wiejska 1-7), Nogowczyce, Olszowa – osada Komorniki, Sieroniuwice, Stary Ujazd, Ujazd, Zimna Wódka.	
	<p>W województwie śląskim, w powiecie gliwickim:</p> <p>1) w gminie Toszek, miejscowości: Ligota Toszecka, Kotulin wraz z przynależącą do niego Szklarnią, Pawłowice, Proboszczowice oraz częściowo miejscowość Boguszyce obejmując tylko kolonię Zalesie;</p> <p>2) w gminie Rudziniec, miejscowość: Niekarmia.</p> <p>W województwie opolskim:</p> <p>1) w powiecie strzeleckim, w gminie Strzelce Opolskie, miejscowości: Błotnica Strzelecka, Płużnica Wielka.</p>	17.12.2024 - 25.12.2024
PL-HPAI(P)-2024-00043	<p>W województwie mazowieckim, w powiecie siedleckim:</p> <p>1) w gminie Wiśniew, miejscowości: Borki-Kosiorki, Borki-Paduchy, Borki-Sołdy, Ciosny Daćbogi, Gostchorz, Kaczory, Nowe Okniny, Okniny-Podzdźrój, Pluty, Stare Okniny, Śmiary, Tworki, Wiśniew, Wiśniew-Kolonia wyłącznie część miejscowości sięgającej do drogi krajowej nr 63;</p> <p>2) w gminie Zbuczyn, miejscowości: Borki-Kosy, Borki-Wyrki, Bzów, Chromna, Grodzisk, Jasionka, Karcze, Ługi Wielkie, Pogonów, Rówce, Tchorzew, Tchorzew-Plewki, Wólka Kamienna, Zbuczyn, Zdany.</p> <p>W województwie lubelskim, w powiecie łukowskim:</p> <p>1) w gminie Łuków, miejscowości: Biardy, Gołaszyn, Gręzówka, Gręzówka Kolonia, Klimki, Ławki, Łuków, Role, Suleje, Turze Rogi, Wólka Świątkowa, Zalesie;</p> <p>2) w gminie Trzebieszów, miejscowości: Dębowica, Karwów, Mikłusy, Nurzyna, Płudy, Popławy Rogale, Szaniawy-Matysy, Szaniawy-Poniaty, Świercze, Trzebieszów Drugi, Trzebieszów Kolonia, Trzebieszów Pierwszy, Wierzejki, Wylany, Zaolszynie, Zembry.</p>	28.12.2024

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>W województwie mazowieckim, w powiecie siedleckim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w gminie Wiśniew, miejscowości: Radomyśl, Zabłocie; 2) w gminie Zbuczyn, miejscowości: Dziewule, Januszówka, Łęcznowola, Smolanka. <p>W województwie lubelskim, w powiecie łukowskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w gminie Trzebieszów, miejscowości: Celiny, Gołowierzchy, Wólka Konopna; 2) w gminie Łuków, miejscowości: Krynka. 	<p>20.12.2024 - 28.12.2024</p>
<p>PL-HPAI(P)-2024-00044</p>	<p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) w powiecie iławskim: 1) w powiecie iławskim: <ol style="list-style-type: none"> a) w gminie Iława: w granicach administracyjnych miejscowości Dziarnówko na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Bagno i Tchórzanka, w granicach administracyjnych miejscowości Smolniki na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Bagno i Tchórzanka, w granicach administracyjnych miejscowości Tchórzanka na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Dziarnówko i Pomierki; b) w gminie Lubawa, miejscowości: Biała Góra, Byszwałd, Fijewo, Kazanice, Losy, Łążek, Łązyn, Napromek, Omule, Prątnica, Rodzone, Złotowo, w granicach administracyjnych miejscowości Czerlin na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Lubstyn i Gutowo, w granicach administracyjnych miejscowości Grabowo na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Dół i Wałdyki, w granicach administracyjnych miejscowości Lubstyn na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Czerlin i Grabowo, w granicach administracyjnych miejscowości Ludwichowo na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Samplawa i Pacółtowo, w granicach administracyjnych miejscowości Rakowice na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Biała Góra i Jakubkowo, w granicach administracyjnych miejscowości Rozentel na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Dół i Wałdyki, w granicach administracyjnych miejscowości Samplawa na północ od drogi krajowej nr 15, w granicach administracyjnych miejscowości Szczepankowo na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Czerlin i Truszczyny, w granicach administracyjnych miejscowości Targowisko Dolne na północ od drogi krajowej nr 15, w granicach 	<p>28.12.2024</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>administracyjnych miejscowości Tuszewo na wschód od drogi nr 541, w granicach administracyjnych miejscowości Wałyki na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Czerlin i Grabowo;</p> <p>c) w granicach administracyjnych miasta Lubawa na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Fijewo i Rodzone.</p> <p>2) w powiecie nowomiejskim:</p> <p>a) w gminie Grodziczno, miejscowości: Grodziczno, Kuligi, Linowiec, Montowo, Świniarc, Zwiniarz, w granicach administracyjnych miejscowości Lorki na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Hartowiec i Sugajenko, w granicach administracyjnych miejscowości Mroczenko na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Ostaszewo i Kąciki, w granicach administracyjnych miejscowości Nowe Grodziczno na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Hartowiec i Sugajenko, w granicach administracyjnych miejscowości Zajączkowo na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Łązek i Kuligi;</p> <p>b) w gminie Nowe Miasto Lubawskie, miejscowości: Bratian, Pacóltowo, Tylice, w granicach administracyjnych miejscowości Chrośle na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Smolniki i Mikołajki, w granicach administracyjnych miejscowości Gwiździny na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Kurzętnik i Grądy, w granicach administracyjnych miejscowości Nawra na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Gryźliny i Krzemieniewo, w granicach administracyjnych miejscowości Nowy Dwór Bratiański na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Katarzynki i Nawra, w granicach administracyjnych miejscowości Radomno na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Dół i Nowy Dwór Bratiański;</p>	

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>c) w granicach administracyjnych miasta Nowe Miasto Lubawskie na wschód od ulicy Jagiellońskiej, dalej ulicą Mickiewicza do Ronda Niepodległości, następnie na wschód od linii łączącej Rondo Niepodległości i miejscowość Nawra</p> <p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <p>1) w powiecie iławskim:</p> <p>a) w gminie Lubawa, miejscowości: Mortęgi, Targowisko Górne, w granicach administracyjnych miejscowości Ludwichowo na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Samplawa i Pacółtowo, w granicach administracyjnych miejscowości Rakowice na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Biała Góra i Jakubkowo, w granicach administracyjnych miejscowości Samplawa na południe od drogi krajowej nr 15, w granicach administracyjnych miejscowości Targowisko Dolne na południe od drogi krajowej nr 15, w granicach administracyjnych miejscowości Tuszewo na zachód od drogi nr 541;</p> <p>b) w granicach administracyjnych miasta Lubawa na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Fijewo i Rodzone;</p> <p>2) w powiecie nowomiejskim, w gminie Grodziczno: w granicach administracyjnych miejscowości Zajączkowo na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Łązek i Kuligi.</p>	<p>20.12.2024 - 28.12.2024</p>
<p>PL-HPAI(NON-P)-2024-00060</p>	<p>W województwie kujawsko-pomorskim, w powiecie włocławskim:</p> <p>1) w gminie Lubień Kujawski, sołectwa: Wiktorowo, Rzezewo, Błędowo, Kłóbka, Krzewie, Modlibórz, Bagno, Gagowy, Beszyn, Dziańkowo, Świerna, Kanibród, Czaple, Kaliska, Gole, Kobyła Łąka, Narty;</p> <p>2) Miasto Lubień Kujawski;</p> <p>3) w gminie Baruchowo, sołectwa: Kłotno, Kurowo-Kolonia, Kurowo-Parcele, Skrzyńki, Nowa Zawada, Zawada-Piaski, Patrówek, Okna, Goreń, Zakrzewo oraz część sołectwa: Baruchowo, gdzie granica obszaru zagrożonego przebiega na północ od drogi wojewódzkiej 265 i część sołectwa Świątkowice, gdzie granica obszaru zagrożonego przebiega na północ od drogi wojewódzkiej 265;</p> <p>4) w gminie Chocień, sołectwa: Grabówka, Kuźnice, Wola Nakonowska, Śmiłowice Pustki, Śmiłowice, Wilkowice, Wilkowiczki bez miejscowości Księżą Kępka, Stare Nakonowska, Czerniewice II, Czerniewice I, Szczutkowo, Ząbin, Jarantowice,</p>	<p>13.1.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>Bodzanówek, Bodzanowo, Lutobórz, Choceń;</p> <p>5) w gminie Włocławek, sołectwo: Telążna Leśna, Warząchewka Polska, Pinczata oraz miejscowość Widoń;</p> <p>6) w gminie Chodecz, sołectwo: Sobiczewy, Brzyszewo;</p> <p>7) w gminie Kowal, sołectwa: Przydatki, Gołaszewskie, Gołaszewo, Nakonowo, Krzewent, Dębniaki, Grodztwo, część sołectwa Świątkowice, gdzie granica obszaru zagrożonego przebiega na północ od drogi wojewódzkiej 265;</p> <p>8) Miasto Kowal</p> <p>W województwie mazowieckim, w powiecie gostynińskim:</p> <p>1) w gminie Gostynin miejscowości: Gulewo, Józefków, Białotarsk.</p>	
	<p>W województwie kujawsko-pomorskim, w powiecie włocławskim:</p> <p>1) w gminie Kowal, sołectwa: Strzały, Bogusławice, Więśławice, Unisławice, Dobrzelewie, Dąbrówka, Dziardonice, Grabkowo, Kępka Szlachecka, Czerniewiczki, oraz część sołectwa Rakutowo, gdzie granica obszaru zapowietrzonego przebiega na południe od drogi wojewódzkiej 265 od miejscowości Kowal do miejscowości Więśławice Parcele;</p> <p>2) w gminie Lubień Kujawski, sołectwa: Chojny, Szewo, Bilno;</p> <p>3) w gminie Baruchowo, sołectwo: Boża Wola, Grodno, część sołectwa Baruchowo, gdzie granica obszaru zapowietrzonego przebiega na południe od drogi wojewódzkiej 265, część sołectwa Świątkowice gdzie granica obszaru zapowietrzonego przebiega na południe od drogi wojewódzkiej 265;</p> <p>4) w gminie Choceń: miejscowość Księża Kępka.</p>	5.1.2025 - 13.1.2025

Mitgliedstaat: Rumänien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
County: Bihor		
HU-HPAI(P)-2024-00202	GRĂNICERI – Com. GRĂNICERI ȘICLĂU – Com. GRĂNICERI SÂNMARTIN – Com. MACEA MACEA – Com. MACEA	12.1.2025
County: Timiș		
RO-HPAI(P)-2024-00003	SECAȘ – Com. SECAȘ BARA – Com. BARA DOBREȘTI – Com. BARA LĂPUȘNIC – Com. BARA OHABA LUNGĂ – Com. OHABA LUNGĂ IERȘNIC – Com. OHABA LUNGĂ CLADOVA – Com. BETHAUSEN REMETEA-LUNCĂ – Com. MĂNĂȘTIUR LEUCUȘEȘTI – Com. BETHAUSEN JUPANI – Com. TRAIAN VUIA SUSANI – Com. TRAIAN VUIA SUDRIAȘ – Com. TRAIAN VUIA CLICIOVA – Com. BETHAUSEN NEVRINCEA – Com. BETHAUSEN VALEA LUNGĂ ROMÂNĂ – Com. COȘTEIU ȚIPARI – Com. COȘTEIU PĂRU – Com. COȘTEIU BALINȚ – Com. BALINȚ TÂRGOVIȘTE – Com. BALINȚ PANIOVA – Com. GHIZELA FĂDIMAC – Com. BALINȚ	26.12.2024
	CUTINA – Com. BETHAUSEN BETHAUSEN – Com. BETHAUSEN BODO – Com. BALINȚ	18.12.2024 - 26.12.2024

Teil C

Weitere Sperrzonen gemäß Artikel 1 Buchstabe b und Artikel 4 in den betroffenen Mitgliedstaaten*:

Mitgliedstaat: Italien

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 3a gültig bis
Emilia-Romagna region:	
<ul style="list-style-type: none"> — Municipality of Argenta (Ferrara) East of SS16 — Municipality of Codigoro (Ferrara) — Municipality of Comacchio (Ferrara) — Municipality of Fiscaglia (Ferrara) — Municipality of Goro (Ferrara) 	31.1.2025

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 3a gültig bis
<ul style="list-style-type: none"> — Municipality of Lagosanto (Ferrara) — Municipality of Mesola (Ferrara) — Municipality of Argenta (Ferrara) East of SS16 — Municipality of Codigoro (Ferrara) — Municipality of Comacchio (Ferrara) — Municipality of Fiscaglia (Ferrara) — Municipality of Goro (Ferrara) — Municipality of Lagosanto (Ferrara) — Municipality of Mesola (Ferrara) — Municipality of Argenta (Ferrara) East of SS16 — Municipality of Codigoro (Ferrara) 	
Lombardia region:	
<ul style="list-style-type: none"> — Municipality of Acquafredda (Brescia) — Municipality of Alfianello (Brescia) — Municipality of Azzano Mella (Brescia) — Municipality of Bagnolo Mella (Brescia) — Municipality of Barbariga (Brescia) — Municipality of Bassano Bresciano (Brescia) — Municipality of Berlingo (Brescia) — Municipality of Borgo San Giacomo (Brescia) — Municipality of Borgosatollo (Brescia) — Municipality of Brandico (Brescia) — Municipality of Brescia (Brescia) South of A4 — Municipality of Calcinato (Brescia) South of A4 — Municipality of Calvisano (Brescia) — Municipality of Capriano del Colle (Brescia) — Municipality of Carpenedolo (Brescia) — Municipality of Castegnato (Brescia) South of A4 — Municipality of Castel Mella (Brescia) — Municipality of Castelvovati (Brescia) — Municipality of Castenedolo (Brescia) South of A4 — Municipality of Castrezzato (Brescia) — Municipality of Cazzago San Martino (Brescia) South of A4 — Municipality of Chiari (Brescia) — Municipality of Cigole (Brescia) — Municipality of Coccaglio (Brescia) — Municipality of Cologne (Brescia) — Municipality of Comezzano-Cizzago (Brescia) — Municipality of Corzano (Brescia) — Municipality of Dello (Brescia) — Municipality of Desenzano del Garda (Brescia) South of A4 — Municipality of Erbusco (Brescia) South of A4 — Municipality of Fiesse (Brescia) — Municipality of Flero (Brescia) — Municipality of Gambara (Brescia) — Municipality of Ghedi (Brescia) — Municipality of Gottolengo (Brescia) — Municipality of Isorella (Brescia) — Municipality of Leno (Brescia) — Municipality of Lograto (Brescia) — Municipality of Lonato del Garda (Brescia) South of A4 — Municipality of Longhena (Brescia) — Municipality of Maclodio (Brescia) — Municipality of Mairano (Brescia) — Municipality of Manerbio (Brescia) — Municipality of Milzano (Brescia) — Municipality of Montichiari (Brescia) — Municipality of Montirone (Brescia) 	31.1.2025

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 3a gültig bis
<ul style="list-style-type: none"> — Municipality of Offlaga (Brescia) — Municipality of Orzinuovi (Brescia) — Municipality of Orzivecchi (Brescia) — Municipality of Ospitaletto (Brescia) South of A4 — Municipality of Palazzolo sull'Oglio (Brescia) South of A4 — Municipality of Pavone del Mella (Brescia) — Municipality of Pompiano (Brescia) — Municipality of Poncarale (Brescia) — Municipality of Ponteviso (Brescia) — Municipality of Pontoglio (Brescia) — Municipality of Pozzolengo (Brescia) South of A4 — Municipality of Pralboino (Brescia) — Municipality of Quinzano d'Oglio (Brescia) — Municipality of Remedello (Brescia) — Municipality of Rezzato (Brescia) South of A4 — Municipality of Roccafranca (Brescia) — Municipality of Roncadelle (Brescia) South of A4 — Municipality of Rovato (Brescia) South of A4 — Municipality of Rudiano (Brescia) — Municipality of San Gervasio Bresciano (Brescia) — Municipality of San Paolo (Brescia) — Municipality of San Zeno Naviglio (Brescia) — Municipality of Seniga (Brescia) — Municipality of Torbole Casaglia (Brescia) — Municipality of Travagliato (Brescia) — Municipality of Trenzano (Brescia) — Municipality of Urago d'Oglio (Brescia) — Municipality of Verolanuova (Brescia) — Municipality of Verolavecchia (Brescia) — Municipality of Villachiaro (Brescia) — Municipality of Visano (Brescia) — Municipality of Castiglione delle Stiviere (Mantova) — Municipality of Cavriana (Mantova) — Municipality of Ceresara (Mantova) — Municipality of Goito (Mantova) — Municipality of Guidizzolo (Mantova) — Municipality of Medole (Mantova) — Municipality of Monzambano (Mantova) — Municipality of Ponti sul Mincio (Mantova) — Municipality of Solferino (Mantova) — Municipality of Volta Mantovana (Mantova) 	
Veneto region:	
<ul style="list-style-type: none"> — Municipality of Arzergrande (Padova) — Municipality of Bovolenta (Padova) — Municipality of Brugine (Padova) — Municipality of Candiana (Padova) — Municipality of Codevigo (Padova) — Municipality of Correzzola (Padova) — Municipality of Piove di Sacco (Padova) — Municipality of Pontelongo (Padova) — Municipality of Sant'Angelo di Piove di Sacco (Padova) — Municipality of Adria (Rovigo) — Municipality of Ariano nel Polesine (Rovigo) — Municipality of Corbola (Rovigo) — Municipality of Loreo (Rovigo) — Municipality of Papozze (Rovigo) — Municipality of Pettorazza Grimani (Rovigo) — Municipality of Porto Tolle (Rovigo) 	31.1.2025

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 3a gültig bis
<ul style="list-style-type: none"> — Municipality of Porto Viro (Rovigo) — Municipality of Rosolina (Rovigo) — Municipality of Taglio di Po (Rovigo) — Municipality of Annone Veneto (Venezia) — Municipality of Campagna Lupia (Venezia) — Municipality of Campolongo Maggiore (Venezia) — Municipality of Camponogara (Venezia) — Municipality of Caorle (Venezia) — Municipality of Cavallino-Treporti (Venezia) — Municipality of Cavarzere (Venezia) — Municipality of Ceggia (Venezia) — Municipality of Chioggia (Venezia) — Municipality of Cinto Caomaggiore (Venezia) — Municipality of Cona (Venezia) — Municipality of Concordia Sagittaria (Venezia) — Municipality of Dolo (Venezia) — Municipality of Eraclea (Venezia) — Municipality of Fiesso d'Artico (Venezia) — Municipality of Fossò (Venezia) — Municipality of Fossalta di Piave (Venezia) — Municipality of Fossalta di Portogruaro (Venezia) — Municipality of Gruaro (Venezia) — Municipality of Jesolo (Venezia) — Municipality of Marcon (Venezia) — Municipality of Martellago (Venezia) — Municipality of Meolo (Venezia) — Municipality of Mira (Venezia) — Municipality of Mirano (Venezia) — Municipality of Musile di Piave (Venezia) — Municipality of Noale (Venezia) — Municipality of Noventa di Piave (Venezia) — Municipality of Pianiga (Venezia) — Municipality of Portogruaro (Venezia) — Municipality of Pramaggiore (Venezia) — Municipality of Quarto d'Altino (Venezia) — Municipality of Salzano (Venezia) — Municipality of San Donà di Piave (Venezia) — Municipality of San Michele al Tagliamento (Venezia) — Municipality of San Stino di Livenza (Venezia) — Municipality of Santa Maria di Sala (Venezia) — Municipality of Scorzè (Venezia) — Municipality of Spinea (Venezia) — Municipality of Stra (Venezia) — Municipality of Teglieto Veneto (Venezia) — Municipality of Torre di Mosto (Venezia) — Municipality of Venezia (Venezia) — Municipality of Vigonovo (Venezia) 	

Mitgliedstaat: Polen

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 3a gültig bis
W województwie wielkopolskim:	
1) w powiecie poznańskim, w gminie Kostrzyn, miejscowości: Czerlejnko, Trzek, Strumiany, Sokolniki Klonowskie, Libartowo, Siedlec, Brzeźno, Antonin; 2) w powiecie poznańskim, w gminie Kleszczewo: miejscowości: Tulce, Komorniki; 3) w powiecie poznańskim, w gminie Kórnik, miejscowości: Dachowa, Robakowo, Borówiec, Skrzyńki, Mościenica, Bnin, Czołowo, Błażejewo; 4) w powiecie średzkim, w gminie Dominowo, miejscowość Dzierznica; 5) w powiecie średzkim, gmina Nowe Miasto nad Wartą na terenie nie objętym obszarem, o którym mowa w cz. B załącznika; 6) w powiecie średzkim, gmina Zaniemyśl na terenie nie objętym obszarem, o którym mowa w cz. B załącznika; 7) w powiecie wrzesińskim, w gminie Nekla, miejscowości: Starczanowo, Stroszki, Podstolice, Chwałszyce, Stępcin, Opatówko; 8) w powiecie wrzesińskim, w gminie Września, miejscowości: Września, Żerniki, Bierzglinek, Dębina, Białężyce, Chocicza Wielka, Nadarzyce, Gozdowo, Gozdowo-Młyn; 9) w powiecie wrzesińskim, w gminie Kołaczkowo, miejscowości: Bieczewo, Bieganowo, Sokolniki, Szamarzewo; 10) w powiecie wrzesińskim, w gminie Pyzdry, miejscowości: Rataje, Ksawerów, Wałga, Zapowiednia, Królewiny, Glinianki, Trzcianki, Benewicze, Kruszyny, Tłoczyzna, Baraniec, Dolne Grądy, Zimochowiec, Zamość, Modlica, Ruda Komorska, Łupice, Olsz, Lisewo; 11) w powiecie jarocińskim, w gminie Żerków, miejscowości: Chrzan, Laski, Bieździadów, Rozmarynów, Brzostków, Antonin, Przybysław, Kretków, Żerniki; 12) w powiecie śremskim, w gminie Książ Wlkp., miejscowości: Gogolewo, Gogolewko, Świączyń.	19.12.2024

* Im Einklang mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 des Windsor-Rahmens (siehe die Gemeinsame Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs im mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten gemeinsamen Ausschuss vom 24. März 2023, ABl. L 102 vom 17.4.2023, S. 87) in Verbindung mit Anhang 2 dieses Rahmens gelten für die Zwecke dieses Anhangs Verweise auf einen Mitgliedstaat auch für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland.



2024/3236

23.12.2024

VERORDNUNG (EU) 2024/3236 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 19. Dezember 2024

zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1057 und (EU) 2021/1058 hinsichtlich der Regionalen Soforthilfe für den Wiederaufbau (RESTORE)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 164, Artikel 175 Absatz 3 und Artikel 178,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen ⁽²⁾,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die jüngsten Überschwemmungen und Waldbrände in Mittel-, Ost- und Südeuropa hatten verheerende Auswirkungen auf die Bevölkerung dieser Regionen. In vielen Städten und Dörfern sind umfangreiche Wiederaufbauarbeiten erforderlich, um beschädigte Infrastruktur und Ausrüstung zu reparieren. Zur Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Naturkatastrophen sind Sofortmaßnahmen notwendig. Darüber hinaus besteht unmittelbarer Bedarf an materieller Basisunterstützung. Darüber hinaus muss der Erhalt von Arbeitsplätzen unterstützt werden, um Beschäftigten und Selbstständigen dabei zu helfen, ihre Arbeitsplätze für einen begrenzten Zeitraum zu behalten, wenn sie infolge einer Naturkatastrophe keinen Zugang zu ihren üblichen Arbeitsort haben. Um den verheerenden Auswirkungen von Naturkatastrophen auf die Gesundheit der Menschen entgegenzuwirken, sollte ein Zugang zur Gesundheitsversorgung möglich sein, auch für Personen, die nicht akut sozioökonomisch benachteiligt sind. Es gibt Hinweise darauf, dass Naturkatastrophen in Zukunft verstärkt auftreten dürften. Daher ist es angezeigt, einen befristeten Rahmen zu schaffen, der Flexibilität und finanzielle Unterstützung bietet und gleichzeitig den langfristigen strategischen Charakter der kohäsionspolitischen Investitionen bewahrt.
- (2) Um die Haushalte der betroffenen Mitgliedstaaten rasch zu entlasten und das Risiko neuer territorialer Ungleichheiten zu mindern, sollte zusätzlich zu den verfügbaren Mitteln aus dem mit der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates ⁽⁴⁾ eingerichteten Solidaritätsfonds der Europäischen Union eine wirksame Unterstützung der Mitgliedstaaten, Regionen und lokalen Behörden sowie der von solchen Naturkatastrophen schwer betroffenen Menschen durch den mit der Verordnung (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁵⁾ eingerichteten Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und den mit der Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁶⁾ eingerichteten Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) vorgesehen werden.
- (3) Um den von Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten zusätzliche Flexibilität zu bieten, sollte ein neues spezifisches Ziel im Rahmen des Ziels „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ vorgesehen werden, um die finanzielle Unterstützung aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds auf den Wiederaufbau in Reaktion auf solche Katastrophen zu lenken.

⁽¹⁾ Stellungnahme vom 4. Dezember 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ Stellungnahme vom 21. November 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽³⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 18. Dezember 2024.

⁽⁴⁾ Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates vom 11. November 2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 311 vom 14.11.2002, S. 3).

⁽⁵⁾ Verordnung (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 21, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1057/oj>).

⁽⁶⁾ Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 60, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1058/oj>).

- (4) Das in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽⁷⁾, in dessen Rahmen das neue spezifische Ziel eingeführt werden soll, genannte politische Ziel 2, das ein grüneres, CO₂-armes, auf eine CO₂-neutrale Wirtschaft und widerstandsfähiges Europa durch die Förderung von sauberen Energien und einer fairen Energiewende, von grünen und blauen Investitionen, der Kreislaufwirtschaft, des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel, der Risikoprävention und des Risikomanagements sowie der nachhaltigen städtischen Mobilität fördert, unterstützt unmittelbar die Ziele des europäischen Grünen Deals. Die Mitteilung der Kommission vom 24. Februar 2021 mit dem Titel „ein klimaresilientes Europa aufbauen — die neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel“ zielt darauf ab, Anpassungsmaßnahmen zur Bewältigung von Risiken im Zusammenhang mit Katastrophen infolge des Klimawandels wie Überschwemmungen, Waldbrände oder Dürren zu entwickeln. Die Kontinuität und Verstärkung der geplanten Investitionen in die Katastrophenprävention und -vorsorge sowie in die Anpassung an den Klimawandel sollte sichergestellt sein, um die Auswirkungen der immer häufiger werdenden, auch klimabedingten, Naturkatastrophen zu mildern. Wiederaufbaumaßnahmen sollten nicht zulasten von Investitionen in strukturelle langfristige Katastrophenprävention und -vorsorge gehen. Die Anwendung der Sicherung der Klimaverträglichkeit und des Grundsatzes „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ sollte bei Investitionen in Infrastruktur sichergestellt werden, um die Resilienz der von der Union finanzierten Infrastruktur gegenüber künftigen, häufigeren und schwereren klimabedingten Katastrophen zu erhöhen.
- (5) Im Einklang mit dem in der Verordnung (EU) 2021/1058 festgelegten Umfang der Unterstützung aus dem EFRE kann die Unterstützung des Wiederaufbaus als Reaktion auf Naturkatastrophen im Rahmen des neuen spezifischen Ziels die Wiederherstellung beschädigter oder zerstörter Infrastrukturen wie öffentliche Infrastruktur oder Investitionen in Anlagekapital für Unternehmen und Ausrüstung umfassen, erforderlichenfalls auch an einem anderen Standort oder in anderer Form, die vom Original abweichen, wobei auf Resilienz und Nachhaltigkeit zu achten ist. Darüber hinaus kann die Wiederherstellung von Naturgebieten, der biologischen Vielfalt und der grünen Infrastruktur, auch in Natura-2000-Gebieten, unterstützt werden. Dies kann einschlägige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wiederaufforstung umfassen. Aus dem Kohäsionsfonds kann auch das neue spezifische Ziel unterstützt werden, sofern dies mit dem in der Verordnung (EU) 2021/1058 festgelegten Umfang der Unterstützung aus dem Kohäsionsfonds im Einklang steht.
- (6) Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau als Reaktion auf Naturkatastrophen sollten Maßnahmen, die auf dem Grundsatz des besseren Wiederaufbaus („Build Back Better“) beruhen, im Auswahlverfahren Vorrang haben. Dieser Grundsatz beinhaltet, dass die Wiederherstellungs-, Rehabilitations- und Wiederaufbauphasen nach einer Katastrophe genutzt werden, um die Resilienz von Gemeinschaften durch die Integration von Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge zu erhöhen, wie im Sendai-Rahmen der Vereinten Nationen für Katastrophenvorsorge 2015-2030 dargelegt. Gleichzeitig sollte die Unterstützung für die ausgewählten Vorhaben verhältnismäßig bleiben und das beste Verhältnis zwischen der Höhe der Unterstützung und dem Ziel der Gewährleistung der Katastrophenresilienz aufweisen. Kommt ein Mitgliedstaat für eine Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union in Betracht, um wesentliche Notfall- und Wiederaufbaumaßnahmen zur Wiederherstellung des Zustands der Infrastruktur vor Eintritt der Naturkatastrophe zu finanzieren, kann die Unterstützung aus dem EFRE und aus dem Kohäsionsfonds ergänzend zum Solidaritätsfonds der Europäischen Union genutzt werden, um die Funktionalität der betroffenen Infrastruktur zu verbessern und ihre Kapazität, Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Naturkatastrophen zu verbessern. Die Unterstützung aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds dient der Unterstützung der Verbesserung der Resilienz und Risikovorsorge.
- (7) Um Überzahlungen auszuschließen, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass sich die Unterstützung aus dem ESF +, dem EFRE oder dem Kohäsionsfonds nicht mit der Unterstützung aus einem anderen Instrument der Union, aus einem nationalen Instrument oder aus einer privaten Versicherung überschneidet.
- (8) Um auf die Auswirkungen von Naturkatastrophen reagieren zu können, sollte es den Mitgliedstaaten gestattet sein, durch spezielle Prioritäten gezielte, schnelle und sofortige Hilfe zu leisten, um die negativen sozioökonomischen Folgen solcher Katastrophen abzufedern. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten in der Lage sein, befristete Maßnahmen für unmittelbar von Naturkatastrophen betroffene Menschen in Form von Nahrungsmittelhilfe und/oder materieller Basisunterstützung entweder innerhalb oder außerhalb der speziellen Priorität zu unterstützen, ohne eine Verpflichtung, flankierende Maßnahmen vorzusehen. Zudem sollten Mitgliedstaaten, soweit unbedingt erforderlich und gerechtfertigt, auch Kurzarbeitsregelungen für Beschäftigte und Selbstständige, die von den Folgen von Naturkatastrophen betroffen sind, vorsehen, damit diese ihren Arbeitsplatz ohne das Vorsehen aktiver Maßnahmen (sofern diese Maßnahmen nicht durch nationales Recht vorgeschrieben sind) behalten können, sowie Maßnahmen zur Gewährleistung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, auch für Personen, die nicht akut sozioökonomisch benachteiligt sind, möglich sein. Es ist daher angezeigt, im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/1057 für einen begrenzten Zeitraum Flexibilitätsmöglichkeiten für diese befristeten Maßnahmen vorzusehen.

(7) Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj>).

- (9) Die Mittel zur Unterstützung der Reaktion auf Naturkatastrophen sollten im Rahmen einer von mehreren speziellen Prioritäten mit einem Kofinanzierungssatz von bis zu 95 % programmiert werden. Mitgliedstaaten können die in der Verordnung (EU) 2021/1060 vorgesehenen Möglichkeiten für die Übertragung von Zuweisungen zwischen den Fonds der Kohäsionspolitik nutzen, um die im Rahmen dieser speziellen Prioritäten verfügbaren Mittel aufzustocken. Sie können auch Mittel aus jedem anderen der politischen Ziele umschichten, wobei die geltenden Vorschriften einzuhalten sind.
- (10) Die im Rahmen der speziellen Prioritäten programmierten Gesamtmittel sollten auf höchstens 10 % der ursprünglichen nationalen Gesamtzuweisung des Mitgliedstaats aus dem ESF+ und dem EFRE begrenzt werden. Es sollte möglich sein, diese Mittel im Rahmen mehrerer Programmänderungen zu programmieren und mit einer oder mehreren Katastrophen in Zusammenhang zu stellen. Der Grundsatz, dass die Zahlungen der Kommission gemäß den Mittelzuweisungen und vorbehaltlich verfügbarer Finanzmittel zu erfolgen haben, sollte weiterhin gelten.
- (11) Um Investitionen in den Wiederaufbau als Reaktion auf Naturkatastrophen sofort zu unterstützen und die negativen sozioökonomischen Folgen solcher Naturkatastrophen abzufedern, sollte ein zusätzlicher Betrag an außerordentlicher Vorfinanzierung für die speziellen Prioritäten bereitgestellt werden. Die für diese außerordentlichen Vorfinanzierungsbeträge geltenden Vorschriften sollten mit den Vorschriften für Vorfinanzierungen gemäß der Verordnung (EU) 2021/1060 in Einklang stehen.
- (12) Damit die Mitgliedstaaten die Folgen von zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2025 eingetretenen Naturkatastrophen gänzlich bewältigen können, sollte es ihren Verwaltungsbehörden gestattet sein, Unterstützungsmaßnahmen auszuwählen, die konkret abgeschlossen oder vollständig durchgeführt wurden, bevor der Antrag auf Finanzmittel im Rahmen des Programms bei der Verwaltungsbehörde eingereicht wurde, sofern das Vorhaben aufgrund einer solchen Naturkatastrophe erfolgt.
- (13) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich angesichts der jüngsten Überschwemmungen und Waldbrände in Mittel-, Ost- und Südeuropa die negativen sozioökonomischen Folgen von Naturkatastrophen durch die Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1057 und (EU) 2021/1058 abzufedern, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (14) Die Verordnungen (EU) 2021/1057 und (EU) 2021/1058 sollten daher entsprechend geändert werden.
- (15) Wegen der verheerenden Folgen der jüngsten Naturkatastrophen und der dringenden Notwendigkeit, unmittelbare Unterstützung für die Mitgliedstaaten bereitzustellen, wird es als angemessen erachtet, sich auf die Ausnahme von der Achtwochenfrist gemäß Artikel 4 des dem Vertrag über die Europäische Union, dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zu berufen.
- (16) Angesichts der Dringlichkeit der Lage im Zusammenhang mit den Naturkatastrophen sollte die vorliegende Verordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Verordnung (EU) 2021/1057

In die Verordnung (EU) 2021/1057 wird der folgende Artikel eingefügt:

„Artikel 12b

Unterstützung der Abfederung der negativen sozioökonomischen Folgen von Naturkatastrophen

- (1) Die Mitgliedstaaten können den ESF+ nutzen, um die Abfederung der negativen sozioökonomischen Folgen von zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2025 eingetretenen Naturkatastrophen zu unterstützen. Für die Zwecke dieses Artikels ist unter einer Naturkatastrophe eine Naturkatastrophe größeren Ausmaßes oder eine regionale Naturkatastrophe gemäß den Definitionen in Artikel 2 Absätze 2 bzw. 3 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates (*) zu verstehen. Dies kann eine Naturkatastrophe einschließen, die zu direkten Schäden unterhalb der in Artikel 2 Absätze 2 und 3 der genannten Verordnung festgelegten Schwellenwerte führt, sofern sie von einer zuständigen Behörde des

Mitgliedstaats als Naturkatastrophe anerkannt wurde. Ist die Naturkatastrophe, die zu direkten Schäden unterhalb der in Artikel 2 Absätze 2 und 3 der genannten Verordnung festgelegten Schwellenwerte führt, nach dem 24. Dezember 2024 eingetreten, so ist sie als Naturkatastrophe zu verstehen, unter der Voraussetzung, dass sie innerhalb von zwölf Wochen nach Auftreten der ersten Schäden, die durch diese Naturkatastrophe verursacht wurden, von einer zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats als eine solche anerkannt wurde.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 dieses Artikels können die Mittel im Rahmen spezieller Prioritäten der betreffenden Programme programmiert werden. Für den gesamten Programmplanungszeitraum wird der Gesamtbetrag der diesen speziellen Prioritäten aus dem ESF+, dem EFRE und dem Kohäsionsfonds nach Artikel 3 Absatz 1b der Verordnung (EU) 2021/1058 zugewiesenen Mittel auf höchstens 10 % der ursprünglichen nationalen Gesamtzusweisung aus dem ESF+ und dem EFRE begrenzt. Die betreffende Programmänderung ist innerhalb von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Naturkatastrophe eingetreten ist, oder, wenn die Naturkatastrophe vor dem 24. Dezember 2024 eingetreten ist, bis zum 25. Juni 2025 vorzulegen.

(3) Mit der in Absatz 2 dieses Artikels genannten speziellen Prioritäten kann jedes in Artikel 4 Absatz 1 dieser Verordnung aufgeführte spezifische Ziel unterstützt werden.

(4) Sofern als befristete Maßnahmen unbedingt erforderlich können Kurzarbeitsregelungen, die eine Reaktion auf die Folgen von Naturkatastrophen darstellen, ohne dass sie mit aktiven Maßnahmen kombiniert werden müssen, sowie der Zugang zur Gesundheitsversorgung, auch für Personen, die nicht akut sozioökonomisch benachteiligt sind, für einen Zeitraum von höchstens 18 Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Naturkatastrophe eingetreten ist, förderfähig sein.

(5) Abweichend von Artikel 19 Absatz 4 sind die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet, die Abgabe von Nahrungsmitteln und/oder materieller Basisunterstützung durch flankierende Maßnahmen im Rahmen des spezifischen Ziels gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe m zu ergänzen, wenn die Abgabe eine Reaktion auf die Folgen einer Naturkatastrophe darstellt. Eine solche Abgabe von Nahrungsmitteln und/oder materieller Basisunterstützung kann ohne flankierende Maßnahmen für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Naturkatastrophe eingetreten ist, und in jedem Fall nach dem 1. Januar 2024 für eine Finanzierung in Betracht kommen.

(6) Abweichend von Artikel 63 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/1060 kann die betreffende Verwaltungsbehörde Vorhaben, die konkret abgeschlossen oder vollständig durchgeführt wurden, bevor bei der Verwaltungsbehörde der Finanzierungsantrag eingereicht wurde, für eine Unterstützung im Rahmen einer speziellen Priorität auswählen, sofern das Vorhaben eine Reaktion auf eine Naturkatastrophe darstellt, die zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2025 eingetreten ist.

(7) Die Kommission zahlt 25 % der Zuweisung für die in Absatz 2 dieses Artikels genannten speziellen Prioritäten gemäß dem Beschluss zur Genehmigung der Programmänderung als außerordentliche Vorfinanzierung zusätzlich zur jährlichen Vorfinanzierung für das Programm gemäß Artikel 90 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2021/1060. Diese außerordentliche Vorfinanzierung wird, vorbehaltlich der Verfügbarkeit der Mittel, innerhalb von 60 Tagen nach Annahme des Beschlusses der Kommission zur Genehmigung der Programmänderung gezahlt. Wird die Mittelzuweisung für diese Prioritäten anschließend erhöht, wird ein zusätzlicher Vorfinanzierungsbetrag in Höhe von 25 % der Erhöhung gezahlt.

Gemäß Artikel 90 Absatz 5 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 wird der als außerordentliche Vorfinanzierung gezahlte Betrag spätestens mit dem abschließenden Geschäftsjahr in der Rechnungslegung der Kommission verbucht.

Gemäß Artikel 90 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/1060 werden jegliche durch die außerordentliche Vorfinanzierung erwirtschafteten Zinsen für das betreffende Programm auf dieselbe Art verwendet wie die Mittel aus dem ESF+ und fließen in die Rechnungslegung für das abschließende Geschäftsjahr ein.

Gemäß Artikel 97 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 wird die außerordentliche Vorfinanzierung nicht ausgesetzt.

Gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 schließt die Vorfinanzierung, die bei der Berechnung von Beträgen, für die die Mittelbindung aufzuheben ist, zu berücksichtigen ist, die geleistete außerordentliche Vorfinanzierung ein.

(8) Abweichend von Artikel 112 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/1060 wird der Höchstsatz der Kofinanzierung für eine spezielle Priorität, die zur Unterstützung der Abfederung der negativen sozioökonomischen Folgen von Naturkatastrophen nach Absatz 2 dieses Artikels festgelegt wurde, auf 95 % festgelegt.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Unterstützung aus einem anderen Instrument der Union, aus einem nationalen Instrument oder aus einer privaten Versicherung für Vorhaben, die zur Reaktion auf Naturkatastrophen ausgewählt wurden, von den Ausgaben in dem bei der Kommission eingereichten Zahlungsantrag abgezogen wird.

(*) Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates vom 11. November 2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (Abl. L 311 vom 14.11.2002, S. 3, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2002/2012/oj>).“

Artikel 2

Änderung der Verordnung (EU) 2021/1058

Die Verordnung (EU) 2021/1058 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Buchstabe b wird folgende Ziffer angefügt:

„x) Unterstützung von Investitionen, die dem Wiederaufbau als Reaktion auf eine Naturkatastrophe, die zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2025 eingetreten ist, dienen.“

b) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(1b) Für die Zwecke von Absatz 1 Buchstabe b Ziffer x dieses Artikels ist unter einer Naturkatastrophe eine Naturkatastrophe größeren Ausmaßes oder eine regionale Naturkatastrophe gemäß den Definitionen in Artikel 2 Absatz 2 bzw. 3 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates (*) zu verstehen. Dies kann eine Naturkatastrophe einschließen, die zu direkten Schäden unterhalb der in Artikel 2 Absätze 2 und 3 der genannten Verordnung festgelegten Schwellenwerte führt, sofern sie von einer zuständigen Behörde des Mitgliedstaats als Naturkatastrophe anerkannt wurde.

Ist die Naturkatastrophe, die zu direkten Schäden unterhalb der in Artikel 2 Absätze 2 und 3 der genannten Verordnung festgelegten Schwellenwerte führt, nach dem 24. Dezember 2024 eingetreten, so ist sie als Naturkatastrophe zu verstehen, unter der Voraussetzung, dass sie innerhalb von zwölf Wochen nach Auftreten der ersten Schäden, die durch diese Naturkatastrophe verursacht wurden, von einer zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats als eine solche anerkannt wurde.

Die Mittel, die im Rahmen des in Absatz 1 Buchstabe b Ziffer x des vorliegenden Artikels genannten spezifischen Ziels zugewiesen werden, werden im Rahmen spezieller Prioritäten der Programme des Ziels ‚Investitionen in Beschäftigung und Wachstum‘ entsprechend dem jeweiligen politischen Ziel programmiert. Für den gesamten Programmplanungszeitraum werden die Mittel, die im Rahmen dieses spezifischen Ziels und der gemäß Artikel 12b Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/1057 festgelegten speziellen Prioritäten zugewiesen wurden, auf höchstens 10 % der ursprünglichen nationalen Gesamtzuweisung aus dem ESF+ und dem EFRE begrenzt. Die betreffende Programmänderung ist innerhalb von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Schäden infolge der Naturkatastrophe zuerst aufgetreten sind, oder, wenn die Naturkatastrophe vor dem 24. Dezember 2024 eingetreten ist, bis zum 25. Juni 2025 vorzulegen.

Die Kommission zahlt 25 % der Zuweisung für die in Unterabsatz 3 des vorliegenden Absatzes genannten Prioritäten gemäß dem Beschluss zur Genehmigung der Programmänderung als außerordentliche Vorfinanzierung zusätzlich zur jährlichen Vorfinanzierung für das Programm gemäß Artikel 90 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2021/1060. Diese außerordentliche Vorfinanzierung wird, vorbehaltlich der Verfügbarkeit der Mittel, innerhalb von 60 Tagen nach Annahme des Beschlusses der Kommission zur Genehmigung der Programmänderung gezahlt. Wird die Mittelzuweisung für diese Prioritäten anschließend erhöht, wird ein zusätzlicher Vorfinanzierungsbetrag in Höhe von 25 % der Erhöhung gezahlt.

Gemäß Artikel 90 Absatz 5 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 wird der als außerordentliche Vorfinanzierung gezahlte Betrag spätestens mit dem abschließenden Geschäftsjahr in der Rechnungslegung der Kommission verbucht.

Gemäß Artikel 90 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/1060 werden jegliche durch die außerordentliche Vorfinanzierung erwirtschaftete Zinsen für das betreffende Programm auf dieselbe Art verwendet wie die Mittel aus dem EFRE oder dem Kohäsionsfonds und fließen in die Rechnungslegung für das abschließende Geschäftsjahr ein.

Gemäß Artikel 97 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 wird die außerordentliche Vorfinanzierung nicht ausgesetzt.

Gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 schließt die Vorfinanzierung, die bei der Berechnung von Beträgen, für die die Mittelbindung aufzuheben ist, zu berücksichtigen ist, die geleistete außerordentliche Vorfinanzierung ein.

Abweichend von Artikel 112 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/1060 wird der Höchstsatz der Kofinanzierung für eine spezielle Priorität, die zur Unterstützung des spezifischen Ziels nach Absatz 1 Buchstabe b Ziffer x festgelegt wurde, auf 95 % festgelegt.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Unterstützung aus einem anderen Instrument der Union, aus einem nationalen Instrument oder aus einer privaten Versicherung für Vorhaben, die im Rahmen des spezifischen Ziels nach Absatz 1 Buchstabe b Ziffer x dieses Artikels ausgewählt wurden, von den Ausgaben in dem bei der Kommission eingereichten Zahlungsantrag abgezogen wird.

Abweichend von Artikel 63 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/1060 kann die betreffende Verwaltungsbehörde Vorhaben, die konkret abgeschlossen oder vollständig durchgeführt wurden, bevor bei der Verwaltungsbehörde der Finanzierungsantrag eingereicht wurde, für eine Unterstützung im Rahmen einer speziellen Priorität auswählen, sofern mit dem Vorhaben auf eine Naturkatastrophe reagiert wird, die zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2025 eingetreten ist.

(*) Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates vom 11. November 2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 311 vom 14.11.2002, S. 3, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2002/2012/oj>).“

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Aus dem Kohäsionsfonds werden die PZ 2 und 3 unterstützt, einschließlich des spezifischen Ziels gemäß Absatz 1 Buchstabe b Ziffer x, sofern dies mit dem in Artikel 6 festgelegten Umfang der Unterstützung im Einklang steht.“

2. In Anhang I Tabelle 1 wird unter dem politischen Ziel 2 die folgende Zeile angefügt:

”

	x) Unterstützung von Investitionen, die dem Wiederaufbau als Reaktion auf eine zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2025 eingetretene Naturkatastrophe dienen	Alle RCO, die für spezifische Ziele im Rahmen von PZ 1 bis 4 aufgeführt sind	Alle RCR, die für spezifische Ziele im Rahmen von PZ 1 bis 4 aufgeführt sind
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------

“

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 19. Dezember 2024.

Im Namen des Europäischen Parlaments

Die Präsidentin

R. METSOLA

Im Namen des Rates

Der Präsident

BÓKA J.



2024/3238

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/3238 DER KOMMISSION

vom 19. Dezember 2024

betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer in Bulgarien und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/3109

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 9305)

(Nur der bulgarische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 259 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer ist eine ansteckende Erkrankung, die Ziegen und Schafe befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen von Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und ihrer Erzeugnisse innerhalb der Union sowie von Ausfuhren in Drittländer führen kann.
- (2) Bei einem Ausbruch der Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer bei Ziegen und Schafen besteht ein ernst zu nehmendes Risiko der Ausbreitung dieser Seuche auf andere ziegen- und schafhaltende Betriebe.
- (3) Mit der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission ⁽²⁾ wurden die Vorschriften für die Bekämpfung der gelisteten Seuchen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2016/429 ergänzt, die in der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission ⁽³⁾ als Seuchen der Kategorien A, B und C definiert sind. Insbesondere sind in Artikel 21 und Artikel 22 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 die Einrichtung einer Sperrzone bei Ausbruch einer Seuche der Kategorie A, einschließlich der Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer, und bestimmte dort durchzuführende Maßnahmen vorgesehen. Darüber hinaus muss gemäß Artikel 21 Absatz 1 der genannten Delegierten Verordnung diese Sperrzone eine Schutzzone, eine Überwachungszone und gegebenenfalls weitere Sperrzonen um oder angrenzend an die Schutz- und die Überwachungszone umfassen.
- (4) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3109 der Kommission ⁽⁴⁾ wurde auf der Grundlage der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen und enthält bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer in Bulgarien als Reaktion auf den am 25. November 2024 in der Gemeinde Welingrad in der Oblast Pasardschik bestätigten Ausbruch. Insbesondere müssen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3109 die von diesem Mitgliedstaat nach dem Ausbruch dieser Seuche gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 einzurichtenden Schutz- und Überwachungszone sowie weiteren Sperrzonen mindestens die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses aufgeführten Gebiete umfassen.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2018/1882/oj).

⁽⁴⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3109 der Kommission vom 6. Dezember 2024 betreffend bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer in Bulgarien (ABl. L, 2024/3109, 9.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/3109/oj).

- (5) Seit dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/3109 steht die amtliche Bestätigung Bulgariens, dass die in der Verordnung (EU) 2020/687 festgelegten Bekämpfungsmaßnahmen umgesetzt wurden, noch aus.
- (6) Um das Risiko einer Ausbreitung der Seuche sowohl innerhalb Bulgariens als auch in andere Mitgliedstaaten wirksam zu mindern, ist es daher von entscheidender Bedeutung, die Dauer der Bekämpfungsmaßnahmen und die Größe der im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/3109 als Schutz- und Überwachungszonen sowie als weitere Sperrzonen für Bulgarien gelisteten Sperrzonen anzupassen. Mit diesen Anpassungen wird dem erheblichen Risiko Rechnung getragen, das von der anhaltenden Zirkulation und der potenziellen Ausbreitung der Seuche über die derzeit betroffenen Gebiete hinaus ausgeht. Werden diese Anpassungen nicht vorgenommen, besteht die Gefahr, dass die Anstrengungen zur Seuchenbekämpfung und die Tiergesundheit in der gesamten Union beeinträchtigt werden. Dementsprechend müssen die Liste der Sperrzonen und die Dauer der dort anzuwendenden Maßnahmen geändert und im Anhang dieses Durchführungsbeschlusses dargelegt werden. Außerdem sollte der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3109 aufgehoben und durch den vorliegenden Beschluss ersetzt werden.
- (7) Die Größe und die Dauer der Schutz- und Überwachungszonen sowie der weiteren Sperrzonen und die in diesen Zonen anzuwendenden Maßnahmen stützen sich auf die Kriterien gemäß Artikel 64 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/429 und auf die Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687. Darüber hinaus werden die Seuchenlage in Bezug auf die Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer in den betroffenen Gebieten und die allgemeine Seuchenlage in Bezug auf die Infektion mit dem Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer in dem betreffenden Mitgliedstaat sowie das Risikoniveau hinsichtlich der weiteren Ausbreitung dieser Seuche berücksichtigt. Ferner sollte die Dauer der Maßnahmen den im Gesundheitskodex für Landtiere der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) festgelegten internationalen Standards entsprechen.
- (8) Trotz der Bestätigung des Ausbruchs der Pest der kleinen Wiederkäuer vor mehr als zwei Wochen hat Bulgarien nicht die gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 und der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission ^(⁵) erforderlichen Informationen vorgelegt, um die Durchführung der in der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 festgelegten Bekämpfungsmaßnahmen zu bestätigen. Da diese Bestätigung nicht vorliegt, ist der Schluss zu ziehen, dass diese Maßnahmen nicht wirksam umgesetzt wurden, was ein hohes Risiko einer weiteren Ausbreitung der Seuche birgt.
- (9) Aufgrund der Schwere und Dringlichkeit der Seuchenlage müssen zusätzliche Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um das Risiko einer weiteren Ausbreitung der Seuche im Hoheitsgebiet Bulgariens und in andere Mitgliedstaaten zu mindern und ungerechtfertigte Handelshemmnisse zu vermeiden. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass Verbringungen von Tieren aus Schutz- und Überwachungszonen sowie weiteren Sperrzonen an Bestimmungsorte außerhalb der Außengrenze der weiteren Sperrzone verboten werden. Darüber hinaus müssen etwaige Ausnahmen von diesem Verbot gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 für einen bestimmten Zeitraum ausgesetzt werden. Ferner muss die Verbringung von Schafen und Ziegen in Schutz-, Überwachungs- und Sperrzonen aus nicht im Anhang gelisteten Gebieten für andere Zwecke als der direkten Schlachtung verboten werden.
- (10) Dieser Beschluss sollte angesichts der derzeitigen Seuchenlage in der Union in Bezug auf das Virus der Pest der kleinen Wiederkäuer bis zum 31. März 2025 gelten.
- (11) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

⁽⁵⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission vom 7. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Meldung gelisteter Seuchen innerhalb der Union und die Berichterstattung über gelistete Seuchen innerhalb der Union, in Bezug auf Formate und Verfahren für die Vorlage von Überwachungsprogrammen in der Union und von Tilgungsprogrammen und die Berichterstattung darüber sowie für Anträge auf Anerkennung des Status „seuchenfrei“ sowie in Bezug auf das elektronische Informationssystem (ABl. L 412 vom 8.12.2020, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2020/2002/oj).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Bulgarien stellt sicher, dass

- a) gemäß Artikel 21 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und unter den in dem genannten Artikel festgelegten Bedingungen von der zuständigen Behörde des genannten Mitgliedstaats unverzüglich eine Sperrzone, die Schutz- und Überwachungszonen umfasst, sowie eine weitere Sperrzone eingerichtet wird;
- b) die Schutz- und die Überwachungszonen sowie die weiteren Sperrzonen gemäß Buchstabe a mindestens die im Anhang dieses Beschlusses aufgeführten Gebiete umfassen;
- c) die Maßnahmen, die in den Schutz- und den Überwachungszonen sowie in den weiteren Sperrzonen anzuwenden sind, mindestens bis zu den im Anhang dieses Beschlusses aufgeführten Zeitpunkten angewandt werden.

Artikel 2

Bulgarien stellt sicher, dass

- a) die Verbringungen von Schafen und Ziegen aus den Schutz- und den Überwachungszonen sowie aus den weiteren Sperrzonen an einen Bestimmungsort außerhalb der Außengrenze der weiteren Sperrzone gemäß Buchstabe B des Anhangs bis zu den im Anhang aufgeführten Zeitpunkten verboten sind;
- b) die Verbringungen von Schafen und Ziegen aus den nicht im Anhang aufgeführten Teilen des Hoheitsgebiets Bulgariens an einen Bestimmungsort in der Sperrzone nur zulässig sind, wenn sie von der zuständigen Behörde genehmigt wurden und die Tiere zum Zweck der sofortigen Schlachtung direkt in einen Schlachthof verbracht werden;
- c) die Transportmittel und Verbringungen von Schafen und Ziegen gemäß den Buchstaben a und b die Anforderungen gemäß Artikel 24 und Artikel 28 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 erfüllen.

Artikel 3

Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/3109 wird aufgehoben.

Artikel 4

Dieser Beschluss gilt bis zum 31. März 2025.

Artikel 5

Dieser Beschluss ist an die Republik Bulgarien gerichtet.

Brüssel, den 19. Dezember 2024

Für die Kommission
Olivér VÁRHELYI
Mitglied der Kommission

ANHANG

A. Um den bestätigten Ausbruch herum eingerichtete Schutz- und Überwachungszonen

Regionale Gebietseinheit und ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Gemäß Artikel 1 in Bulgarien als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
Oblast Pasardschik BG-PPR-2024-00001	Schutzzone: Those parts of Pazardzhik region, contained within a circle of a radius of 5 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 42.0156, Long. 23.9989 (2024/1)	27.1.2025
	Überwachungszone: Those parts of Pazardzhik region, contained within a circle of a radius of 20 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 42.0156, Long. 23.9989 (2024/1) excluding the areas contained in the protection zone	8.2.2025
	Überwachungszone: Those parts of Pazardzhik region, contained within a circle of a radius of 20 kilometres, centred on UTM 30, ETRS89 coordinates Lat. 42.0156, Long. 23.9989 (2024/1)	28.1.2025-8.2.2025

B. Weitere Sperrzonen

Regionale Gebietseinheit	Gebiete in der gemäß Artikel 1 in Bulgarien eingerichteten weiteren Sperrzone	Gültig bis
Oblast Pasardschik	— Entire territory of Pazardzhik region, excluding the areas included in any protection or surveillance zone.	13.3.2025
	— Entire territory of Pazardzhik region	9.2.2025-13.3.2025
Oblast Blagoewgrad	— Municipalities Razlog, Satovcha, Garmen, Bansko, Belitsa, Yakoruda	13.3.2025
Oblast Smoljan	— Dospat Municipality	13.3.2025
Oblast Sofia	— Municipalities Kostenets and Dolna Banya	13.3.2025



2024/3239

23.12.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/3239 DER KOMMISSION

vom 19. Dezember 2024

zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Listen der Drittländer, Gebiete oder Zonen derselben, aus denen der Eingang von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild in die Union zulässig ist

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 230 Absatz 1 und Artikel 232 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 dürfen Sendungen von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs nur dann in die Union verbracht werden, wenn sie aus einem Drittland oder Gebiet oder einer Zone oder einem Kompartiment desselben stammen, das bzw. die gemäß Artikel 230 Absatz 1 der genannten Verordnung gelistet ist.
- (2) In der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission ⁽²⁾ sind die Tiergesundheitsanforderungen festgelegt, die Sendungen bestimmter Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Drittländern oder Gebieten oder aus Zonen derselben bzw. – im Fall von Tieren aus Aquakultur – Kompartimenten derselben erfüllen müssen, damit sie in die Union verbracht werden dürfen.
- (3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission ⁽³⁾ wurden die Listen von Drittländern oder Gebieten oder Zonen derselben festgelegt, aus denen der Eingang der in den Geltungsbereich der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 fallenden Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union zulässig ist. Diese Listen und bestimmte allgemeine Vorschriften in Bezug auf diese Listen sind in den Anhängen I bis XXII der genannten Durchführungsverordnung enthalten.
- (4) Insbesondere enthalten die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 die Listen der Drittländer oder Gebiete oder Zonen derselben, aus denen der Eingang von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild in die Union zulässig ist.
- (5) Das Vereinigte Königreich hat der Kommission fünf Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Grafschaften Norfolk und Yorkshire, England, gemeldet, die zwischen dem 10. Dezember 2024 und dem 16. Dezember 2024 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.
- (6) Die Vereinigten Staaten haben der Kommission 17 Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Bundesstaaten Kalifornien (4), Iowa (3), Missouri (1), Nebraska (1), Oklahoma (2) und South Dakota (6) gemeldet, die zwischen dem 3. Dezember 2024 und dem 11. Dezember 2024 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/692/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2021/404/oj).

- (7) Nach diesen jüngsten Ausbrüchen der HPAI haben die Veterinärbehörden des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten im Umkreis von mindestens 10 km um die betroffenen Betriebe herum Sperrzonen eingerichtet sowie ein Tilgungsprogramm zur Bekämpfung der HPAI und zur Eindämmung der Ausbreitung dieser Seuche durchgeführt.
- (8) Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben der Kommission Informationen über die Seuchenlage in ihren Hoheitsgebieten sowie die ergriffenen Maßnahmen zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung der HPAI nach diesen jüngsten Ausbrüchen der Seuche vorgelegt.
- (9) Diese Informationen wurden von der Kommission bewertet. Die Kommission ist der Auffassung, dass angesichts der Tiergesundheitslage in den Gebieten, für die die Veterinärbehörden des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten Beschränkungen erlassen haben, der Eingang von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus den von den jüngsten Ausbrüchen betroffenen Gebieten in die Union ausgesetzt werden sollte, um den Tiergesundheitsstatus der Union zu schützen.
- (10) Daher sollten die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 geändert werden, um der derzeitigen Seuchenlage in Bezug auf die HPAI im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten Rechnung zu tragen.
- (11) Unter Berücksichtigung der derzeitigen Seuchenlage im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten in Bezug auf die HPAI sollten die mit der vorliegenden Verordnung an den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 vorzunehmenden Änderungen unverzüglich wirksam werden.
- (12) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Inkrafttreten und Anwendbarkeit

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Dezember 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden wie folgt geändert:

1. Anhang V wird wie folgt geändert:

a) In Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

- i) Im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach der Zeile für Zone GB-2.331 folgende Zeilen für die Zonen GB-2.332 bis GB-2.336 angefügt:

„GB Vereinigtes Königreich	GB-2.332	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1	10.12.2024	
	GB-2.333		N, P1	10.12.2024	
	GB-2.334		N, P1	10.12.2024	
	GB-2.335		N, P1	16.12.2024	
	GB-2.336		N, P1	16.12.2024“	

- ii) Im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Zeile für Zone US-2.742 folgende Zeilen für die Zonen US-2.743 bis US-2.759 angefügt:

„US Vereinigte Staaten	US-2.743	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1	3.12.2024	
	US-2.744		N, P1	9.12.2024	
	US-2.745		N, P1	9.12.2024	
	US-2.746		N, P1	6.12.2024	
	US-2.747		N, P1	9.12.2024	
	US-2.748		N, P1	5.12.2024	
	US-2.749		N, P1	10.12.2024	
	US-2.750		N, P1	10.12.2024	
	US-2.751		N, P1	10.12.2024	
	US-2.752		N, P1	11.12.2024	
	US-2.753		N, P1	11.12.2024	
	US-2.754		N, P1	11.12.2024	
	US-2.755		N, P1	10.12.2024	
	US-2.756		N, P1	6.12.2024	
	US-2.757		N, P1	10.12.2024	
US-2.758	N, P1	10.12.2024			
US-2.759	N, P1	11.12.2024“			

b) Teil 2 wird wie folgt geändert:

- i) Im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach der Beschreibung der Zone GB-2.331 folgende Beschreibungen der Zonen GB-2.332 bis GB-2.336 angefügt:

„Vereinigtes Königreich	GB-2.332	near Dereham, Mid Norfolk, Norfolk, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N52.61 and Long: E0.95
	GB-2.333	near Watton, Mid Norfolk, Norfolk, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N52.60 and Long: E0.92

	GB-2.334	near Beverley, East Riding of Yorkshire, Yorkshire, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N53.92 and Long: W0.45
	GB-2.335	near Attleborough, Breckland, Norfolk, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N52.48 and Long: E0.95
	GB-2.336	near Gayton, Kings Lynn and West Norfolk, Norfolk, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N52.77 and Long: E0.58“

- ii) Im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Beschreibung der Zone US-2.742 folgende Beschreibungen der Zonen US-2.743 bis US-2.759 angefügt:

„Vereinigte Staaten	US-2.743	State of Oklahoma Adair 01 Adair County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 94.6480074°W 36.1820615°N)
	US-2.744	State of South Dakota Hutchinson 05 Hutchinson County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 97.6491903°W 43.2647367°N)
	US-2.745	State of South Dakota Beadle 14 Beadle County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.1435771°W 44.5768659°N)
	US-2.746	State of Iowa Sioux 03 Sioux County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 96.2343464°W 43.1420431°N)
	US-2.747	State of California Kern 03 Kern County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 118.9750624°W 35.3839821°N)
	US-2.748	State of California Stanislaus 10 Stanislaus County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 120.9339555°W 37.5583185°N)
	US-2.749	State of South Dakota Beadle 15 Beadle County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 97.9602797°W 44.7087578°N)
	US-2.750	State of South Dakota Charles Mix 11 Charles Mix County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.4674689°W 43.3093378°N)

US-2.751	State of South Dakota Moody 02 Moody County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 96.4661489°W 44.1498563°N)
US-2.752	State of South Dakota Brule 05 Brule County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.8847887°W 43.7372590°N)
US-2.753	State of Iowa Sioux 04 Sioux County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 96.2515298°W 43.1886323°N)
US-2.754	State of Iowa Palo Alto 01 Palo Alto County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 94.7861017°W 43.1301756°N)
US-2.755	State of Missouri Daviss 01 Daviss County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 93.8221299°W 40.0651560°N)
US-2.756	State of Nebraska Nemaha 01 Nemaha County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 95.9149895°W 40.5963533°N)
US-2.757	State of California Tulare 08 Tulare County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 119.3252996°W 36.5593282°N)
US-2.758	State of California Stanislaus 11 Stanislaus County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 120.8210098°W 37.7940851°N)
US-2.759	State of Oklahoma Adair 02 Adair County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 94.6422905°W 36.1749414°N)

2. In Anhang XIV Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

- a) Im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach den Zeilen für Zone GB-2.331 folgende Zeilen für die Zonen GB-2.332 bis GB-2.336 angefügt:

„GB Vereinigtes Königreich	GB-2.332	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
		GBM	P1		10.12.2024	
	GB-2.333	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
		GBM	P1		10.12.2024	

GB-2.334	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
	GBM	P1		10.12.2024	
GB-2.335	POU, RAT	N, P1		16.12.2024	
	GBM	P1		16.12.2024	
GB-2.336	POU, RAT	N, P1		16.12.2024	
	GBM	P1		16.12.2024“	

- b) Im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach den Zeilen für Zone US-2.742 folgende Zeilen für die Zonen US-2.743 bis US-2.759 angefügt:

„US Vereinigte Staaten	US-2.743	POU, RAT	N, P1		3.12.2024	
		GBM	P1		3.12.2024	
	US-2.744	POU, RAT	N, P1		9.12.2024	
		GBM	P1		9.12.2024	
	US-2.745	POU, RAT	N, P1		9.12.2024	
		GBM	P1		9.12.2024	
	US-2.746	POU, RAT	N, P1		6.12.2024	
		GBM	P1		6.12.2024	
	US-2.747	POU, RAT	N, P1		9.12.2024	
		GBM	P1		9.12.2024	
	US-2.748	POU, RAT	N, P1		5.12.2024	
		GBM	P1		5.12.2024	
	US-2.749	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
		GBM	P1		10.12.2024	
	US-2.750	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
		GBM	P1		10.12.2024	
	US-2.751	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
		GBM	P1		10.12.2024	
	US-2.752	POU, RAT	N, P1		11.12.2024	
		GBM	P1		11.12.2024	
US-2.753	POU, RAT	N, P1		11.12.2024		
	GBM	P1		11.12.2024		
US-2.754	POU, RAT	N, P1		11.12.2024		
	GBM	P1		11.12.2024		
US-2.755	POU, RAT	N, P1		10.12.2024		
	GBM	P1		10.12.2024		

US-2.756	POU, RAT	N, P1		6.12.2024	
	GBM	P1		6.12.2024	
US-2.757	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
	GBM	P1		10.12.2024	
US-2.758	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	
	GBM	P1		10.12.2024	
US-2.759	POU, RAT	N, P1		11.12.2024	
	GBM	P1		11.12.2024“	



2024/3240

23.12.2024

BESCHLUSS (EU, Euratom) 2024/3240 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
vom 17. Dezember 2024
zur Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

gestützt auf den Vertrag zur Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 228,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

unter Hinweis auf die Verordnung (EU, Euratom) 2021/1163 des Europäischen Parlaments vom 24. Juni 2021 zur Festlegung der Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) und zur Aufhebung des Beschlusses 94/262/EGKS, EG, Euratom ⁽¹⁾,

gestützt auf Artikel 237 seiner Geschäftsordnung,

unter Hinweis auf den Aufruf zur Einreichung von Kandidaturen für die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten ⁽²⁾,

unter Hinweis auf das Ergebnis seiner Abstimmung am 17. Dezember 2024 —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Frau Teresa ANJINHO wird in das Amt des Europäischen Bürgerbeauftragten bis zum Ende der Wahlperiode gewählt.

Geschehen zu Straßburg am 17. Dezember 2024.

Im Namen des Europäischen Parlaments
Die Präsidentin
R. METSOLA

⁽¹⁾ ABl. L 253, 16.7.2021, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1163/oj>.

⁽²⁾ ABl. C, C/2024/4914, 30.8.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/4914/oj>.



2024/3241

23.12.2024

Hinweis für die Leser: Unterschriftsseiten des Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten andererseits

Das Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten andererseits wurde am 15. November 2023 in Apia (Samoa) unterzeichnet.

Da die vorläufige Anwendung dieses Abkommens am 1. Januar 2024 begonnen hat, lag es im beiderseitigen Interesse der Vertragsparteien, seinen Wortlaut am 28. Dezember 2023 im Amtsblatt zu veröffentlichen (ABl. L, 2023/2862, 28.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_international/2023/2862/oj).

Diese Veröffentlichung enthielt den Stand der Unterzeichnungen zum 30. November 2023. Da das Unterzeichnungsverfahren nun abgeschlossen ist, werden die vollständigen Unterschriftsseiten, die auch die Niederschrift über die Berichtigung vom 7. November 2024 widerspiegeln, nachstehend veröffentlicht.

Voor het Koninkrijk België
Pour le Royaume de Belgique
Für das Königreich Belgien

Deze handtekening verbindt eveneens de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, het Vlaamse Gewest, het Waalse Gewest en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest.

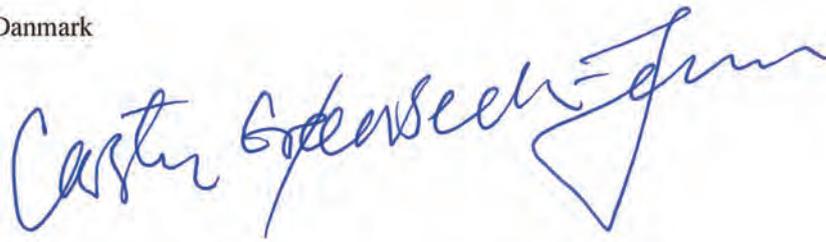
Cette signature engage également la Communauté française, la Communauté flamande, la Communauté germanophone, la Région wallonne, la Région flamande et la Région de Bruxelles-Capitale.

Diese Unterschrift bindet zugleich die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Flämische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Flämische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt.

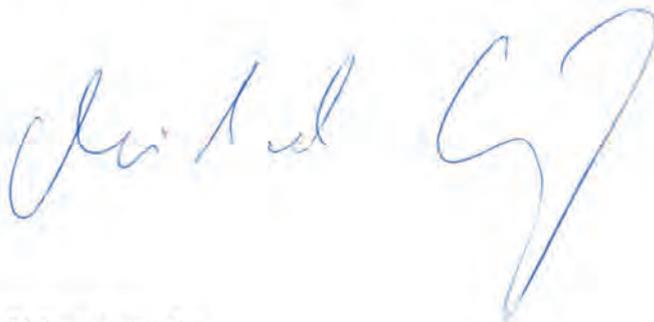
За Република България

Za Českou republiku

For Kongeriget Danmark

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Casper G. Andersen', written in a cursive style.

Für die Bundesrepublik Deutschland

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Christoph G.', written in a cursive style.

Eesti Vabariigi nimel

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. O.', written in a cursive style.

Thar ceann na hÉireann
For Ireland

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Donoghue', written in a cursive style.

Για την Ελληνική Δημοκρατία



Por el Reino de España



Pour la République française



Za Republiku Hrvatsku



Per la Repubblica italiana



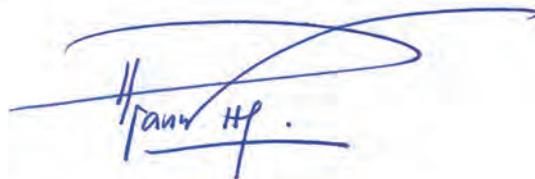
Για την Κυπριακή Δημοκρατία



Latvijas Republikas vārdā –



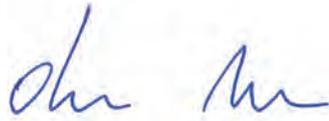
Lietuvos Respublikos vardu



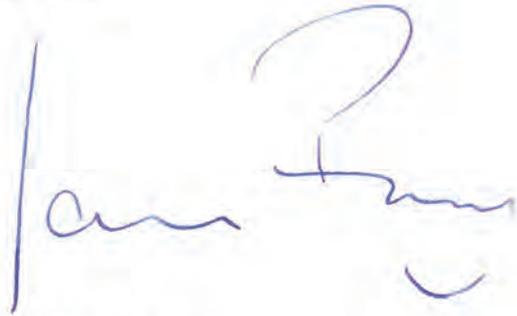
Pour le Grand-Duché de Luxembourg



Magyarország részéről



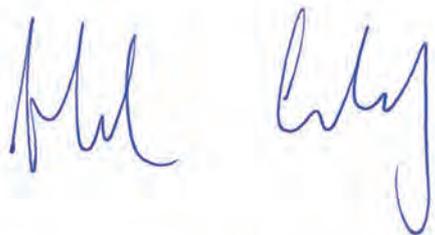
Għar-Repubblika ta' Malta



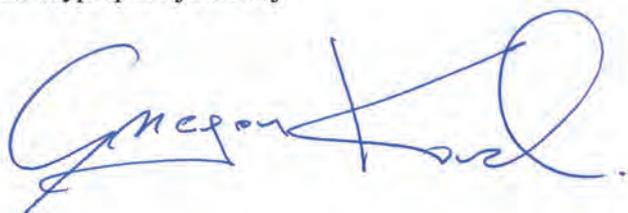
Voor het Koninkrijk der Nederlanden



Für die Republik Österreich



W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej



Pela República Portuguesa



Pentru România



Za Republiko Slovenjjo



Za Slovenskú republiku



Suomen tasavallan puolesta
För Republiken Finland

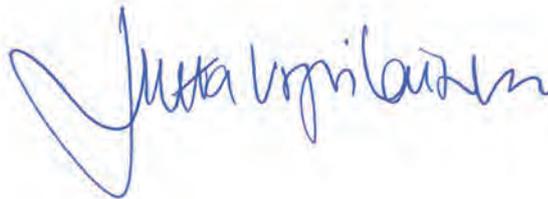


För Konungariket Sverige

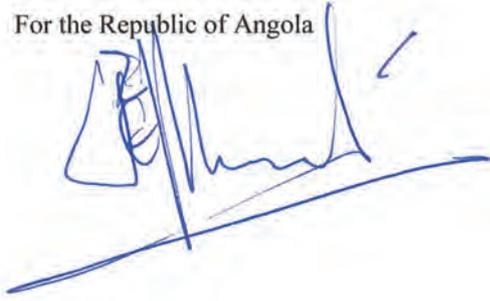
Michaela K. Annil



За Европейския съюз
Por la Unión Europea
Za Evropskou unii
For Den Europæiske Union
Für die Europäische Union
Euroopa Liidu nimel
Για την Ευρωπαϊκή Ένωση
For the European Union
Pour l'Union européenne
Thar ceann an Aontais Eorpaigh
Za Evropsku uniju
Per l'Unione europea
Eiropas Savienības vārdā –
Europos Sąjungos vardu
Az Európai Unió részéről
Għall-Unjoni Ewropea
Voor de Europese Unie
W imieniu Unii Europejskiej
Pela União Europeia
Pentru Uniunea Europeană
Za Európsku úniu
Za Evropsko unijo
Euroopan unionin puolesta
För Europeiska unionen



For the Republic of Angola

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. M. M.', with a long horizontal line underneath.

For Antigua and Barbuda

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'D. Simons'.

For the Commonwealth of the Bahamas

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Cheryl E. Hazard'.

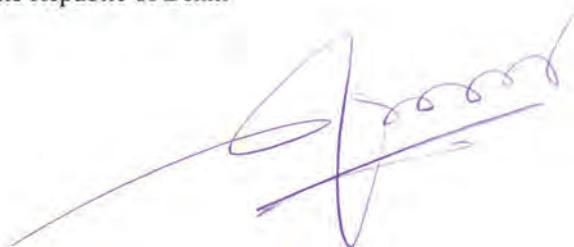
For Barbados

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Simone Luddler'.

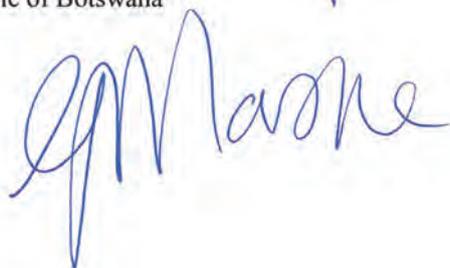
For Belize



For the Republic of Benin



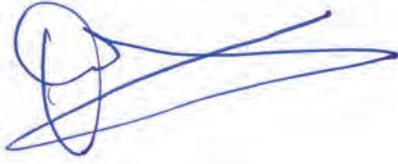
For the Republic of Botswana



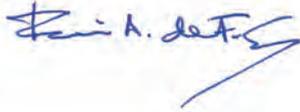
For Burkina Faso



For the Republic of Burundi

A handwritten signature in blue ink, consisting of a circular loop on the left and a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.

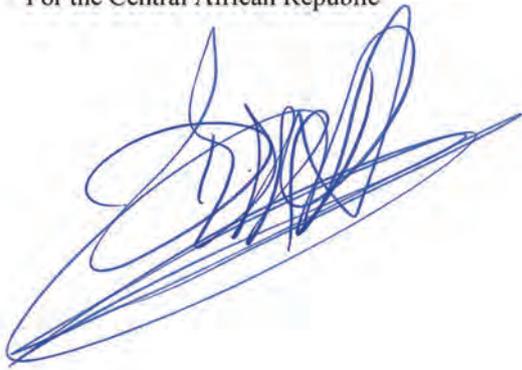
For the Republic of Cabo Verde

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "F. A. de F." followed by a stylized flourish.

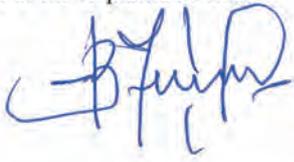
For the Republic of Cameroon

A complex handwritten signature in blue ink with multiple overlapping loops and a long horizontal stroke at the bottom.

For the Central African Republic

A highly stylized handwritten signature in blue ink, featuring a large, sweeping loop at the bottom and several smaller loops above it.

For the Republic of Chad

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the bottom.

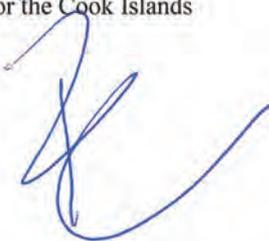
For the Union of the Comoros

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, sweeping loop at the top and a long horizontal stroke at the bottom.

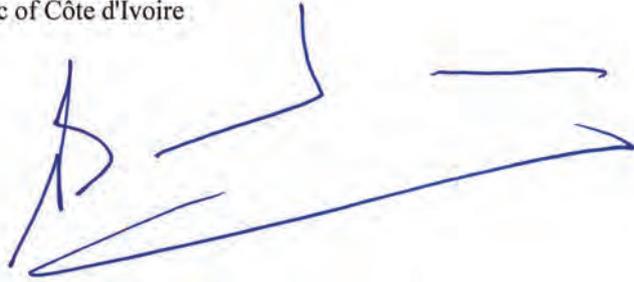
For the Republic of the Congo

A handwritten signature in blue ink, with a large, complex loop at the top and a long horizontal stroke at the bottom.

For the Cook Islands

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, sweeping loop at the top and a long horizontal stroke at the bottom.

For the Republic of Côte d'Ivoire



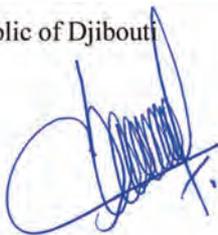
~~For the Republic of Cuba~~

Procès-Verbal of Rectification - 07/11/2024

For the Democratic Republic of the Congo



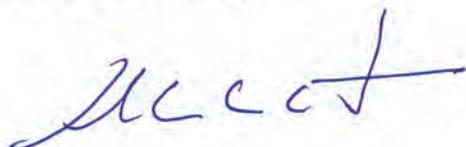
For the Republic of Djibouti



For the Commonwealth of Dominica



For the Dominican Republic



~~For the Republic of Equatorial Guinea~~

Procès-verbal of Rectification - 07/11/2024

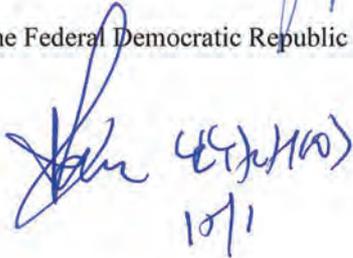
For the State of Eritrea



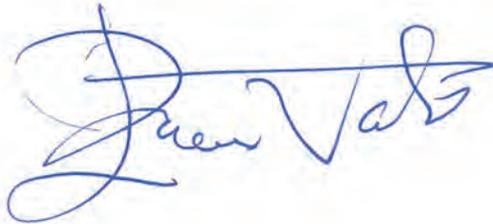
For the Kingdom of Eswatini

A complex, stylized handwritten signature in blue ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right.

For the Federal Democratic Republic of Ethiopia

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, sweeping initial 'A' followed by the Amharic characters 'ሀይለማርያም' and the number '10/1' below it.

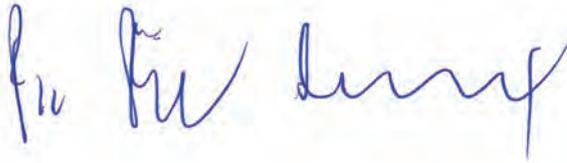
For the Republic of Fiji

A handwritten signature in blue ink that reads 'Ratu Vatu' in a cursive script.

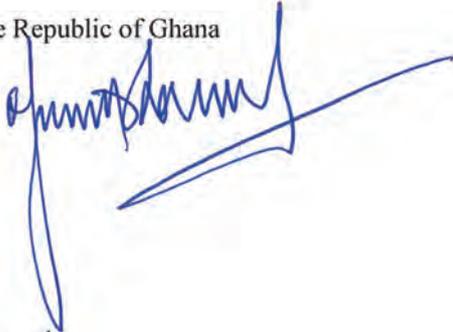
For the Gabonese Republic

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Ivan Mbongo' with a large, sweeping initial 'I' and a long horizontal stroke.

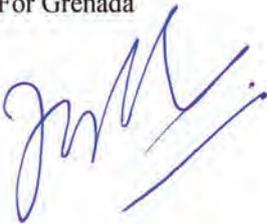
For the Republic of The Gambia

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'F. M. J. J.', written in a cursive style.

For the Republic of Ghana

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. A. A.', written in a cursive style with a long horizontal stroke extending to the right.

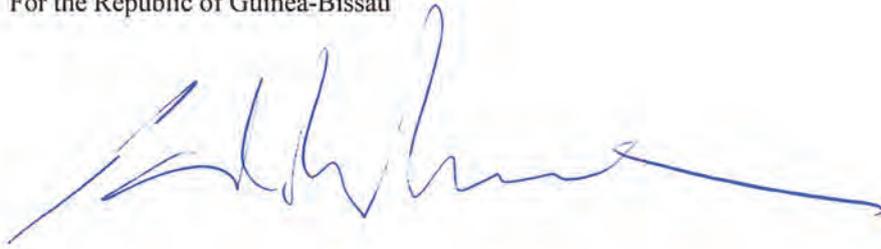
For Grenada

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. M. J.', written in a cursive style.

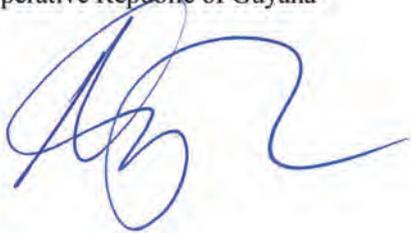
For the Republic of Guinea

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. A. A.', written in a cursive style.

For the Republic of Guinea-Bissau



For the Cooperative Republic of Guyana



For the Republic of Haiti



For Jamaica



For the Republic of Kenya



For the Republic of Kiribati



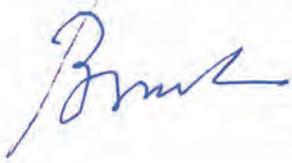
For the Kingdom of Lesotho



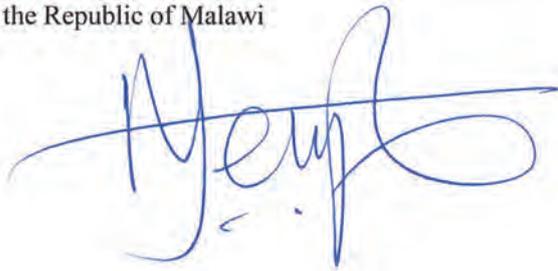
For the Republic of Liberia



For the Republic of Madagascar



For the Republic of Malawi



For the Republic of Maldives



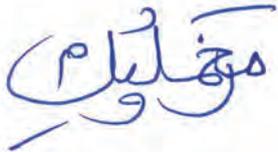
For the Republic of Mali



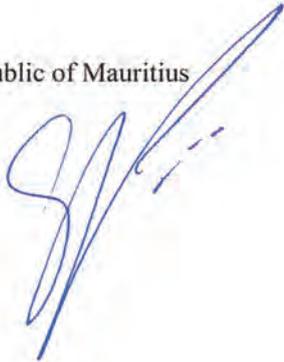
For the Republic of the Marshall Islands



For the Islamic Republic of Mauritania



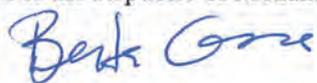
For the Republic of Mauritius



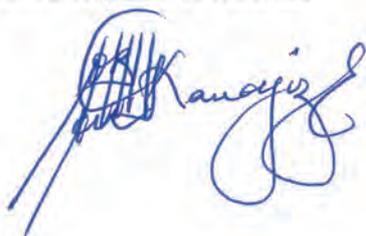
For the Federated States of Micronesia



For the Republic of Mozambique



For the Republic of Namibia



For the Republic of Nauru



The Republic of Niger



For the Federal Republic of Nigeria

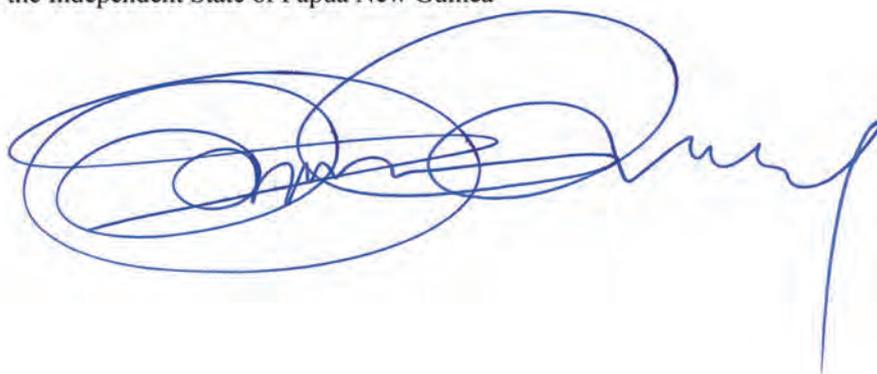
For Niue

A handwritten signature in blue ink, consisting of several large, overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right.

For the Republic of Palau

A handwritten signature in blue ink, featuring a vertical line on the left, a circular loop, and a long horizontal stroke extending to the right.

For the Independent State of Papua New Guinea

A handwritten signature in blue ink, characterized by multiple large, overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right.

For the Republic of Rwanda

A handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, overlapping strokes that are difficult to decipher as a specific name.

For the Federation of Saint Kitts and Nevis

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, stylized initial 'D' followed by a series of connected, cursive letters.

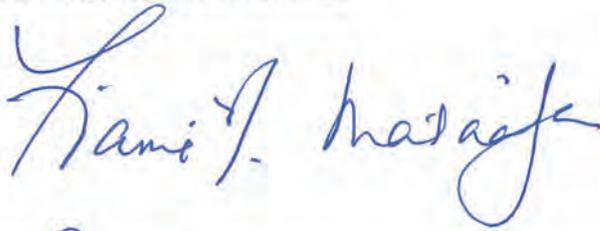
For Saint Lucia

A handwritten signature in blue ink, starting with a large 'I' followed by several cursive letters, possibly representing 'I. Esmeralda'.

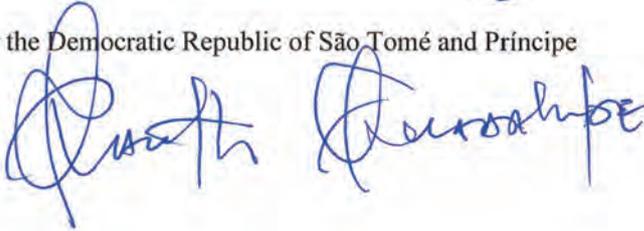
For Saint Vincent and the Grenadines

A handwritten signature in blue ink that clearly reads 'Andrea Bowman'.

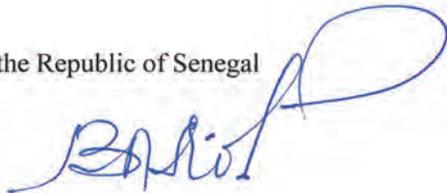
For the Independent State of Samoa

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "Tani J. Mafafa".

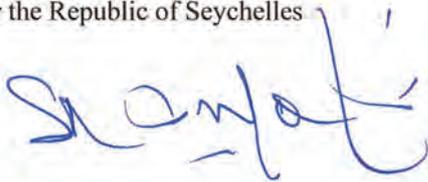
For the Democratic Republic of São Tomé and Príncipe

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "Paulo Feres Baptista".

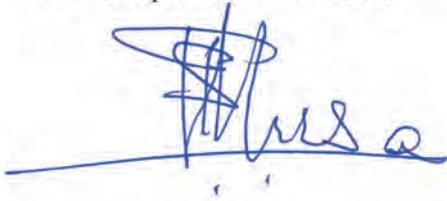
For the Republic of Senegal

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "Bassir".

For the Republic of Seychelles

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "Sanyal".

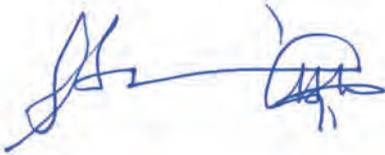
For the Republic of Sierra Leone

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Musa', written over a horizontal line.

For Solomon Islands

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Manele'.

For the Federal Republic of Somalia

A handwritten signature in blue ink, consisting of several stylized, overlapping strokes.

For the Republic of the Sudan

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, circular loop and several horizontal strokes.

For the Republic of Suriname

A blue ink handwritten signature consisting of a large, stylized initial 'G' followed by several vertical strokes and a long horizontal tail.

For the United Republic of Tanzania

A blue ink handwritten signature featuring a large, circular initial with multiple vertical lines through it, followed by a cursive name and a long horizontal tail.

For the Democratic Republic of Timor-Leste

A blue ink handwritten signature with a large, stylized initial 'Z' followed by a cursive name and a long horizontal tail.

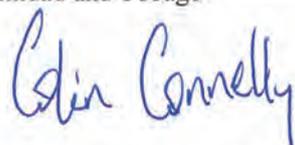
For the Togolese Republic

A blue ink handwritten signature with a large, stylized initial 'R' followed by a cursive name and a long horizontal tail.

For the Kingdom of Tonga

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Puvakano'.

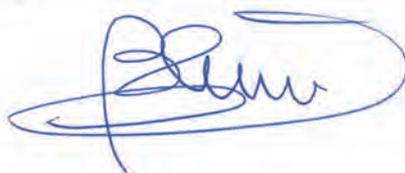
For the Republic of Trinidad and Tobago

A handwritten signature in blue ink, clearly legible as 'Edwin Connelly'.

For Tuvalu

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'JPM'.

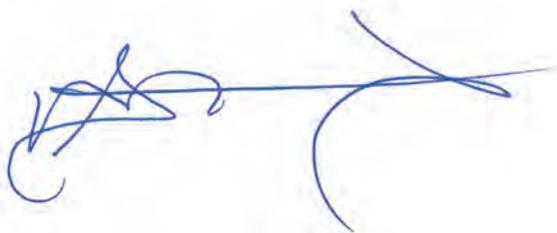
For the Republic of Uganda

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. Ssemu'.

For the Republic of Vanuatu

A handwritten signature in blue ink, consisting of a vertical line on the right, a horizontal line across the middle, and a stylized, circular shape on the left.

For the Republic of Zambia

A handwritten signature in blue ink, featuring a horizontal line with a large, sweeping curve on the right side and a complex, scribbled shape on the left.

For the Republic of Zimbabwe

A handwritten signature in blue ink, appearing as a series of connected, stylized letters that resemble 'Rutambwa'.



2024/3242

23.12.2024

VERORDNUNG (EU) 2024/3242 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 19. Dezember 2024

zur Änderung der Verordnung (EU) 2020/2220 hinsichtlich spezifischer Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen ⁽²⁾,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die jüngsten Naturkatastrophen in Mittel- und Osteuropa sowie in Südeuropa haben verheerende Auswirkungen auf die Menschen, die in diesen ländlichen Regionen leben und arbeiten. Ein erheblicher Teil des land- und forstwirtschaftlichen Produktionspotenzials wurde zerstört, sodass Landwirte, Waldbesitzer und Betriebe im ländlichen Raum in den von Naturkatastrophen betroffenen Regionen mit erheblichen Einkommensverlusten konfrontiert sind. Um die Anfälligkeit des Lebensmittelsystems der Union und die Anfälligkeit der ländlichen Gemeinschaften infolge dieser Naturkatastrophen schnell zu beheben, ist es angezeigt, rasch eine außerordentliche wirksame Unterstützung über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bereitzustellen, die im Rahmen der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums eingesetzt wird, und für mehr Flexibilität für die bestehenden Regeln zu sorgen.
- (2) Um auf die Auswirkungen von am oder nach dem 1. Januar 2024 auftretenden Naturkatastrophen zu reagieren, sollten mithilfe einer neuen befristeten Sondermaßnahme (im Folgende „neue Maßnahme“) die Liquiditätsprobleme behoben werden, die die Fortführung land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeiten und den Fortbestand der Geschäftstätigkeit von in der Verarbeitung, Vermarktung oder Entwicklung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse tätigen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gefährden. Darüber hinaus sollte die Unterstützung für die Wiederherstellung von landwirtschaftlichem Produktionspotenzial im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁴⁾ verstärkt werden, indem mehr Haushaltsflexibilität in Bezug auf den Schwellenwert für das Regressionsverbot gemäß Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁵⁾ (im Folgenden „Schwellenwert für das Regressionsverbot“) eingeräumt wird.
- (3) Da die Finanzierung der neuen Maßnahme über den ELER erfolgt, gilt für die neue Maßnahme der für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 festgelegte Rechtsrahmen, insbesondere die spezifischen Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁶⁾ sowie der gemäß diesen Verordnungen erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte.

⁽¹⁾ Stellungnahme vom 4. Dezember 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ Stellungnahme vom 21. November 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽³⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 18. Dezember 2024.

⁽⁴⁾ Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1305/oj>).

⁽⁵⁾ Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 mit Übergangsbestimmungen für Förderung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) in den Jahren 2021 und 2022 und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1307/2013 in Bezug auf Mittel und Anwendbarkeit in den Jahren 2021 und 2022 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 hinsichtlich der Mittel und der Aufteilung dieser Förderung in den Jahren 2021 und 2022 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2020/2220/oj>).

⁽⁶⁾ Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1306/oj>).

- (4) Der ELER-Programmplanungszeitraum wurde mit der Verordnung (EU) 2020/2220 bis zum 31. Dezember 2022 verlängert, wobei die Umsetzung bis zum 31. Dezember 2025 andauert. Die Verordnung (EU) 2020/2220 enthält auch Übergangsbestimmungen, die während dieses Verlängerungszeitraums gelten. Da sich der ELER derzeit in diesem verlängerten Umsetzungszeitraum befindet, sollten die Bedingungen für die neue Maßnahme festgelegt und weitere Haushaltsflexibilitäten in Bezug auf den Schwellenwert für das Regressionsverbot durch eine Änderung der Verordnung (EU) 2020/2220 vorgesehen werden.
- (5) Um für mehr Haushaltsflexibilität zu sorgen, um Mittel für die neue Maßnahme und die bestehende Teilmaßnahme zur Wiederherstellung von landwirtschaftlichem Produktionspotenzial umzuschichten, und gleichzeitig die geplanten Investitionen und Maßnahmen in den Bereichen Katastrophenprävention und -vorsorge sowie Anpassung an den Klimawandel fortzusetzen, um die Auswirkungen der immer häufiger auftretenden klimabedingten Katastrophen abzufedern, sollte es den Mitgliedstaaten gestattet werden, den Schwellenwert für das Regressionsverbot um höchstens 15 Prozentpunkte, nicht jedoch unter den Mindestschwellenwert von 30 %, zu senken.
- (6) Damit die Mitgliedstaaten die Folgen von am oder nach dem 1. Januar 2024 auftretenden Naturkatastrophen gänzlich bewältigen können, sollte es ihnen gestattet sein, Vorhaben für eine Unterstützung auszuwählen, die physisch abgeschlossen oder vollständig durchgeführt wurden, bevor der Antrag auf Finanzmittel im Rahmen des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums bei der Verwaltungsbehörde eingereicht wurde, sofern diese Vorhaben als Antwort auf solche Naturkatastrophen erfolgen.
- (7) Die Unterstützung im Rahmen der neuen Maßnahme, die darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie die Tragfähigkeit land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zu sichern, sollte die verfügbaren Mittel auf die Begünstigten konzentrieren, die am stärksten von Naturkatastrophen betroffen sind, und diese Mittel auf der Grundlage objektiver und nichtdiskriminierender Kriterien gewähren. Die Unterstützung sollte nur denjenigen Begünstigten gewährt werden, die infolge einer förmlich anerkannten Naturkatastrophe oder von gemäß der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽⁷⁾ in Verbindung mit einer solchen Naturkatastrophe erlassenen Maßnahmen von einer Zerstörung von mindestens 30 % der relevanten Produktion oder des relevanten Potenzials betroffen sind.
- (8) Aufgrund des dringenden, zeitlich begrenzten und außergewöhnlichen Charakters der neuen Maßnahme und der Notwendigkeit einer raschen und einfachen Auszahlung der entsprechenden Mittel sollte eine Einmalzahlung beschlossen und ein Enddatum für die Anwendung der neuen Maßnahme festgelegt werden.
- (9) Um den am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Landwirten, Waldbesitzern oder KMU eine höhere Unterstützung zu gewähren, sollte es den Mitgliedstaaten gestattet werden, die Höhe der Pauschalbeträge für bestimmte Kategorien förderfähiger Begünstigter auf der Grundlage objektiver und nichtdiskriminierender Kriterien anzupassen, indem sie beispielsweise bestimmte Spannen oder grobe Kategorien förderfähiger Begünstigter festlegen.
- (10) Bei der Gewährung von Unterstützung für die neue Maßnahme sollten die Mitgliedstaaten die Unterstützung berücksichtigen, die im Rahmen anderer nationaler Unterstützungsinstrumente oder solcher der Union oder privater Regelungen gewährt wird, um auf die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu reagieren.
- (11) Die Mittel für die neue Maßnahme sollten mit einem Kofinanzierungssatz von bis zu 100 % programmiert werden.
- (12) Um eine angemessene Finanzierung der neuen Maßnahme sicherzustellen, ohne andere Ziele der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums zu gefährden, sollte ein Höchstanteil des Unionsbeitrags zu der neuen Maßnahme festgesetzt werden.
- (13) Bei der Unterstützung für die Wiederherstellung des land- und forstwirtschaftlichen Produktionspotenzials nach Naturkatastrophen sollten Vorhaben auf der Grundlage des Grundsatzes „Build Back Better“ Vorrang erhalten, das heißt die Nutzung der Wiederaufbau-, Rehabilitations- und Wiederherstellungsphasen nach einer Katastrophe zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft durch die Integration von Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge, wie im Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030 des Büros der Vereinten Nationen für Katastrophenvorsorge dargelegt, wobei sicherzustellen ist, dass die ausgewählten Vorhaben das optimale Verhältnis zwischen der Höhe der Unterstützung und dem Ziel der Katastrophenresilienz aufweisen.

(7) Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates (ABl. L 317 vom 23.11.2016, S. 4, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/2031/oj>).

- (14) Um den Verwaltungsaufwand für die von Naturkatastrophen betroffenen Begünstigten und die Mitgliedstaaten im Falle höherer Gewalt zu verringern, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, das gesamte Gebiet als erheblich von einer Naturkatastrophe in Mitleidenschaft gezogen einzustufen.
- (15) Um einheitliche Bedingungen für die Umsetzung der neuen Maßnahme über die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums innerhalb des durch die Verordnung (EU) 2020/2220 verlängerten Rechtsrahmens des Programmplanungszeitraums 2014-2020 zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Durchführungsbefugnisse sollten sich auf die Darlegung der neuen Maßnahme in den Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, die Überwachung und Bewertung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums, die Vorlage der jährlichen Durchführungsberichte und die Umsetzung von Kontrollen und Sanktionen beziehen. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽⁸⁾ ausgeübt werden.
- (16) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich die Auswirkungen von Naturkatastrophen auf den Agrar- und Lebensmittelsektor sowie den Forstsektor der Union durch die Bereitstellung befristeter Sonderunterstützung durch den ELER anzugehen und abzufedern, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.
- (17) Die Verordnung (EU) 2020/2220 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (18) Wegen der verheerenden Folgen der derzeitigen Naturkatastrophen und der Dringlichkeit, ihre Auswirkungen auf den Agrar- und Lebensmittelsektor sowie den Forstsektor der Union anzugehen und abzufedern, wird es als angemessen erachtet, sich auf die Ausnahme von der Achtwochenfrist gemäß Artikel 4 des dem Vertrag über die Europäische Union, dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zu berufen.
- (19) Um eine reibungslose Durchführung der neuen Maßnahme sicherzustellen und aus Gründen der Dringlichkeit angesichts des dringenden Bedarfs, die Auswirkungen von Naturkatastrophen auf den Agrar- und Lebensmittelsektor sowie den Forstsektor der Union anzugehen und abzufedern sollte diese Verordnung am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EU) 2020/2220 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 1 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Abweichend von Unterabsatz 1 Satz 2 des vorliegenden Absatzes können die Mitgliedstaaten bei der Neuzuweisung und Verwendung von Mitteln für Maßnahmen gemäß Artikel 6a der vorliegenden Verordnung und Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 den Gesamtanteil des ELER-Beitrags, der für die Maßnahmen gemäß Artikel 59 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 vorgesehen ist, kürzen. Diese Kürzung darf nicht über die ELER-Beträge hinausgehen, die für die Maßnahmen gemäß Artikel 6a der vorliegenden Verordnung und Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 neu zugewiesen wurden, und darf 15 Prozentpunkte des Gesamtanteils der ELER-Beteiligung, die in den Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums für die Maßnahmen gemäß Artikel 59 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 festgelegt ist, nicht überschreiten. Zu diesem Zweck wird der Gesamtanteil des ELER-Beitrags berücksichtigt, der in den Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums zum Zeitpunkt der Verlängerung der Laufzeit der aus dem ELER unterstützten Programme bis zum 31. Dezember 2022 gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels vorgesehen ist. Der den Maßnahmen gemäß Artikel 59 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 vorbehaltene Gesamtanteil darf den in dem genannten Artikel festgelegten Mindestschwellenwert nicht unterschreiten. Derselbe Verringerung von Prozentpunkten kann auf die zusätzlichen Mittel gemäß Artikel 58a Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 angewandt werden, ohne dass Mittel für die Maßnahmen gemäß Artikel 6a der vorliegenden Verordnung und Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 umgeschichtet werden.“

⁽⁸⁾ Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (Abl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj>).

2. In Artikel 2 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Abweichend von Artikel 65 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 kann die Verwaltungsbehörde Vorhaben für eine Unterstützung auswählen, die physisch abgeschlossen oder vollständig durchgeführt wurden, bevor bei der Verwaltungsbehörde ein Antrag auf Finanzmittel eingereicht wurde, sofern diese Vorhaben im Rahmen der Maßnahmen gemäß Artikel 6a der vorliegenden Verordnung und Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b oder Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 durchgeführt werden und eine Reaktion auf eine Naturkatastrophe darstellen, die sich am oder nach dem 1. Januar 2024 ereignet hat.“

3. Folgende Artikel werden eingefügt:

„Artikel 6a

Befristete Sonderunterstützung für Landwirte, Waldbesitzer und KMU, die von Naturkatastrophen besonders stark betroffen sind

(1) Die Unterstützung im Rahmen dieses Artikels dient der Soforthilfe für besonders stark von Naturkatastrophen betroffene Landwirte, Waldbesitzer und kleine und mittlere Unternehmen (KMU), damit diese ihre Geschäftstätigkeit unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen fortsetzen können.

(2) Die Unterstützung im Rahmen dieses Artikels unterliegt der förmlichen Anerkennung durch die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, dass sich am oder nach dem 1. Januar 2024 eine Naturkatastrophe im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe k der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 ereignet hat und dass diese Naturkatastrophe oder gemäß der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (*) erlassene Maßnahmen zur Tilgung oder Eindämmung einer Pflanzenkrankheit oder eines Schädlings zur Zerstörung von mindestens 30 % der relevanten Produktion oder des relevanten Potenzials geführt haben.

(3) Gewährt wird die Unterstützung im Rahmen dieses Artikels an:

a) Landwirte;

b) private und öffentliche Waldbesitzer und andere privatrechtliche und öffentliche Einrichtungen und deren Vereinigungen, ausgenommen vom Staat bewirtschaftete staatliche Wälder;

c) KMU, die in der Verarbeitung, Vermarktung oder Entwicklung von unter Anhang I des AEUV fallenden landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder von Baumwolle tätig sind (Fischereierzeugnisse ausgenommen); oder

d) KMU, die in der Verarbeitung, Bereitstellung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind.

Bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann es sich bei dem Ergebnis des Produktionsprozesses um ein Erzeugnis handeln, das nicht unter Anhang I des AEUV fällt.

(4) Die Mitgliedstaaten richten die Unterstützung im Rahmen dieses Artikels gezielt auf die am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Begünstigten aus, indem sie die Fördervoraussetzungen auf der Grundlage der vorliegenden Nachweise festlegen.

(5) Die Unterstützung im Rahmen dieses Artikels erfolgt in Form eines Pauschalbetrags, der bis zum 31. Dezember 2025 auszahlbar ist, auf der Grundlage von Anträgen auf Unterstützung, die bis zum 30. Juni 2025 von der zuständigen Behörde genehmigt wurden. Die Höhe der Zahlungen kann auf der Grundlage von objektiven und nichtdiskriminierenden Kriterien nach verschiedenen Kategorien von Begünstigten differenziert werden.

(6) Die maximale Unterstützung im Rahmen dieses Artikels überschreitet nicht 42 000 EUR je Begünstigten.

(7) Bei der Gewährung von Unterstützung im Rahmen dieses Artikels berücksichtigen die Mitgliedstaaten gegebenenfalls die Unterstützung, die im Rahmen anderer nationaler Stützungsinstrumente oder solcher der Union oder privater Regelungen zur Bewältigung der Auswirkungen von Naturkatastrophen gewährt wird, um eine wirtschaftliche Haushaltsführung im Einklang mit Artikel 33 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates (**) zu gewährleisten, wobei die Unterstützung auf die am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Begünstigten auszurichten ist.

*Artikel 6b***Bestimmungen zur befristeten Sonderunterstützung für Landwirte, Waldbesitzer und KMU, die von Naturkatastrophen besonders stark betroffen sind**

- (1) Die befristete Sonderunterstützung gemäß Artikel 6a der vorliegenden Verordnung wird aus dem ELER als Maßnahme im Sinne von Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 finanziert.
- (2) Der Höchstbeitrag des ELER für die Maßnahme gemäß Artikel 6a beträgt 100 %.
- (3) Die für die Maßnahme gemäß Artikel 6a vorgesehene Unterstützung des ELER darf 10 % des Gesamtbeitrags des ELER zu dem Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums für die Jahre 2021-2022 nicht überschreiten.

*Artikel 6c***Höhere Gewalt**

In Bezug auf die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 für die Zwecke der Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP bei Anerkennung der Fälle höherer Gewalt gemäß Artikel 2 Absatz 2 der genannten Verordnung kann der betreffende Mitgliedstaat in Fällen, in denen eine schwere Naturkatastrophe ein genau bestimmtes Gebiet erheblich in Mitleidenschaft zieht, geltend machen, dass das gesamte Gebiet von der Katastrophe erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde.

*Artikel 6d***Durchführungsbefugnisse der Kommission**

- (1) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte mit Vorschriften erlassen, die für die Umsetzung der in Artikel 6a genannten Maßnahme durch Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums innerhalb des im Programmplanungszeitraum 2014-2020 geltenden Rechtsrahmens, der gemäß Artikel 1 verlängert wurde, erforderlich sind, über:
 - a) Überwachung und Bewertung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums;
 - b) Vorlage der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums;
 - c) Vorlage der jährlichen Durchführungsberichte;
 - d) Umsetzung von Kontrollen und Sanktionen.
- (2) Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Durchführungsrechtsakte werden nach dem in Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (***) genannten Prüfverfahren erlassen.

*Artikel 6e***Ausschussverfahren**

- (1) Bei der Ausübung der Durchführungsbefugnisse gemäß Artikel 6d Absatz 1 Buchstaben a, b und c der vorliegenden Verordnung wird die Kommission von dem durch Artikel 84 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 eingesetzten Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.
- (2) Bei der Ausübung der Durchführungsbefugnisse gemäß Artikel 6d Absatz 1 Buchstabe d der vorliegenden Verordnung wird die Kommission von dem durch Artikel 103 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates (****) eingesetzten Ausschuss für die Agrarfonds unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(*) Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates (ABl. L 317 vom 23.11.2016, S. 4, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/2031/oj>).

(**) Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj>).

(***) Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj>).

(****) Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 187, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2116/oj>).“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 19. Dezember 2024.

Im Namen des Europäischen

Die Präsidentin

R. METSOLA

Parlaments Im Namen des Rates

Der Präsident

BÓKA J.



2024/3244

23.12.2024

BESCHLUSS (EU) 2024/3244 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 19. Dezember 2024

zur Änderung der Entscheidung 2008/971/EG des Rates in Bezug auf forstliches Vermehrungsgut der Kategorie „geprüft“, dessen Etikettierung und die Namen der für Zulassung und Kontrolle der Erzeugung zuständigen Behörden

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 1999/105/EG des Rates ⁽³⁾ gilt unter anderem für den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut innerhalb der Union. In dieser Richtlinie wird Vermehrungsgut von Baumarten und ihrer künstlichen Hybriden behandelt, die für forstwirtschaftliche Zwecke in der gesamten Union oder in Teilen davon von Bedeutung sind.
- (2) In der Entscheidung 2008/971/EG des Rates ⁽⁴⁾ sind die Bedingungen festgelegt, unter denen forstliches Vermehrungsgut der Kategorien „quellengesichert“, „ausgewählt“ und „qualifiziert“, das in den in Anhang I der genannten Entscheidung aufgeführten Drittländern erzeugt wird, in Bezug auf die Zulassung und Registrierung von Ausgangsmaterial und der anschließenden Erzeugung von forstlichem Vermehrungsgut aus diesem Ausgangsmaterial in die Union eingeführt werden darf. Die betreffenden Drittländer haben das OECD-System für die Zertifizierung von forstlichem Vermehrungsgut im internationalen Handel („OECD-System für forstliches Saat- und Pflanzgut“) umgesetzt.
- (3) Das OECD-System für forstliches Saat- und Pflanzgut wurde 2013 dahin gehend geändert, dass zusätzlich zu den Kategorien von forstlichem Vermehrungsgut „quellengesichert“, „ausgewählt“ und „qualifiziert“, die seit 2011 unter das OECD-System für forstliches Saat- und Pflanzgut fallen, auch forstliches Vermehrungsgut der Kategorie „geprüft“ aufgenommen wurde.
- (4) Die nationalen Vorschriften über die Zertifizierung von forstlichem Vermehrungsgut (im Folgenden „nationale Vorschriften“) in Kanada, Norwegen, Serbien, der Schweiz, der Türkei, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden „genannte Drittländer“) schreiben eine amtliche Feldbesichtigung während der Saatgutgewinnung und -verarbeitung sowie der Pflanzguterzeugung vor.
- (5) Nach den nationalen Vorschriften der genannten Drittländer müssen die Systeme für die Zulassung und Registrierung von Ausgangsmaterial und die anschließende Erzeugung von forstlichem Vermehrungsgut aus diesem Ausgangsmaterial dem OECD-System für forstliches Saat- und Pflanzgut entsprechen. Zudem verlangen diese nationalen Vorschriften, dass Saat- und Pflanzgut der Kategorien „quellengesichert“, „ausgewählt“, „qualifiziert“ und „geprüft“ amtlich zertifiziert und die Saatgutpackungen im Einklang mit dem OECD-System für forstliches Saat- und Pflanzgut amtlich verschlossen werden müssen.

⁽¹⁾ Stellungnahme vom 4. Dezember 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2024 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 18. Dezember 2024.

⁽³⁾ Richtlinie 1999/105/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut (Abl. L 11 vom 15.1.2000, S. 17, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/1999/105/oj>).

⁽⁴⁾ Entscheidung 2008/971/EG des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut (Abl. L 345 vom 23.12.2008, S. 83, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2008/971/oj>).

- (6) In Ermangelung eines Beschlusses auf Unionsebene in Bezug auf die Gleichstellung von forstlichem Vermehrungsgut der Kategorie „geprüft“ wurden die Mitgliedstaaten mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2021/773 der Kommission⁽⁵⁾ vorübergehend bis zum 31. Dezember 2024 dazu ermächtigt, über die Gleichstellung von forstlichem Vermehrungsgut der Kategorie „geprüft“ zu entscheiden, das in den in Anhang I der Entscheidung 2008/971/EG aufgeführten Drittländern, zu denen auch die genannten Drittländer gehören, erzeugt wird. Diese Ermächtigung war erforderlich, um etwaige Risiken einer Unterbrechung der Einfuhren dieses forstlichen Vermehrungsguts in die Mitgliedstaaten auszuschließen.
- (7) Eine Prüfung der nationalen Vorschriften der genannten Drittländer in Bezug auf die Kategorie „geprüft“ hat ergeben, dass die Bedingungen für die Zulassung von Ausgangsmaterial als den in der Richtlinie 1999/105/EG festgelegten Bedingungen gleichwertig anzusehen sind, sofern die Bedingungen gemäß Anhang II der Entscheidung 2008/971/EG für Saat- und Pflanzgut erfüllt sind.
- (8) Die Namen und Anschriften einiger in Anhang I der Entscheidung 2008/971/EG aufgeführten Behörden, die für Zulassung und Kontrolle der Erzeugung zuständig sind, haben sich geändert und sollten daher aktualisiert werden.
- (9) Für die Erzeugung von Saat- oder Pflanzgut der Kategorie „geprüft“ kann eine genetische Veränderung eingesetzt werden. Um den Verwendern von forstlichem Vermehrungsgut eine fundierte Entscheidung zu ermöglichen, sollte daher auf dem OECD-Etikett und dem Etikett bzw. Dokument des Lieferanten ausgewiesen werden, ob eine derartige Änderung bei der Erzeugung des Ausgangsmaterials für diese Kategorie verwendet wurde, wie es bei der Kategorie „qualifiziert“ derzeit der Fall ist.
- (10) Angesichts der Aufnahme der Kategorie „geprüft“ in Anhang II der Entscheidung 2008/971/EG sollte die genannte Entscheidung um einen Anhang mit einer Tabelle ergänzt werden, in der die Kategorien aufgeführt sind, unter denen forstliches Vermehrungsgut aus den verschiedenen Arten von Ausgangsmaterial in die Union eingeführt werden darf, um Klarheit und ordnungsgemäße Anwendung der genannten Entscheidung sicherzustellen. Dies ist erforderlich, um Rechtsklarheit, Kohärenz mit der Richtlinie 1999/105/EG und eine korrekte Anwendung dieser Vorschriften ebenso wie fundierte Entscheidungen der Unternehmer zu gewährleisten, die die genannte Entscheidung anwenden.
- (11) Die Entscheidung 2008/971/EG sollte daher entsprechend geändert werden.
- (12) Angesichts des Erfordernisses, sicherzustellen, dass dieser Beschluss vor Ablauf der Geltungsdauer des Durchführungsbeschluss (EU) 2021/773 am 31. Dezember 2024 in Kraft tritt, wird es als angemessen erachtet, sich auf die Ausnahme von der Achtwochenfrist gemäß Artikel 4 des dem Vertrag über die Europäische Union (EUV), dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zu berufen.
- (13) Da das Ziel dieses Beschlusses, nämlich die Ausweitung des durch die Entscheidung 2008/971/EG eingerichteten Gleichstellungssystems für die Einfuhr von forstlichem Vermehrungsgut auf die Kategorie „geprüft“, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht dieser Beschluss nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.
- (14) Dieser Beschluss sollte aus Gründen der Dringlichkeit am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten, um sicherzustellen, dass er vor Ablauf der Geltungsdauer des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/773 in Kraft tritt.
- (15) Da der Durchführungsbeschluss (EU) 2021/773 am 31. Dezember 2024 ausläuft, sollte der vorliegende Beschluss ab dem 1. Januar 2025 gelten, damit die Rechtsklarheit und Kontinuität der jeweiligen Vorschriften gewährleistet sind —

(5) Durchführungsbeschluss (EU) 2021/773 der Kommission vom 10. Mai 2021 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, gemäß der Richtlinie 1999/105/EG des Rates vorübergehend Beschlüsse über die Gleichstellung von in bestimmten Drittländern erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut zu fassen (ABl. L 169 vom 12.5.2021, S. 1; ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2021/773/oj).

HABEN FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Änderungen der Entscheidung 2008/971/EG

Die Entscheidung 2008/971/EG wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„In dieser Entscheidung sind die Bedingungen festgelegt, unter denen forstliches Vermehrungsgut der Kategorien ‚quellengesichert‘, ‚ausgewählt‘, ‚qualifiziert‘ und ‚geprüft‘, das in einem der in Anhang I aufgeführten Drittländer erzeugt wurde, in die Union eingeführt werden darf.“

2. Artikel 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Saat- und Pflanzgut der Kategorien ‚quellengesichert‘, ‚ausgewählt‘, ‚qualifiziert‘ und ‚geprüft‘ von in Anhang I der Richtlinie 1999/105/EG aufgeführten Arten und ihren künstlichen Hybriden, das in den in Anhang I der vorliegenden Entscheidung genannten Drittländern erzeugt und von den in Anhang I der vorliegenden Entscheidung genannten Behörden dieser Drittländer amtlich zertifiziert wird, ist als gleichwertig mit Saat- und Pflanzgut im Sinne der Richtlinie 1999/105/EG anzusehen, sofern es die Bedingungen gemäß Anhang II der vorliegenden Entscheidung erfüllt.“

3. Die Anhänge werden gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses geändert.

Artikel 2

Inkrafttreten und Anwendung

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Er gilt ab dem 1. Januar 2025.

Geschehen zu Brüssel am 19. Dezember 2024.

Im Namen des Europäischen Parlaments

Die Präsidentin

R. METSOLA

Im Namen des Rates

Der Präsident

BÓKA J.

ANHANG

Die Anhänge der Entscheidung 2008/971/EG werden wie folgt geändert:

1. Anhang I erhält folgende Fassung:

„ANHANG I

Länder und Behörden

Land ⁽¹⁾	Für die Zulassung und Kontrolle der Erzeugung zuständige Behörde
CA	Natural Resources Canada — Canadian Forest Service Atlantic Forestry Centre 1350 Regent Street Fredericton NB E3C 2G6
CH	Bundesamt für Umwelt (BAFU) Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) Abteilung Wald Eidgenössischer Pflanzenschutzdienst Monbijoustrasse 40 CH-3003 Bern
GB ⁽²⁾	Department for Environment, Food & Rural Affairs (DEFRA) Eastbrook Shaftesbury Road Cambridge CB2 8DR
NO	Norwegian Forest Seed Center c/o Øyvind Meland Edvardsen Box 118, N-2301 Hamar
RS	Group for Forest Reproductive Material and Genetic Resources Directorate for Forest Ministry of Agriculture, Forestry and Water Management Ministry of AFW — Directorate for Forest Omladinskih brigada 1 Novi Beograd
TR	Ministry of Agriculture and Forestry General Directorate of Forestry Forest Tree Seeds and Tree Breeding Research Institute Directorate Sogutozu 06560 Ankara
US	United States Department of Agriculture Forest Service Cooperative Forestry National Seed Laboratory

Land ⁽¹⁾	Für die Zulassung und Kontrolle der Erzeugung zuständige Behörde
	5675 Riggins Mill Road Dry Branch, Georgia 31020 AMTLICHE BUNDESSTAATLICHE ZERTIFIZIERUNGSBEHÖRDE (ermächtigt zur Ausstellung von OECD-Zertifikaten aufgrund einer Kooperationsvereinbarung mit dem United States Department of Agriculture, Forest Service) Washington State Crop Improvement Association, Inc. 2575 NE Hopkins Ct. Pullman, Washington 99163

⁽¹⁾ CA — Kanada, CH — Schweiz, GB — Vereinigtes Königreich, NO — Norwegen, RS — Serbien, TR — Türkei, US — Vereinigte Staaten.

⁽²⁾ Im Einklang mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 des Windsor-Rahmens (siehe die Gemeinsame Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs im mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten gemeinsamen Ausschuss vom 24. März 2023 (ABl. L 102 vom 17.4.2023, S. 87)) in Verbindung mit Anhang 2 dieses Rahmens gelten für die Zwecke dieses Anhangs Verweise auf das Vereinigte Königreich nicht in Bezug auf Nordirland.“

2. Anhang II Abschnitt C erhält folgende Fassung:

„C. Zusätzliche Anforderungen an in Drittländern erzeugtes Saat- und Pflanzgut der Kategorien ‚qualifiziert‘ und ‚geprüft‘

Bei Saat- und Pflanzgut der Kategorien ‚qualifiziert‘ und ‚geprüft‘ muss auf dem OECD-Etikett und auf dem Etikett bzw. im Dokument des Lieferanten ausgewiesen werden, ob zur Erzeugung des Ausgangsmaterials genetische Veränderungen eingesetzt wurden.“

3. Folgender Anhang wird hinzugefügt:

„ANHANG III

Kategorien für die Einfuhr in die Union von forstlichem Vermehrungsgut aus verschiedenen Typen von Ausgangsmaterial

Ausgangsmaterial	Kategorie des forstlichen Vermehrungsguts			
	Quellengesichert	Ausgewählt	Qualifiziert	Geprüft
Samenquelle	x			
Erntebestand	x	x		x
Samenplantage			x	x
Familieneltern			x	x
Klon			x	x
Klonmischung			x	x ^a .



Berichtigung der Änderungen der Verfahrensordnung des Gerichts

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2024/2095, 12. August 2024)

Seite 22, Rn. 48 Buchst. c:

Anstatt: „c) Absatz 5 entfällt und wird wie folgt ersetzt:

„Die Artikel 110a und 219 finden erst Anwendung, wenn der in ihrem jeweiligen Absatz 4 genannte Beschluss in Kraft getreten ist.“

muss es heißen: „c) Absatz 5 entfällt und wird wie folgt ersetzt:

„Die Artikel 110a und 219 finden erst Anwendung, wenn der in ihrem jeweiligen Absatz 8 genannte Beschluss in Kraft getreten ist.“



2024/90839

23.12.2024

Berichtigung des Partnerschaftsabkommens zwischen der europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten andererseits, unterzeichnet am 15. November 2023 in Apia, Samoa

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2023/2862, 28. Dezember 2023)

1. In der Präambel werden die Ländernamen „DIE REPUBLIK KUBA“ und „DIE REPUBLIK ÄQUATORIALGUINEA“ gestrichen.
2. Auf der Seite der Signaturen werden die Wörter „For the Republic of Cuba“ und „For the Republic of Equatorial Guinea“ als gestrichen erachtet.
